

Hermann Schulz

Eine Frage der Zeit?

Ein neuer Roman über ein Kapitel deutscher Kolonialzeit

Ein seltenes Ereignis, wenn ein Stück deutscher Kolonialgeschichte Eingang in die Romanliteratur findet. Seit Uwe Timms „Morenga“ und zwei-drei weiteren zu Namibia ist kaum etwas erschienen. Der Markt zeigt wenig Interesse, die ehemaligen Kolonien wurden vergessen, verdrängt oder von ewig Gestrigen heroisiert. Nur zögernd erschienen Sachbücher, z.B. beim Ch. Links Verlag eine Reihe hervorragender Titel, u.a. über das Leben des fragwürdigen Vorzeigehelden Lettow-Vorbeck im 1. Weltkrieg in Tanganjika.

Der schweizer Autor Alex Capus (Jahrgang 1961) legt in diesem Herbst den Roman „Eine Frage der Zeit“ vor, der die Geschichte des Schiffes „Götzen“ erzählt. In seine Einzelteile zerlegt und in einige hundert Kisten verpackt, wird das Schiff 1913 von Papenburg nach Daressalam verfrachtet und von dort aus mit dem Zug nach Kigoma an den Tanganjikasee. Mit diesem Schiff will der Kaiser seinen Machtanspruch kräftig unterstreichen. Mit von der Partie sind drei ehrbare Schiffbauer, die sich in Kigoma an die Arbeit machen – mit Anton Rüter als Schiffsbaumeister.

Nur wenig später, der 1. Weltkrieg hat begonnen, beauftragt Winston Churchill den grantigen Oberleutnant Geoffrey Spicer Simson, in geheimer Mission zwei Kanonenboote durch halb Afrika an den Tanganjikasee zu schleppen, um die Deutschen im Zaum zu halten und die unbedeutende „Wissmann“ zu versenken – nicht wissend, dass bald die große „Götzen“ den See beherrschen könnte. Als der Krieg in Europa ausbricht, stehen sich die Gegner auch am Tanganjikasee gegenüber. Die „Götzen“ kommt nicht mehr zum Einsatz, die Deutschen können Kigoma nicht halten, und so versenkt Anton Rüter, der den geliebten Arbeitsrock gegen die Uniform tauschen musste, die „Götzen“, um sie vielleicht eines Tages wieder heben zu können. (Später wurde sie, zuerst erfolglos von den Belgiern, dann von Engländern gehoben und tut bis heute auf dem See gute Fährdienste für Tansania.)

„Eine Frage der Zeit“ ist ein spannender Abenteuerroman; die historischen und technischen Hintergründe sind gut recherchiert, und vor allem junge Leser bekommen einen Eindruck von der Mentalität und den Allmachtsträumen jener Zeit.

Es bleibt, und das nicht wegen einiger Fehler (konnte der deutsche Gouverneur Heinrich Schnee tatsächlich mit einem Pferdegespann durch Daressalaam fahren?), nach der Lektüre ein schaler Geschmack. Afrikaner werden durchweg als „Neger“ bezeichnet, was den Rezensenten befremdet. Die soziale Wirklichkeit der Kolonisierten kommt nur am Rande vor, wenn z.B. der Gouverneur Schnee es herzlich bedauert, auch weibliche Sträflinge („Negerinnen“) in Ketten legen zu müssen. Schwarze Frauen kochen für die drei weißen Schiffsbauer, wie selbstverständlich verschwinden sie zur Nacht abwechselnd in den Unterküften dieser Drei aus Papenburg (dabei sind die Männer scharf auf die weiße Frau des Gouverneurs!). Der stolze Massai-Prinz erträgt ohne zu klagen die Schläge der Nilpferdpeitsche. So reiht sich ein bekanntes Klischee an das andere. Hier findet ein Rückfall in finstere Literaturzeiten statt; selbst Joseph Conrad oder

Tania Blixen haben die Afrikaner nicht derart zu Statisten des europäischen Dramas degradiert.

Die Idee, über die „Götzen“ und ihre Geschichte ein Buch zu schreiben, ist nicht schlecht (wenn auch kein Stoff für Werner Herzog). Die Ausführung allerdings bedient sich jener Afrikabiliter, die wir längst überwunden glaubten. Man mag einwenden, dass damals tatsächlich die „Neger“ nur Statisten waren (was ich so nicht sehen kann!) und „Neger“ genannt und auch so behandelt wurden. Welchen Sinn macht es aber, wenn wir uns unkritisch die fragwürdigen Wahrnehmungen jener Zeit, garniert mit ein paar Blicken auf arme Sträflingsfrauen und Prügelstrafe, zu eigen machen? Warum dann überhaupt geschichtliche Rückblicke, wenn nicht entweder eine neue (böse oder versöhnliche) Sicht der Ereignisse angeboten wird? Uwe Timm hat doch gezeigt, dass es möglich ist!

Hermann Schulz, geboren 1938 in Ostafrika, war bis 2001 Verlagsleiter und lebt heute als Autor in Wuppertal. Zuletzt erschienen: „Der silberne Jaguar“ (Roman, Carlsen-Verlag 2007).

Das Buch von Axel Capus ist im Verlag Knaus erschienen.

Wolfgang Belitz

Schön und Gut

In diesem Herbst bin ich seit genau 25 Jahren Mitglied im Vorstand der „Hoppmann Stiftung Demokratie im Alltag“. Seit genau 10 Jahren bin ich jetzt Vorsitzender des Vorstands.

Die Arbeit in der Stiftung ist die mit Abstand schönste Erfahrung in meiner langen Tätigkeit als Sozialpfarrer und Sozialethiker. Es ist wie die Erfüllung eines Traumes. Die Hoppmann Stiftung ist die Eigentümerin und alleinige Gesellschafterin der Martin Hoppmann GmbH und ihrer sechs Tochterfirmen, insgesamt eines der größeren Opel-Handelsunternehmen in Deutschland. Der Siegerländer Unternehmer Klaus Hoppmann hat das ehemalige Familienunternehmen im Jahre 1959 als gut dreißigjähriger Jungunternehmer nach dem Tode seines Vaters übernommen und Zug um Zug durch Gewinnbeteiligung und Mitbestimmung aller regelrecht revolutioniert und als Schlussstein den gesamten Firmenbesitz einer Stiftung übertragen, die er eigens zu diesem Zweck gegründet hatte. Damit hatte Klaus Hoppmann ein Reformwerk geschaffen, das in der Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts seinesgleichen sucht.

Die gerade erschienene ganz eigenartige Denkschrift der Sozialkammer der EKD mit dem Titel „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ wählt zwar zur Beurteilung der Wirtschaft heute eine ganz individuell-personalistische Betrachtungsweise, ist aber trotzdem nicht in der Lage, die bedeutendste evangelische Unternehmerpersönlichkeit der Gegenwart auch nur beim Namen zu nennen, geschweige denn ihr Lebenswerk in „evangelischer Perspektive“ als Vorbild für „unternehmerisches Handeln“ zu würdigen.

Der Unternehmensbesitz ist das Stiftungsvermögen, aus dessen Erträgen die gemeinnützige Förderarbeit der Stiftung finanziert wird. Die Stiftung entnimmt dem Gewinn des Unternehmens jährlich eine Summe von mindestens 100.000 Euro. Laut Satzung ist es die Hauptaufgabe der Stiftung, Projekte und Maßnahmen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zu fördern. Die Stiftung hat bislang in erster Linie als Förderstiftung gearbeitet. Dh. Interessenten und Interessentinnen reichen Anträge für ihre Projekte ein, und die Stiftung fällt dann die entsprechenden Förderentscheidungen.

Jetzt haben wir uns zum ersten Male ein eigenes und eigenartiges großes Projekt vorgenommen, das wir selbst entwickeln und gestalten wollen. Unsere Vision ist das „Erfahrungsfeld SCHÖNUNDGUT Fischbacherberg“ in Siegen. Zur Verwirklichung haben wir mit der sehr kooperativen Stadt Siegen eine „civil-public-partnership“ begründet und zusammen bislang rund 1 Million Euro als Startkapital zur Verfügung.

Wir wollen den ehemaligen Schießstand der belgischen Truppen im Wald auf dem Fischbacherberg, ein Areal von ca 60.000 m², in ein hochwertiges Erfahrungsfeld für arbeitslose Jugendliche verwandeln. Gerade eben hat die Stadt mit unserem gemeinsamen Geld die Fläche vom Bund gekauft und kostenlos an uns in Erbpacht weitergegeben. Alles was nun auf dem Gelände durch arbeitslose Jugendliche entsteht, soll „SCHÖN“ und „GUT“ werden. Arbeitslosen Jugendliche, die zu einem guten Teil der Unterschicht entstammen, ist in der Regel in ihrem bisherigen Leben wenig „SCHÖNES“ und „GUTES“ zuteilgeworden. Das soll sich auf dem Fischbacherberg ändern. Das Erfahrungsfeld soll ein soziales, handwerkliches, künstlerisches und naturbezogenes Projekt werden, das in fortwährender Arbeit von

jungen Arbeitslosen unter der Anleitung von befähigten Fachleuten entwickelt und gestaltet wird. Natur und Kultur, Arbeit und Kunst, kreative und reproduktive Arbeit sollen eine neue Beziehung eingehen und neue Erfahrungen von Arbeit und Leben, ganzheitlichem Wirken und Erleben vermitteln. Wir meinen, dass junge Menschen das Recht haben in Ruhe heraus zu finden, welches ihre Stärken sind und welche Arbeit zu ihnen passt. Solche Arbeit ist nicht an den vermeintlichen Anforderungen der Wirtschaft orientiert.

Alle Ergebnisse der Arbeit sind nicht für die Katz, auch nicht für den Markt und nicht für den Müll. Sie sollen der Öffentlichkeit zugänglich sein, der Erfahrungspark ist für alle da. Zunächst errichten die Jugendlichen ein architektonisch schönes Hauptgebäude mit Werkstatt, Versammlungsräumen Restauration und Sanitäreinrichtungen, von dem die weiteren Wege ausgehen. Jenseits des Hauptgebäudes wird eine Agora angelegt umrahmt von Kunstwerkstätten für Metalle, Holz und alle Materialien, die geeignet sind zur künstlerischen Gestaltung des Geländes. Fahrzeug- und Computerwerkstatt sind Erfahrungsboxen, die an den bekannten Interessen junger Leute anknüpfen. Musik- Theater und Videowerkstätten sind bezogen auf eine angrenzende Freilichtbühne für Open-Air-Veranstaltungen. Die Elemente kommen zu ihrem Recht: Die Feuerwelt umfasst artifizielle Grillanlagen, Sonnenuhren und Sonnenwagen, Siegerländer Kohlenmeiler und historische Backhäuser. Am anderen Ende werden die Reste der Schießanlage zu einem Berg aufgetürmt, auf dessen Gipfel Windrad und Windspiel wirken. Wasserläufe ergießen sich herab und durchziehen das Gelände. Die Erde bringt hervor Gartenanlagen, Kräuter- und Bauerngarten, Wiesen und Weiden für allerlei Tierleben.

Das Erfahrungsfeld soll nicht nur von arbeitslosen Jugendlichen gestaltet, es soll auch von ihnen selbst verwaltet werden in der Hoffnung, dass im Laufe der Jahre auch Dauerarbeitsplätze entstehen.

Im Hintergrund unserer Träume kann man ein wenig erkennen von der Kinder- und Jugendorchesterbewegung in Venezuela.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber des AMOS, ist seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westfalen und seit mehr als 10 Jahren ständiger Kolumnist für AMOS ; er lebt in Unna.

Zu seinem 80. Geburtstag erschien eine Würdigung in AMOS 3/2007 mit Hinweis auf seine Autobiographie „Mehr Gerechtigkeit wagen“ aus dem Jahre 2006 und einem Verweis auf das Internetportal www.demokratie-im-alltag.de. Beides wird den Leserinnen und Lesern auch jetzt wieder empfohlen.

Psychiatrie: 40 Jahre dabei aber nicht drin

Anti-autoritäres Herzklopfen

Noch heute spüre ich, wenn ich an Bürger - Prinz denke, das ängstlich – wütende Herzklopfen bis hoch in den Hals, das mich 1967 in den Vorlesungen des großen Psychiaters mit dem roten Kopf im altmodischen Eppendorfer Kittel mit Silberknöpfen überfiel: Er führte in dem vollen Hörsaal nicht nur seine Patienten als Anschauungsobjekte vor sondern fischte sich auch jeweils ein Opfer aus dem Auditorium heraus, das dann zu ihm aufs Podium zu kommen und, *practicando*, dort oben zu sitzen hatte. Ich fantasierte dann heftige Widerworte, die ich ihm entgegenschleudern würde, wenn er mich hoch kommandieren würde, und hatte dieses Herzklopfen. Damals hieß es noch, er hätte in der Nazizeit „Erbkranke“ geschützt. Spätere Forschungen zeigten, dass er dies nicht nur frei erfunden hatte, sondern dass in Hamburg überproportional häufig zwangssterilisiert worden war, dass er Laienrichter am Erbgesundheitsgericht war und dass die Hamburger Universitätspsychiatrie besonders hohe Todesraten und „Verlegungen“ ihrer Patienten und Patientinnen zu verzeichnen hatte.

Begeisterte Solidarität

Und dann, eines Tages, im Jahre 1968, saß Willi, 16 Jahre, auf der Matratze in der Küche unserer Bochumer WG. Er war aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie abgehauen und fand bei uns begeistert-solidarische Aufnahme. Wie er fanden wir seine Einweisung völlig ungerechtfertigt und ungerecht, das Vollpumpen mit Medikamenten grausam und unsinnig. Er brauchte etwas ganz anderes, war er doch nach vielen Misshandlungen und Enttäuschungen in einem Heim gelandet und schließlich von dort in die Psychiatrie verfrachtet worden. Wir wollten ihn unterstützen und mit der Klinik verhandeln. Natürlich war dann aber der zuständige Psychiater nicht bereit, mit uns zu sprechen. Grimmig und mit geballten Fäusten verließen wir diese unmenschliche „totale Institution“. Die ersten Kommilitonen verschafften sich nun als Hilfspfleger Zugang zu den verruchten psychiatrischen Anstalten und konnten schon einige Jahre vor der Enquete-Kommission über die menschenunwürdigen und heillosen Zustände dort berichten. Ich wurde Assistenzärztin an in einer kleinen psychiatrischen Abteilung in einem Allgemeinkrankenhaus. Mein Chef war ein exzellenter Neurologe und ein medizinisch orientierter Psychiater. Ich hatte zu allem, was er tat, eine konträre Vorstellung. Ich wusste, dass die Symptome mit biografischen Erfahrungen zu tun haben und die wiederum mit gesellschaftlichen Verhältnissen. Abends holte ich Patienten in mein Arztzimmer, schrieb auf, was sie mir erzählten und hob die Bilder auf, die sie malten. Elektro- und Insulinschocks verabscheute ich ebenso wie die hohen Neuroleptikadosen, die unsere Patienten schon von weitem erkennbar machten, wenn sie stocksteif durch die Gegend schlurften. Eine junge Patientin, die mit der Diagnose „Hebephrenie“ in ein Wohnheim entlassen werden sollte, nahm ich mit nach Hause, wo sie einige Wochen mit uns lebte bis sie zu ihrer Mutter zurück ging. Ich hatte den dringenden Wunsch, Patienten vor einer kalten und grausamen Macht zu schützen.

Weg mit der Psychiatrie!

Von Psychiatrie wurde nun viel gesprochen: Aus England kamen die antipsychiatrisch-philosophischen Botschaften von Laing und Cooper: Menschen in psychotischen Krisen brauchen Reisebegleiter und keine Psychiater, sie brauchen Räume, wo sie ihre Psychosen ausleben können, aber keine Kliniken. Und dann kam Basaglia und öffnete die Anstaltstore mit dem Ziel, die psychiatrischen Kliniken und alle ausgrenzenden Sondereinrichtungen für psychisch Kranke ganz abzuschaffen. Dies war auch Ziel linker Politik, die tatsächlich die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen und ihre Umsetzung möglich machen konnte. Wir fuhren nach Gorizia und wurden von der ehemaligen Patientin Rita durch ihre ehemalige Anstalt geführt und nahmen tief beeindruckt an der Vollversammlung, der großen Verifica, teil. Ich war glücklich, diesen Aufbruch mit erleben zu dürfen, Das Sozialistische Patientenkollektiv in Heidelberg („aus der Krankheit eine Waffe machen“) hingegen machte mir Angst, denn sie hatten nicht den politischen Rückhalt und gerieten schnell in eine radikale Außenseiterposition.

Eintritt in die Anstalt

Ich wurde Assistenzärztin in einer großen Anstalt, die wegen konkreter Unordnung im Zusammenhang mit neuartigen Therapiemethoden Schlagzeilen gemacht hatte. Hier wurde psychoanalytisch und milieutherapeutisch gearbeitet. Die englischen Sozialpsychiater Maxwell Jones und Douglas Bennett standen Pate neben Psychoanalytikern, die sich mit Psychosen befassten und mit Anwendungsformen der Psychoanalyse in nicht klassischen Settings. Es hatte sich hier eine bunte und hoch motivierte Gruppe zusammen gefunden, die gemeinsam Erfahrungen machte und lernte. Es kam viel in Bewegung: Öffnung von Stationen, Mischung der Geschlechter, Verantwortungsübernahme durch die Patienten für die Alltagsabläufe, Wahl von Patientensprechern, tägliche Stationsversammlungen mit umfangreicher von Patienten und Mitarbeiter zusammen gestellter Tagesordnung, psychoanalytische Klein- und Großgruppen neben soziotherapeutischen Gruppen, enge Zusammenarbeit im multiprofessionellen Team, rechtliche Wiederbemündigungen und ... Entlassungen! Wir wurden Sozial-Psychiater und Psychoanalytiker und befanden uns eines Tages auf der anderen Seite der Tür, als diese von der Sozialistischen Selbsthilfe Köln belagert wurde, Flugblätter gegen den Psychoknast verteilt und Patienten befreit wurden. Wir waren in ihren Augen Teil des bekämpften Repressions- und Anpassungsapparates geworden! Wir waren tief beunruhigt und führten lange Diskussionen darüber, ob wir das System stützten oder den Patienten, mit denen wir arbeiteten, nützten.

Dazwischen

Ich verließ die Anstalt mit ihren Zwängen, Einschränkungen und Überforderungen und ging in eine psychotherapeutische Universitätsklinik, wo es ruhig und bedächtig zuging, und absolvierte die aufwändige Ausbildung zur Psychoanalytikerin. Ich war und bin überzeugt davon, dass für Menschen, die das wollen, das Verstanden Werden und Verstehen und das Verarbeiten von Beziehungserfahrungen heilsam ist. So habe ich bis heute eine kleine Praxis. Hinzu kam aber ein weiterer Schritt: Ich wurde Professorin an einer Fachhochschule und bereitete Sozialarbeiter und Sozialpädagogen auf die Arbeit in der Psychiatrie vor, arbeitete selbst aber nicht mehr in psychiatrischen Institutionen. Die Krankheitslehre wurde im Laufe der Jahre komplexer und schloss neben dem Psychosozialen auch Biologisches mit ein. Aber immer noch ging es vor allem um die Verhältnisse, in denen die Patienten leben, und um deren Veränderung. Wichtige

Themen blieben die kritische Auseinandersetzung mit der einseitig neurobiologischen psychiatrischen Wissenschaft, die Psychiatrie im Nationalsozialismus, die Orientierung am Subjekt und seinen Bedürfnissen, die Bedeutung von Fähigkeiten und Bildung, die Bedeutung von Armut, Arbeitslosigkeit und Arbeit. Wir machten viele Psychiatrie-Exkursionen, natürlich nach Italien aber auch in die Niederlande, nach England und Dänemark und nach Polen und studierten die vielen verschiedenen Konzepte und Arbeitsansätze. Und wir arbeiteten direkt mit Patienten und Angehörigen und mit Selbsthilfegruppen zusammen, auch mit der SSK. Ein gewisser Höhepunkt war unser „Psychose-Seminar“, an dem Psychiatrie-Erfahrene, Angehörige, Professionelle und Studierende teilnahmen und in dem alle Beteiligten beeindruckt waren von den Erfahrungen und der Sicht der jeweils Anderen. Wir besprachen auch, warum es im Allgemeinen besser ist, nicht, so wie ich damals, Patienten zu Hause bei sich aufzunehmen.

Spurensuche

Die mächtigen „Kompetenznetzwerke“, bestehend aus Klinik-Experten, unterstützt von der pharmazeutischen Industrie, haben immer mehr zu sagen. Daneben aber gibt es Bewegungen, die von der neurobiologischen Kompetenz wenig beeindruckt sind: eine immer noch kräftige Sozialpsychiatrie, die sich lautstark und überzeugend zu den wichtigen Themen äußert und zeigt, dass es auch anders geht. An den selbstbewussten und starken Selbsthilfegruppen von Psychose-Erfahrenen und Angehörigen führt in vielen Experten-Diskussionen kein Weg vorbei. Und es ist gut, dass es auch die SSK und ihre wilde Schwester, die Irrenoffensive, immer noch gibt.

Die Verhältnisse vor 40 Jahren haben sich gewandelt. Niemand wird unter menschenunwürdigen Bedingungen im Wachsaal mit 20 Betten, in einer Anstalt fern der Heimat ans Bett gefesselt. Menschen mit psychischen Erkrankungen leben zu Hause und gehen regelmäßig zu ihrem Nervenarzt und in eine der vielen inzwischen entstandenen Einrichtungen, wenn sie wollen. Für keine andere Benachteiligten-Gruppe der 60er Jahre ist seitdem so viel getan und investiert worden. Das kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die gefürchteten Monster von damals noch lauern. Sie heißen Repression, Entmündigung, hilflos machendes Expertentum, chemische Keule, Medikalisierung von sozialen Problemen wie Armut und Arbeitslosigkeit. In manchen Wohnheimen, Kliniken oder „Abteilungen für Soziale Rehabilitation“ lauern diese Monster nicht nur sondern beherrschen die Situation wie eh und je. Neue Patientengruppen wie z. B. die alle Experten hilflos machenden jungen „New Chronics“ zeigen überdeutlich, dass im System etwas nicht stimmt.

Es ist Zeit, dass eine neue kritische Generation auf dem Plan erscheint.

Literatur

- Bosshard, M. (1978): Süchtige Frauen. Beobachtungen zur psychischen und sozialen Situation der Frauen auf einer Suchtaufnahmestation im LKH. *Psychiatrische Praxis* 5, 231-238
- Bosshard, M. (1994): Glückssuche. Überlegungen zum Glücksspiel an Automaten. *Psychoanalyse und ihre Anwendung*, 7, 97-107
- Bosshard, M., Lazarus, H. (1997): Auch Langzeitpatienten brauchen ihre Geschichte. *Psychiatrische Praxis*, 1, 28-31
- Bosshard, M. (1997): Wirkliche Experten einbinden. Neuer Veranstaltungstypus am Fachbereich Sozialpädagogik/Fachhochschule Köln. *Lichtblick* 13/14, 41
- Bosshard, M. (1999): Unvorstellbare Gewalt in der Psychiatrie. Nachgedanken zu einer Reise nach Polen. *Psychiatrische Praxis* 26, 248-251
- Bosshard, M., Ebert, U., Lazarus, H. (2007): *Soziale Arbeit in der Psychiatrie. Ein Lehrbuch* (3) Bonn

Marianne Bosshard, Jahrgang 1942, studierte 1968 in Essen Medizin, war bis 1977 Ärztin im Landeskrankenhaus Düren, dann in der Klinik für Psychotherapie und Psychosomatik in Essen, wurde Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin, Psychoanalytikerin. Von 1982 bis 2008 Professorin für Sozialmedizin und Psychopathologie an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Köln, nun pensioniert und tätig als Psychoanalytikerin

Ellen Diederich

Feminismus in Zeiten der Globalisierung – Emma, Alice und Angela?

In Deutschland hat die Debatte über einen „neuen Feminismus“ begonnen. Für mich heißt Feminismus: Zu jeder Frage, zu jedem Problem radikal herauszuarbeiten, welche Auswirkungen das auf Frauen hat und dementsprechend für Fraueninteressen zu handeln.

1968 war der Beginn der „neuen Frauenbewegung“; sie ging nicht von einem geschlossenen Theoriekonzept aus und bot keine fertigen Lösungen. In vielen von Selbsterfahrungsgruppen versuchten wir, uns darüber klar zu werden, was es ist, was das uns bedrängt. In relativ kurzer Zeit entstanden Frauenzentren-, Cafés, Buchläden, Zeitungen, Bildungshäuser, Radiostationen, Gesundheitszentren, Filmprojekte, Frauenhäuser für Frauen, denen Gewalt angetan wurde.

Romane wie Marilyn French „Frauen“, Doris Lessings „Goldenes Notizbuch“, Anja Meulenbelts „Die Scham ist vorbei“, Verena Stefans „Häutungen“ und andere begründeten eine neue Sparte: Frauenliteratur wo Frauen über Frauen, ihre Widerstandserfahrungen und Lösungsvorstellungen schrieben.

Nicht zu zählen sind die wissenschaftlichen Arbeiten und Projekte zur Erforschung der Geschichte, der Gewalt, der sozialen, politischen, ökonomischen, internationalen Zusammenhänge, die das Leben von Frauen bestimmen. Simone de Beauvoir war Vorreiterin mit ihrem Buch: „Das andere Geschlecht“. Die Erforschung des Zusammenhangs von Patriarchat, Kapital und der Unterdrückung der Frauen brachte weltweit wichtige Erkenntnisse. Hier hat Maria Mies mit ihrer in den 80er Jahren entstandenen Studie: „Patriarchat und Kapital, Frauen in der internationalen Arbeitsteilung“, bahnbrechendes geleistet.

„Tremate, tremate, le streghe son tornate“, „zittert, zittert die Hexen sind zurück“, war die Parole der radikalsten unter den autonomen Frauenbewegungen, nämlich die der Italienerinnen. Sie nahmen die Hexe als ihr Zeichen. Jahrhunderte lang war sie das Symbol der „bösen“ Frau und der Unterwerfung von Frauenleben unter die Vorschriften von Patriarchat, Religion, politischer Macht. All die Jahrhunderte beurteilten und beurteilen bis heute Männer, wann eine Frau verwerflich handelt.

In Ländern Lateinamerika gründeten sich die Komitees der „Mütter der Verschwundenen“, Frauen, die sich mutig den Diktaturen entgegenstellten, um Aufklärung über das Schicksal der Verschwundenen und Ermordeten zu verlangen. Zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ hat Susan Brownmiller mit ihrer Studie: „Gegen unseren Willen“ weltweit grundlegendes dargestellt. Es gab gleichzeitig phantasievolle Aktionen zur Freigabe der Abtreibung, gegen Gewalt, für Frieden, gegen Atomkraft u.a.

Die Bewegung fand ihre Entsprechungen in der Kunst. Eine Ikone der Frauenbewegung wurde die mexikanische Malerin Frida Kahlo. Wie niemand zuvor hat sie körperliches und seelisches Leiden von Frauen in ihren Bildern dargestellt. Die US Amerika-

nerin Georgia O'Keefe dokumentierte in ihren Bildern die weibliche Sexualität. Die Sängerin Janis Joplin sang: „Freedom's just another word for nothing to left loose“. Lieder zur Situation von Frauen entstanden in vielen Sprachen. In Deutschland gaben sich die Gruppen Namen wie „Blaustrümpfe“, „Schneewittchen“. Die jahrhundertealte Diskriminierung von Frauen sollte umgedreht und positiv besetzt werden.

Das Private ist politisch – Gewalt gegen Frauen

Eine Form der Gewalt gegen Frauen spielt sich in der Familie, im sogenannten „Privaten“ ab. Über dieses Private wurde ein Schleier gezogen, darüber sprach man nicht. Es ist das Verdienst der feministischen Bewegung, diesen Schleier weggezogen zu haben.

Es gibt unterschiedliche Formen von Gewalt, denen Frauen ausgesetzt sind. Die Mehrheit von Frauen und Kindern ist heute in Gefahr, bedroht oder umgebracht zu werden:

- durch DIREKTE, DIE SO GENANNT E PRIVATE GEWALT,
- durch WAFFENGEWALT IN KRIEGS- UND KRIEGS-SENGE-BIETEN,
- durch STRUKTURELLE GEWALT der Ökonomie und Umweltzerstörung oder
- durch STAATLICH LEGITIMIERTE GEWALT.

Frauenhandel und Zwangsprostitution sind neben dem Handel mit Waffen und Drogen zum lukrativsten Geschäft geworden. Am Missbrauch von Frauenkörpern verdienen Männer Milliarden.

Feminismus und die Linke

Die Köpfe auf den Plakaten der weltweiten „68“er Bewegung waren die Köpfe von Männern: Che Guevara für die subjektive Bereitschaft und den Willen zur Revolution, Ho Chi Minh für die Aussicht der Armen auf den Sieg, Mao Tse Tung für die Gleichheit, wie Rossana Rossanda (Il Manifesto, Rom) es charakterisiert hat. Eine Ausnahme gab es, Eine schwarze Frau gab dem Slogan „Black is beautiful“ weltweit ein Gesicht: die afroamerikanische Bürgerrechtlerin Angela Davis.

Bei unseren Gesprächen in Oakland erzählte sie mir von ihren Erfahrungen als Frau in einer männlich dominierten Freiheits- und als Schwarze in einer „weißen“ Frauen-Bewegung: „Ich ... fand meinen politischen Zusammenhang in Los Angeles in der Black Panther Political Party. Im Laufe der Zeit erlebte ich die patriarchalen Strukturen, die auch in ... der Freiheitsbewegung der Schwarzen bestimmend waren. Ich könnte mir vorstellen, dass mein Engagement in der Frauenbewegung ihre Wurzel in meinen Erfahrungen mit der Befreiungsbewegung der Schwarzen hat – in den späten sechziger Jahren.... Das war die gleiche Zeit, in der die Frauenbewegung geboren wurde.... Ich war betroffen, dass es zu jener Zeit keinen Platz für schwarze Frauen in der Frauenbewegung zu geben schien. Zwischendurch hatte ich das Gefühl, wenn ich Teil der Frauenbewegung war, konnte ich nicht schwarz sein. Wenn ich aktiv in der Bewegung der Schwarzen war, musste ich mein Frausein wegtun. Gleichzeitig gab es sexistisches Verhalten und männliche Dominanz in der Bewegung der Schwarzen: Ich war Mitglied einer Organisation, die vielleicht die wichtigste Basisorganisation in Los Angeles war: das gewaltfreie Studentenkomitee, das quasi von Frauen gemacht wurde. Wir hielten das Büro in Schwung, wir organisierten die Projekte, wir entwickelten die Strategien, wie das so

üblich ist bei Frauen. Aber wenn eine Kundgebung stattfand, eine Pressekonferenz abgehalten wurde, tauchte plötzlich einer der Männer auf und nahm alles für sich in Anspruch.... Wir kamen in eine große innere Auseinandersetzung, an der unglücklicherweise die Organisation kaputtging." Angela Davis verließ die Organisation.

Beim SDS-Kongress 1968 gab die spätere Filmemacherin Helke Sander die Initialzündung zur „Neuen Frauenbewegung“ in der BRD mit ihrer berühmten Rede zur Frauenemanzipation. Die Frauen schmissen Tomaten auf das Podium, das aus männlichen Genossen bestand. Ulrike Meinhof kommentierte, es müssten wohl noch ganze Güterzüge mit Tomaten verfeuert werden, bevor die Genossen etwas kapierten. Ein großer Teil der Frauen verließ den SDS.

Auf der theoretischen Ebene kritisierten wir die Theorien der Arbeiterbewegung, die die Frauen, die Frauenarbeit nie wirklich erfasst haben. Der Marxismus hat der Frauenbewegung kein nennenswertes Erbe im Hinblick auf das Verhältnis der Frauen zum kapitalistischen Plan der Entwicklung und Unterentwicklung hinterlassen“, sagten die Italienerinnen.

Eine für uns sehr wichtige Frage war die: „Haben Frauen, die keine Lohnarbeiterinnen sind, bloße Hilfsfunktionen für den Kapitalismus (wie man annahm) und haben sie eine bloße Hilfsfunktion für einen grundlegenden politischen Kampf gegen den Kapitalismus? Kann irgendetwas jemals „allgemein“, „politisch“ gewesen sein, dass so viele Frauen so lange ausgeschlossen hat?“ (Maria Rosa dalla Costa, Selma James: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, 1973, S. 11)

Die Institutionalisierung und Professionalisierung der feministischen Bewegung

Über die Jahre hat sich der Feminismus institutionalisiert. In Deutschland wurden überall Gleichstellungsstellen eingerichtet. Frauen verdienen nun ihr Geld mit feministischen Inhalten. Doch der Anpassungsdruck war enorm. Diese Integration von radikalen Ansätzen in die Institutionen, die dann als Geldgeber Stück für Stück die Inhalte bestimmten, haben der Bewegung einen großen Teil ihrer notwendigen Radikalität genommen.

Viele Projekte sind darüber hinaus an dem Versuch gescheitert, eine alternative Ökonomie in einer Gesellschaft zu entwickeln, in der die Marktgesetze gelten.

Immerhin: Auf der rechtlichen Ebene ist einiges durchgesetzt. Gewalt, Vergewaltigung, auch in der Ehe, ist strafbar. Abtreibung ist möglich, Mädchen können sich entscheiden, zuhause auszuziehen und in Wohngemeinschaften zu leben.

Wo sind wir heute? Das Beispiel "Gender mainstreaming".

Welches sind Strategie und Taktik der "neuen Frauenpolitik", genannt „Gender Mainstreaming“? Die aktuelle Version des „Gender Mainstreaming“ entstand als Teil der US Konzernstrategien der 80er Jahre. Unter dem Begriff "Managing Diversity" („Verwaltung der Verschiedenheiten“) versprach sie den Konzernen Kostenvorteile, wenn sie bei ihrer Einstellungspraxis Frauen, Schwarze und Schwule nicht mehr diskriminierten. Das aber nicht etwa aus Gründen der Menschenrechte, sondern um dieses "Humankapital" profitabel zu nutzen. Die neuen Ideologien werden zunächst mittels Einführung von neuen, meist unverständlichen Begriffen in die Köpfe gebracht. Wer versteht eigentlich, was mit „Gender Mainstreaming“ gemeint ist? Das

Wortungetüm „Gender Mainstreaming“ hat als Ziel die Verwirrung, nicht die Aufklärung. Wir hatten ja mal klare Worte:

- Her mit der Staatsknete!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Mein Bauch gehört mir!

„Gender“ macht die Frauen wieder unsichtbar, nachdem die Frauenbewegung so sehr dafür gekämpft hat, sie sichtbar zu machen. Und „Mainstream“ ist die neoliberale kapitalistische Politik, in die sich Frauen ohne Widerstand integrieren sollen.

Frauen erfahren den Bluff von „Gender mainstreaming“ heute vor allem durch die Tatsache, dass sie als erste die Arbeitsplätze verlieren, und dass die Projekte der Frauenbewegung, Frauenhäuser, Notrufzentralen, Beratungsstellen ausgetrocknet werden. Eine spezielle Frauenförderung sei nicht mehr nötig, wir haben ja jetzt Gender mainstreaming und alle müssen ja sparen!" (Zitate aus dem Kölner Rundbrief gegen Konzernherrschaft: Der Bluff mit dem Gender mainstreaming)

Ellen Diederich leitet das *Frauenfriedensarchiv Fasia Jansen e.V.*, Lothringer Str. 64, 46045 Oberhausen, Fon: 0208/85 36 07, email: Friedensa@aol.com

Hartmut Dreier

„68“ – Bochum aus meiner Sicht in der ESG Bochum

Meine Darstellung zu „68“/Bochum umgreift den größeren zeitlichen Zusammenhang 1969 bis mindestens 1972. Erst ab April 1969 lebte ich mit Almuth und unseren Töchtern in Bochum als Studentenpastor in der ESG Bochum. Es sind Jahre, in denen „wir alle“ selbstbestimmt, freiheitsliebend, experimentell im Zusammenhang mit der „Neuen Linken“/der APO (Außerparlamentarischen Opposition) wirkten, voller Hoffnung auf gesellschaftliche Befreiungen, im offensiven Geist des Aufbruchs, nicht im Gefühl „mit dem Rücken an der Wand zu stehen“. Im Rückblick auf jene Jahre der Rebellion sehe ich vor mir die ESG Bochum, zunächst in der „Baracke IX“, später in der „Baracke VIII“ am Rande der damals „größten Baustelle Europas“, der Zug um Zug hochgezogenen ersten und neuartigen Campus-Universität. Aus dem Boden gestampft, wo früher Zechen gearbeitet hatten, südlich von Bochum-Zentrum und in Sichtweite des ebenfalls neu angesiedelten OPEL-Werk I einerseits und dem Ruhrtal mit den Orten Bochum-Stiepel und Witten andererseits.

Die ESG Bochum – das war zunächst das große und engagierte „ESG Team“, autonom aktiv (und ohne Studentenpastor; denn der bisherige Studentenpastor Tillmann war 1968 nach Bayern gegangen). Bei dem „Teach-in“ 1968, auf dem ich mich als einer von vier Bewerbern vorstellte, war ein Uni-Hörsaal gefüllt, ein Zeichen der erheblichen Breitenwirkung der damaligen ESG.

1969/70 verlegten einige aus dem bisherigen „ESG-Team“ ihre Prioritäten auf Betriebsarbeit u.a. im Ruhrgebiet (vgl. Rolf Euler in diesem Heft), andere Aktive stießen neu zur ESG. Die ESG entwickelten wir weiter als Netz von selbstständig arbeitenden Projektgruppen, als Plattform für „Rote Zellen“, Basisgruppen, Fachschaften, Hochschulgruppen und zur Vorbereitung von Aktionen in der Uni und außerhalb, für Bündnisverhandlungen, als Werkstatt für Bündnispartner, zeitweise als Wohnung für einzelne Akteure. Wir wollten mit anderen zusammen für Alternativen streiten und andere hierin verstärken: im Lehrbetrieb der Uni und in der damaligen Ingenieurschule Bergwesen und in der Ev. Sozialakademie (der späteren Fachhochschulen für Bergwesen bzw. der Ev. Fachhochschule), in der Schüler- und Lehrlingsausbildung, in „Erziehungsheimen“ von Jugendlichen, in betrieblicher Ausbeutung im Bergbau, bei OPEL, in der Stahlindustrie. Wir betrachteten uns als Teil weltweiter Kämpfe gegen die imperiale/spät-koloniale Ordnung der Welt mit ihren Zentren und Peripherien und ihren Kriegsschauplätzen, vor allem in Vietnam.

Es war auch unser Anspruch, das Private und das Politische zu verbinden, das Uni-Studium zu minimieren zugunsten selbst bestimmter, kritischer Untersuchungen und Aktionen, im Sinne des Dreischritts „Sehen – Urteilen – Handeln“. Diesem im revolutionären Lateinamerika entwickelten Dreischritt folgten auch wir faktisch. Und er strukturierte das gleichzeitig gestartete Politische Nachtgebet in Köln, mit den Kölnern um Dorothee Sölle, Fulbert Steffensky, Heinrich Böll, Sabine und Frieder Stichler, Maria Mies, Klaus Schmidt u.a., mit denen uns viel verband (vgl. dazu Klaus Schmidt in diesem Heft). Uns trieb ein an-

tiautoritärer, internationalistischer und antifaschistischer Geist: Genau hinsehen! Parteilich von unten urteilen! Selber und mit anderen Betroffenen handeln! In unserer Liebe zur möglichst genauen Untersuchung und Praxis mit anderen zusammen entstand ein besonderer „Geist“ in der ESG Bochum. Wir waren verbunden mit anderen in der Neuen Linken, waren immer wieder allergisch gegen allzu „dogmatische Ableitungen“ aus allgemeinen linken „Prinzipien“, um uns herum und auch bei uns selber, vielleicht manchmal nicht konsequent genug und oft/manchmal eigene Zweifel nicht zulassend.

Räume und Themen:

In der Erinnerung an 1969, 1970, 1971, 1972 sehe ich vor mir die in der Baracke IX, später nach dem Umzug in die größere Baracke VIII liegenden Räume, mit ihren dauerhaft dort lokalisierten Projekten (jeweils mit eigenen Infrastrukturen, Schreibmaschinen, Archiven, Kassen und eigenen Schlüsseln). Es erfreut mich, heute im Rückblick diese relevanten Projekte Revue passieren zu lassen:

Jugendarbeit („Verein für soziale Jugendarbeit e.V.“): Als Alternative zur damaligen autoritären Heimerziehung der „Fürsorge-Zöglinge“, die in Scharen aus diesen Heimen flohen und sich an Unis mit ihren Mensen und sie aufnehmenden WGs sammelten. Also: Die Arbeit mit „proletarischen Jugendlichen“, die in ihren Familien und in Schulen gescheitert waren, entwickelte in Auseinandersetzung mit Jugendamt und Landesjugendamt, in Verbindung mit ähnlichen Initiativen in Köln u.a. und dann bundesweit in der AGSPAK vernetzt, ein eigenes Wohnprojekt an der Wittener Straße neben dem Eingang von OPEL. Verbunden war das mit der damals noch seltenen KDV-Beratung (= Kriegsdienstverweigerungs-Beratung) und mit immer notwendigen Anti-Militarismus.

Daneben Projektgruppe Brelohstraße: Zur aktivierenden Bewusstseinsbildung bei Heranwachsenden und Erwachsenen in dieser städtischen Notunterkunft, die später aufgrund der erfolgreichen Rebellionen und Auseinandersetzungen aufgelöst, in Brand gesteckt und abgerissen wurde. Deren Dokumentation in dem Buch „Hi-ha-ho - die Bonzen komm'n ins Klo!“ (Verlag Association Hamburg 1973, 2. Aufl. 1975) löste 1972 erhebliche Auseinandersetzungen um den Bestand der ESG Bochum aus (Erinnert sei stichwortartig: Der Antrag des Kirchenkreises Bochum an die Westfälische Landeskirche, die ESG Bochum zu schließen und Studentenpastor Dreier abzuberufen; das zuständige Landeskirchenamt in Bielefeld bekam kalte Füße angesichts der breiten Solidarität für die ESG und mit ihrem Studentenpastor, einen Teil der Gegner konnten wir als frühere Fremdenlegionäre mit Schießständen in Bochum und Witten mit in unseren Auseinandersetzungen erfahrbaren reaktionären Gesinnung delegitimieren; dazu kam die gescheiterte Androhung von Beugehaft für den Studentenpastor, wodurch die Staatsanwaltschaft Bochum die Angabe von Namen bestimmter Gemeindeglieder der ESG erzwingen wollte. Es ging im Ganzen um die Vorwürfe: „Atheismus“, „Erziehung zum Klassenkampf“ und angebliche „Verführung Minderjähriger“. Diese Versuche, der ESG den Garaus zu machen, blieben „after all“ ohne Erfolg.). – Mit der Projektgruppe Brelohstraße engagierte sich auch das Büro für Betriebsfragen zur Unterstützung der kritischen Belegschaft bei OPEL (vgl. dazu Wolfgang Schaumberg in diesem Heft) und zur Entwicklung von Stadtteilarbeit z.B. in Bochum-Laer.

Daneben AMOS, Kritische Arbeit in Theologie und Kirche: Ein Kristallisationspunkt von kritischen Theologiestudierenden, Religionspädagogen und PastorInnen aus Gemeinden

und Berufsschulen. Hier war die Redaktion der im Herbst 1968 gegründeten Zeitschrift AMOS. Zu erwähnen ist auch die anfänglich in der ESG-Baracke beheimatete Redaktion des „kritischen Katholizismus“ (spektakulär ihre Aktionen beim Essener Katholikentag 1968) und die „Celler Konferenz“ an der Kohlenstraße in Bochum, Beide waren damals bundesweit wirkende Theorie-bildende und praktisch-provokative Zentren (vgl. dazu die Beiträge von Martin Stankowski und Rolf Trommershäuser in diesem Heft).

Daneben **Projektgruppe Internationalismus:** Sie unterstützte die Befreiungskämpfe in Südostasien, insbesondere in Vietnam, und die Bewegungen gegen den Kolonialismus in Afrika südlich der Sahara (Angola, Zimbabwe, Mosambique) sowie in Guinea Bissau/Kapverden, und kämpfte gegen die Apartheid in der Republik Südafrika. Es gab ein umfangreiches Archiv; Broschüren wurden veröffentlicht und mit vielen ähnlichen Gruppen in der Bundesrepublik gab es Aktionen. Mit der Projektgruppe Internationalismus waren die CISNU, also die das Schah-Regime bekämpfenden iranischen Studierenden und der AK Palästina verbunden. Für uns sollte die Befreiung von Ländern der Dritten Welt ihre eigene Angelegenheit sein und wir kritisierten politische Entwicklungen, ihre Abhängigkeit vom „Westen“ mit einer neuen Abhängigkeit vom „Ostblock“ zu tauschen.

Aus ihr gingen hervor der Bochumer Aktionskreis Südliches Afrika (BASA), die Süd-Asien/Indien-Gruppe, die Süd-Ost-Asien-Gruppe (die spätere Süd-Ost-Asien-Informationsstelle Bochum, die dann das Asienhaus Essen mitbegründete, das seit langem einen guten Namen hat).

Daneben **Projektgruppe Ruhrgebietsanalyse:** Untersuchungen zur Energiewirtschaft (speziell Steinkohle) und den Stahlkonzernen im Ruhrgebiet im Zusammenhang des Weltmarktes und globaler imperialer Politik. Kohle-Energie und Eisen/Stahl bildeten damals noch die wirtschaftlich-industrielle Basis des Ruhrgebiets, die Montan-Mitbestimmung stellte seit den 1950er Jahren im Ruhrgebiet den politischen Gestaltungsrahmen dar. Es gab zunächst zu „Kohle“ und zum „Stahl“ Veröffentlichungen, später wurde zusammen mit dem Büro für Betriebsfragen und der OPEL-Linken um die damalige GOG („Gruppe oppositioneller Gewerkschafter“) der OPEL-Konzern einer kritischen Analyse unterzogen. Eine spätere Dia-Serie zum Ruhrgebiet wurde Ausgangspunkt für Ruhr-Touren, lange vor der IBA in den 1990er Jahren.

Dank der Verflechtungen und Debatten in der ESG Bochum kam es schon Anfang der 1970er Jahre zu konzeptionellen Veränderungen der Zeitschrift AMOS – weg vom Evangelisch-Kirchenreformerischen und hin zu einem Organ, wo bis heute der Strukturwandel (die „Strukturen-Vernichtung“) des Ruhrgebiets mit den verschiedenen Facetten und Themen kritisch und mit Kennern/mit Betroffenen dargestellt wird. Am Ruhrgebiets als für den Strukturwandel exemplarischer Region konnte schon früh begriffen werden, was anderen Regionen in (Mittel-)Europa blühen würde.

Und außerdem in der ESG: Sekretariat, ein Arbeitsplatz für den Studentenpastor, Druckerei und Fotokopierer (immer wieder hieß es von Gegnern, hier würde ganz übles Material vervielfältigt). Im Sekretariat wirkten außer Traudel Frontzak, die u.a. Aschenbecher reinigte und aufräumte und insgesamt mitmischte, vor allem als „Sekretärin“ Mechthild Hildebrandt, 10 Jahre älter als ich, mit der ihr eigenen therapeutischen Beratungskompetenz, einziges DKP-Mitglied in der ESG, aus einer klassenbewussten kommunistischen Familie in der 3. Generation. (ich habe ihren gelegentlichen Stoßseufzer noch im Ohr: „Hartmut, halte mir meine Spartakus-Genossen vom Hals!“) und um-

gekehrt gab es schon Anregungen, sie wegen politischer „Unzuverlässigkeit“/„Illoyalität“ als „Revisionistin“ und „DKP-Agentin“ zu entlassen. Ich wusste, warum ich konterte: „Nur über meine Leiche!“ Aus Loyalität zur ESG verzichtete sie auf eine Kandidatur für die DKP bei einer Kommunalwahl. Wir blieben vertrauensvoll zusammen.

Auch der erste Anti-Autoritäre Kinderladen Bochums entstand 1969/70 von der ESG-Baracke aus, er wurde als „**Kinderhaus Eulenbaum**“ bekannt, gelegen zwischen Uni-Campus und dem neuen Stadtteil Bochum-Hustadt, wo Uni- und OPEL-Menschen wohnten. Als „Verein für Sozialisation der Kinder e.V.“ existiert er bis heute. Almuth Dreier war die erste „Bezugsperson“ im Kinderhaus Eulenbaum (vgl. ihren Beitrag in diesem Heft). Günter Grass beschreibt diesen Bochumer Kinderladen in dichterischer Freiheit in „Mein Jahrhundert“ (Steidl Verlag Göttingen 2000) als Beispiel für das Jahr 1969 (s.281 ff).

Außerdem stellte die ESG 1969 dem im SDS initiierten „**Weiberrat**“ Bochum einen Treffpunkt zur Verfügung, zur Kritik am männerbündelnden Gehabe in zahlreichen linken Gruppen. Simone de Beauvoir mit ihrer schon 1949 in Frankreich erschienenen Streitschrift „Das andere Geschlecht“ (so der deutsche Titel) diente als Impuls: „Wir sind nicht als Frauen geboren, wir werden zu Frauen gemacht.“ Die Weiberräte in vielen Uni-Städten entwickelten neue Lebens-, Studien- und Aktionsformen, die in die „Zweite Frauenbewegung“ mündeten. Eine gemeinsame Reise in die DDR stärkte die Überzeugung, dass die DDR-Version von Frauenrechten keinesfalls den eigenen Vorstellungen von Feminismus und Emanzipation entsprach. Nicht alle „Genossen“ schätzten den Aufbruch des Bochumer Weiberates.

Wie hielt dieses alles zusammen?

Oben nannte ich bereits den offensiven, utopisch-sozialistisch und existenziellen-lebendigen Geist: Unser rebellischer Verstand, das Bewusstsein, mit vielen anderen zusammen die erstarten und versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen und Teil einer weltweiten befreienden Bewegung zu sein. Dazu unsere Liebe zur Genauigkeit im Sehen und Urteilen und Beharrlichkeit im Handeln. Wir entwickelten für das gemeinsame, nachbarschaftliche, kooperative Verhältnis der Projektgruppen in der ESG-Baracke Bochum drei einfache Grundlagen-Aussagen:

Erster Satz: „Wir sind auf der Suche nach Alternativen, anti-kapitalistisch und nicht-revisionistisch“. Wir suchten also emanzipatorische Alternativen zum bestehenden Kapitalismus/Imperialismus und optierten dabei nicht in Richtung DDR/Ostblock/„Real existierender Sozialismus“. Wir sahen uns als Teil der Neuen Linken, letztendlich auch unabhängig und kritisch gegenüber den sich ab 1970 herausbildenden K-Gruppen.

Zweiter Satz: „Wir arbeiten in Projekten und Projektgruppen zusammen – als Menschen verschiedener Weltanschauungen und Positionen, gleichberechtigt, und offen für alle am jeweiligen Thema des Projekts interessierte Menschen“. Abgelehnt und abgewehrt wurden Bestrebungen von Politischen Parteien, „uns“ bzw Projektgruppen zu vereinnahmen.

(A propos „weltanschaulicher Pluralismus“: mich als Christ und Theologen hat damals schon inspiriert:

- die Überzeugung vom geschichtlich realisierbaren „Neuen Himmel und Neuer Erde“ (Jesaja 65,17-25: „...*Sie werden Häuser bauen und selber bewohnen; sie werden Weinberge pflanzen und selber ihre Früchte essen. Sie sollen nicht bau-*

en, was ein anderer bewohnt, und nicht pflanzen, was einem anderem zum Vorteil dient..“,

- die prophetische Anklage des biblischen Propheten AMOS gegen Ungerechtigkeit und fromme Heuchelei;
- und prophetische Symbolhandlungen, mit denen biblische Propheten ideologiekritisch und herrschaftskritisch in ihrer Zeit die Herrschenden und die Machtverhältnisse provozierten und demaskierten – heute nennt man das „Regel-Verletzungen“.

Dritter Satz: „Wer an der ESG partizipiert, trägt Verantwortung für das Ganze“. Hier ging es darum, dass die Projektgruppen usw sich am Erhalt und der weiteren Entwicklung des Ganzen und für überregionale Mitarbeit auch in der Gesamt-ESG u.a. engagierten. Jede Projektgruppe arbeitete im wöchentlich tagenden ESG-Baracken-Rat mit.

Dieses hier angedeutete Miteinander prägte: Über den Tellerrand des jeweiligen eigenen Arbeitsvorhabens hinaus denken, Querverbindungen aufspüren, für andere auch konkret praktisch mit eintreten. In den Projektgruppen gab es einen gewissen Pluralismus von Perspektiven (heute würden wir sagen: dissidentisch, links vom Mainstream); es gab immer Debatten über gesamt-politische und weltanschauliche Orientierungen, die aber ausgehalten wurden und selten zu Spaltungen oder Abspaltungen führten. (Es gab nur einen dauerhaften Bruch mit einem Akteur der damaligen Islamischen Studentenunion in Europa, er war und ist propagandistisch mit der iranischen Mullah-Diktatur und verwandtschaftlich mit dem Khomeini-Clan im Iran verbunden). Die möglichst genau hinsehende Untersuchungsarbeit am Thema, getragen von gleichberechtigten Erwachsenen, im Engagement für das allen gemeinsame Projekt, war die Grundlage der gemeinsamen Aktivitäten. Sehr viele hier geprägte Individuen halten dank vielfältiger freundschaftlicher und politischer Verbindungen und Netzwerke bis heute zusammen.

Ein Joschka Fischer ist aus dieser ESG Bochum glücklicherweise nicht hervorgegangen!

Ich bin zuversichtlich, zu urteilen: diese im engeren und weiteren Sinne Bochumer „ESG-68er“ – sie alle haben in den 40 Jahren seitdem weitere Fragestellungen aufgegriffen - sind also nicht zum 68er-Leitfossil erstarrt. Es zeichnet sie alle eine bemerkenswerte Urteilsfähigkeit, Initiativkraft, eigenständige Herangehensweise aus: in Dissidenz zum herrschenden Mainstream!

Vorgeschichten:

Das alles verdankt sich bestimmter Voraussetzungen. „Die richtigen Ideen fallen nicht vom Himmel“(Georges Casalis)! Mir fallen folgende Voraussetzungen ein:

(a) Die Ruhr-Universität wurde in den 1960er Jahren als Campus-Universität mit einem Reformanspruch und als erste Voll-Universität im Ruhrgebiet als Antwort auf den damaligen und fortwährenden „Strukturwandel“ gegründet. **Wer in Bochum studierte**, war überwiegend im Ruhrgebiet aufgewachsen, oft in Arbeiterfamilien. Viele pendelten zwischen Heimatort und Ruhr-Uni hin und her; das erleichterte die Verbreitung der „68er“ Ideen und die Vernetzung von Aktionen im Ruhrgebiet. Außerdem „**erdete**“ diese Kenntnis von industriellen Arbeitsbedingungen und proletarischen oder bürgerlichem Alltag die Neue Linke in Bochum/ im Ruhrgebiet; mit amüsierten Erstaunen empfangen wir immer mal wieder bestimmte linke Reisekader aus West-Berlin, Frankfurt, Heidelberg, Hamburg usw, die auch in Bochum ansagen wollten, wo es lang ginge. Außerdem studierten in Bochum viele Ältere, die bereits Vorerfahrungen an ande-

ren Universitäten hatten und vom Reform-Image angezogen wurden. Ausländische Studierende spielten (nicht nur bei der Herausbildung eines internationalistischen Bewusstseins) eine enorm wichtige Rolle dank ihrer Lebensgeschichten, ihrer politischen Erfahrungen und internationalen Verbindungen.

(b) Bei den Lehrenden dieser Neu-Gründung war neben dem relativ breiten Altersspektrum eine gelegentlich nicht zu ertragende Widersprüchlichkeit deutlich. Das forderte Debatten, Auseinandersetzungen und Brüche geradezu heraus. In der „legendären“ Abteilung VIII Sozialwissenschaften lehrte **Urs Jaeggi** mit seinen Assistenten und TutorInnen in jeder Hinsicht alternativ, kritisch, überzeugend und anregend. Daneben machte in derselben Abteilung ein Prof. **Papalekas**, aus Griechenland gebürtig und im NS-Faschismus gefördert, aus seinen Sympathien für das damalige Obristen-Regime in Griechenland und aus seinen reaktionären Ideen und Positionen keinen Hehl. Was das Rektorat betrifft, so verzweifelte der fachlich ausgewiesene ev. Theologe Prof. Heinrich Greeven als Rektor an den „linken Studenten“ und ihren „kranken Ideen“. Sein bekannter Nachfolger Prof. Kurt Biedenkopf handelte demgegenüber mit dem SDS-AStA eine Satzung für die Ruhr-Universität aus, die konsequent auf Drittelparität setzte und bundesweit ihresgleichen suchte.

(c) Die ESG Bochum hatte Glück mit dem ersten **Studentenpastor Tillmann**, der als lutherischer, hoch-kirchlich orientierter Theologe sich (wie er es verstand) auf „sein“ „Amt“ am „Altar“ konzentrierte und Gottesdienste anbot; das „Weltliche“ überließ er in der ESG den Studierenden, die diesen freien Raum in Anspruch nahmen und ohne pastorale Intervention gestalteten. Sie sprachen immer wieder respektvoll von ihm, weil er gastfrei gewesen war und in intelligenten Gesprächen gut zuhören konnte und auf gleicher Augenhöhe argumentierte. Tillmann wechselte 1968 aus der Ev. Landeskirche Westfalen (die er theologisch ein „Nullum“ nannte) in die Lutherische Landeskirche in Bayern und trat später zur katholischen Kirche über.

Die Studierenden der ESG Bochum politisierten sich u.a. mit SDS und HSU 1966, 1967, 1968. Im Wandel der ESG-Gesamtarbeit (s. Punkt d) wirkten die Studierenden des Bochumer „ESG-Teams“ wie Pfeffer und Salz in der Suppe; auch sie brachten Debatten nach vorn, hatten Überblick und Leidenschaft, waren auch international informiert z.B. durch Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Sofia auf dem Ticket der Ev. Jugend bzw des DGB, durch politische Sommer-Camps bei den radikalen linken Waldensern in „Agape“ in den italienischen Alpen, wo es um Betriebskämpfe bei FIAT Turin, um Stadtteil-Erhebungen und die italienische Neue Linke ging.

(d) Die ESG-Gesamtarbeit der damaligen Bundesrepublik und West-Berlins demokratisierte sich ab Mitte der 1960er Jahre in raschem Tempo und reorganisierte sich in zwei Gesamtverbänden in den beiden deutschen Staaten, historisch vor der „Neuen Ostpolitik“ von Kanzler Willy Brandt und sehr zum Verdross der Gesamtdeutschen Konservativen, der CDU und Teilen der ev.Kirche. Ähnlich anderen Studentenverbänden wurde sie **von Studierenden radikalisiert und politisiert**, die aus besonders politisierten Hochschulorten und aktiven ESGs kamen und in den Konferenzen der Gesamtarbeit gewählt wurden. Einige von ihnen arbeiteten jeweils für 1 Jahr im Bonner Hochschulreferat, in der West-Berliner Geschäftsstelle und in der Stuttgarter Bundesgeschäftsstelle, etliche wurden in die verschiedenen Kommissionen der ESG-Gesamtarbeit gewählt. Sie alle übernahmen Verantwortung, ergriffen das Wort, bestimmten die Tagesordnungen, setzten die Diskurse, und fochten für Positionierung und Aktion, dezidiert und kompetent, für Internationalismus, Kapitalismuskritik, Bildungspolitik, Erziehungsalternativen, sexu-

elle Befreiung, kritische Theologie. - oft zum Leidwesen mancher ESG-„Popen“ und älterer Funktionäre.

(e) Zu meiner Person: In dieser Stuttgarter ESG-Bundesgeschäftsstelle mischte ich als Ökumene-/Internationalismus-Referent von 1966 – 1969 in diesen Debatten und Veränderungen gerne mit. Ich hatte mir in meinem Theologiestudium von 1957-1962 in Göttingen, Berlin, Heidelberg, Basel und Münster ein gewisses Fachwissen angeeignet und war beeindruckt von Professoren wie Ernst Käsemann (Radikalität der Entscheidung...) und Gerhard von Rad (Propheten...). In privat organisierten Theorie-Zirkeln war uns wichtig Dietrich Bonhoeffers unbeugsame widerständige Existenz und seine Ethik der Diesseitigkeit, Weltlichkeit und Humanität. Ich wurde selber ein „ESG-Typ“ – beeinflusst besonders in der ESG Heidelberg in der Zeit des dortigen Studentenpastors Martin Schröder im Anti-Militarismus (z.B. gegen Wiederaufrüstung der BRD und gegen das Streben nach Atomwaffen) und durch Kritik am Anti-Kommunismus als damaligen „mainstream“ in der Bundesrepublik. Als Vikar in der ESG Münster war ich in der Bau-Ingenieurschule Münster (der späteren Fachhochschule) ab Herbst 1962 für ein Jahr verantwortlich für ein Lebenskundliches Ethik-Seminar und wählte als Thema „Einführung in Karl Marx“. Ohne eigene große Ahnung faszinierten mich bestimmte philosophische Utopie-Entwürfe von Karl Marx: die Utopie des befreiten Lebens in der Gesellschaft der Zukunft „...wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeiten hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (in: Deutsche Ideologie, MEW 3, s.33, siehe http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_017.htm#I_I_A) Und z.B. sein Postulat „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen!“ (in: Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, s.21 (siehe:http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_013.htm)).

Danach von 1963 – 1965 folgte ein USA-Aufenthalt - ein Jahr am Union Theological Seminary New York City mit religions-soziologischen Felduntersuchungen im armen Harlem und im reichen Vorort Englewood und ein zweites Jahr in San Francisco mit Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit. In diesen zwei Jahren entwickelten Almuth und ich tiefe Sympathie zum „Anderen Amerika“, mit den Aktionen der „New Left“/“New Radicals“ gegen Rassismus, gegen Armut und Ausgrenzung, gegen den Krieg in Vietnam. Ziele und Methoden der Civil Rights Bewegung, der Free Speech Movement und des „community organizing“ (Saul Alinsky, Chicago), der direkten Aktionen, kalkulierter rebellischer Regelverletzungen und des zivilen Ungehorsams wurden uns dabei vertraut. Nach der Rückkehr ab Herbst 1965 waren wir grundlegend sensibilisiert gegen den „mainstream“ im späten „Adenauer-Staat“, sahen und hörten die knackenden Risse im Eispanzer. Zur Solidarisierung mit der beginnenden APO war es kein großer Schritt. Die Einladung seitens des Bochumer „ESG-Teams“ zur Bewerbung auf die freie Studentenpastor-Stelle in Bochum fiel daher auf günstigen Boden! So viel aus meinen Erfahrungen zu einigen Voraussetzungen für „68“ und für „Bochum“.

Wir erlebten die Zeit ab Mitte der sechziger Jahre als eine Epoche der weltweiten linken Offensiven. Die Gärungen, die Aufbrüche, die Rebellion, der „Mai 1968“ in Paris, als Präsident de Gaulle aus Paris floh, die Aufstände in den Erdteilen

waren Teil einer offensiven linken Globalisierung. Es schien vieles oder alles möglich, Erfolg versprechend und verheißungsvoll: Befreiung, Autonomie, der Aufrechte Gang (Ernst Bloch), Emanzipation – lokal, regional, global.

Später ab Mitte der 1970 Jahre, nach dem Radikalenerlass in der BRD (1972), dem Putsch in Chile (1973), dem Brechnew-Regime als Antwort auf den Prager Frühling u.a. wurden die Kräfteverhältnisse wieder zugunsten der Alten Mächte mit Repressionen aller möglichen Art letztlich konterrevolutionär zurück geschraubt, und zunehmend defensive Abwehrkämpfe beschäftigen seitdem die Aktiven, um emanzipatorische Errungenschaften möglichst zu verteidigen und zu retten. In der seither herrschenden Epoche der neo-liberalen kapitalistischen Globalisierung mit ihren neuen Kriegen hat die globalisierungs-kritische Bewegung seit Seattle/Genua bis Heiligendamm 2007 zeitweise an die Offensiven vor und seit „68“ erinnert und angeknüpft.

Wir „68er“ waren – um das Bild von Ernesto Cardenal aufzunehmen – „im Festsaal angekommen“, damals schon einmal! Diese Erfahrung von realisierter Utopie nimmt einem niemand, wenn man sie nicht selber vergräbt, verkauft und verät!

Hartmut Dreier, geb. 1938 in Rostock. 1966 – 69 in der Bundesgeschäftsstelle der damaligen ESGiD, 1969 – 1977 ESG Bochum, 1977 – 1999 Bergarbeiter-Gemeinde Marl-Hüls (Kreis Recklinghausen), Pfr. i.R. Mit-Herausgeber von AMOS seit 1969. Inter-kulturelle/inter-religiöse Gemeinwesen-Arbeit in Marl, Mitglied im Deutschen Werkbund.

Christoph Ebner

Lehrlings- und Schülerbewegung im Ruhrgebiet 1969-1970

Ende der Sechziger Jahre war die Bochumer Uni die einzig ausgebauteste des Ruhrgebiets, die nächste – in Dortmund – befand sich noch im Aufbau. Im Sommer 1969 wurde für ein Jahr der neue ASTA der Ruhr-Universität Bochum gewählt, der aus zwei Mitgliedern des SHB (Sozialdemokratischer Studentenbund) und je einem Mitglied der HSU (Humanistischer Studentenbund) und SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) bestand. Die Redaktion der damals viel gelesenen Zeitung des ASTA, der BSZ (Bochumer Studentenzeitung) wurde dem SDS überlassen. Einmalig in der Geschichte der ASTen war die Einrichtung eines von vier Arbeitsbereichen: die Beziehungen der Studentenschaft zu Lehrlings- und Jungarbeiter-Gruppen im Ruhrgebiet. Ich wurde dieser Lehrlingsreferent des ASTA.

Dies kam nicht von ungefähr. Schon seit 1968 war die Zeit reif für die Explosion politischer und betrieblicher Aktivitäten von Lehrlingen und Jungarbeitern. Entsprechendes galt für die Schüler, ja für die Jugend allgemein. Alle hatten – wie ja auch Studenten und Arbeiter – nicht im Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Diskussion gestanden, ihr Kampf um Rechte und Besserstellung stand nun auf der Tagesordnung. Wichtige Mobilisationsdaten waren dabei das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 und die Demonstration dagegen zwei Tage später vor dem Springer-Haus in Essen, die „Ruhrkampagne gegen die Notstandsgesetze“ linker Studenten der Ruhr-Uni bis zu deren Verabschiedung Ende Mai 1968, die Demonstration dagegen mit 50.000 Teilnehmern am 11. Mai 1968 in Bonn sowie die Septemberstreiks, die am 2. September 1969 auf der Westfalenhütte in Dortmund ihren Ausgang gefunden und sich dann ausgeweitet hatten auf weitere Stahlwerke (z.B. den Bochumer Verein) und auf Zechen, seit dem 5. September auch in Bremen, am 8. September im Saarland, in der Oberpfalz, in Kiel und an anderen Orten. Insgesamt streikten im September 1969 in 69 Betrieben ca. 140.000 Arbeiter und Angestellte, die damit eine durchaus beachtliche Besserstellung erreichten.

Links denkende und handelnde Jugendliche musste man dementsprechend seit dem Frühjahr 1969 im Ruhrgebiet nicht mühsam suchen. Es gab sie – bei ganz unterschiedlicher Couleur – von Rheinhausen bis Hamm, von Hattingen bis Marl. Viele hatten sich zu Gruppen zusammen geschlossen. Die größten von ihnen bestanden in den großen Städten, also in Dortmund, Bochum, Essen und Duisburg. Meist waren es einige besonders aktive Studenten oder Berufsschullehrer/Lehrer, die so etwas wie einen Kristallisationspunkt für Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter darstellten. Auch „Falken“-Gruppen waren dabei (z.B. in Duisburg) und vereinzelt Teile von SDAJ-Gruppen, die mit der offiziellen DKP-Politik nicht einverstanden waren (nach meiner Erinnerung z.B. in Mülheim).

Einige der Gruppen junger Leute arbeiteten separat im Betriebs- oder Schulbereich, die meisten wiesen eine „gemischte“ Mitgliederstruktur von Lehrlingen und Schülern auf.

Meine Arbeit bestand darin, die bekannten Gruppen zu besuchen, Kontakte und inhaltlichen Austausch untereinander herzustellen, mitzumachen bei der Demonstrationsorganisation und

der Vorbereitung von Kongressen. Einige Gruppen unterstützte der ASTA auch finanziell oder druckte für sie Flugblätter. Wir saßen ja, als direkte Nachbarn der katholischen und der evangelischen Studentengemeinden, in einer der Baracken an der damaligen Mensa und hatten z.B. ordentliche Druckapparate und einige, allerdings recht geringe, finanzielle Mittel zur Verfügung. Ob solche Arbeit „korrekt“ im Sinne eines ASTAs war, kam uns nicht in den Sinn, denn wir waren der festen Überzeugung, dass studentische Interessenvertretung nicht vereinzelt, sondern nur im Bündnis mit gleich gesinnten Gesellschaftsgruppen erfolgreich sein konnte.

So lernte ich im Laufe des Jahres 1969/70 hunderte begeisterungsfähiger, durchaus ernsthafter junger Leute kennen, die sich in ihrem Bereich, also vor allem in Betrieben, an Schulen und Berufsschulen, am allgemeinen linken „Projekt“ beteiligen wollten, wobei sie das Schwergewicht auf ihre Probleme vor Ort legten.

Zu einem wichtigen Datum wurde dann der 20. Dezember 1969. An diesem Tag fand in Bochum die erste Vollversammlung der Gruppen im Ruhrgebiet im Anschluss an eine zentrale Vietnam-Demonstration statt. Der Tagungsort, eine große Schulaula, war übervoll. Das Kamerateam des WDR hatte es schwer, durch die Seitengänge zu kommen. Es wurde allerdings von der Kongressleitung wieder zurück geschickt, Aufnahmen unerwünscht. Das Hauptreferat gab zunächst eine Übersicht über die Situation der „sozialistischen Gruppen im Ruhrgebiet“, stellte die gemeinsamen Aufgaben dar und machte schließlich Vorschläge zur Organisierung. Bei der Übersicht wies der Referent auf die bisherigen Ausgangspunkte für den Zusammenschluss zu einer Gruppe hin: Aktionen gegen Springer, die Notstandsgesetze, antifaschistische Aktionen (gegen die damals grassierende NPD), antiimperialistische Kundgebungen (zu Vietnam, Kambodscha, Black Panther u.a.). Keine Erwähnung fand im Referat allerdings die für die anwesenden Jungarbeiter- und Lehrlingsgruppen wichtigen Septemberstreiks dieses Jahres, die gezeigt hatten, was Einigkeit bewirken kann. Diese Streiks hatten Mut gemacht und allen jetzt und hier Anwesenden Schwung verliehen. Als gemeinsame Aufgaben benannte der Referent die Selbstschulung, z.B. von „Lohnarbeit und Kapital“ oder des Kommunistischen Manifestes. Weiter sollten Orts-, Betriebs-, Berufsausbildungs- und Lehrlingssituations-Analysen durchgeführt werden. Für die zukünftige gemeinsame Arbeit sollten Delegierte benannt werden, die dann zu einer ersten Konferenz zusammen kommen sollten.

Bei dieser Veranstaltung fielen, wie auch schon bei der vorhergehenden Vietnamdemo, die „Roten Garden“ auf, die ihren Schwerpunkt vor allem in Essen hatten. Hinter den Plakaten von (nach meiner Erinnerung) Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao zeigten sie ein geschlossenes und entschlossenes Auftreten. Vor allem agitierten die ca. 100 jungen Leute in Richtung einer Partei, nämlich der KPD/ML, deren Jugendorganisation sie ja waren.

Nur wenig später, am 11. Januar 1970, fand in der Ruhr-Uni die erste (und letzte) Delegiertenkonferenz der linken Zirkel statt. Das dazu eigentlich vorgesehene Büro der B 1 in der Bongardstraße hatte sich als zu klein erwiesen für die Vertreter von ca. 35 Gruppen nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern auch aus dem Wuppertaler und Düsseldorfer Raum sowie aus dem Sauerland. Nach meiner Erinnerung wurde der Vorschlag angenommen, eine zentrale Zeitschrift herauszugeben, dessen Redaktion von der B1 gestellt werden sollte. Fernziel dieser mit knapper Mehrheit angenommenen EntschlieÙung war die spätere Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei, wobei meines Wissens aber zunächst nicht an die KPD/ML gedacht war.

Danach beschleunigten sich die Ereignisse: Das Zeitungsprojekt kam über eine Ausgabe nicht hinaus, denn die Mitglieder der Betriebsgruppe 1 wurden Anfang März in die Roten Garden (die Jugendorganisation der KPD/ML) aufgenommen. Das bisherige B1-Büro beherbergte kurz danach dann auch das Büro der KPD/ML. Dem Vorbild der B 1 folgten viele der noch im Januar autonomen Gruppen. Ende März 1970 waren die Roten Garden (die sich bald darauf Kommunistischer Jugendverband = KJVD nannten) des Ruhrgebiets eine ca. 300 Mitglieder starke Organisation, weit stärker als die trotzkistischen oder anarcho-kommunistischen Gruppen, die z.B. in Marl durchaus einen Faktor linker Politik darstellten. Der KJVD wurde für ca. ein Jahr der größte linke Jugendverband des Ruhrgebiets und stellte beim Düsseldorfer Lehrlingskongress der Jusos am 28. November 1970 mit über 200 Teilnehmern eine fast gleich große Gruppe wie die Jusos selbst. Ca. 40 Teilnehmer konnte man den Trotzkisten zurechnen (sie verstanden sich wenigstens so), denen es allerdings nach einer Rede eines begeisternden Jungarbeiters und KJVD-Mitglieds aus Hagen gelang, ihren Slogan „Sprengt den Kongress!“ durchzusetzen.

Zwar machten nicht ausnahmslos alle Aktiven den Schwenk zur KPD/ML – KJVD mit, doch war im Frühjahr 1970 die Zeit für unabhängige linke Jugendgruppierungen weithin beendet. Ihre Existenz blieb auf wenige Gruppen beschränkt, da eine rein „gewerkschaftliche“ Vertretung den jungen Leuten nicht ausreichte – sie wollten weiter, „zur Sonne, zur Freiheit“. Ein neues Kapitel wurde aufgeschlagen, in das viel Zeit und Herzblut investiert wurde.

Ich selbst habe bis heute noch Kontakt zu einer Reihe der damaligen Aktivisten aus dem Betriebsbereich. Einige sind schon verstorben, viele haben sich weiter gebildet und studiert, sind Lehrer geworden oder in der Erwachsenenbildung tätig. Andere sind in den Betrieben geblieben und haben dort die Interessenvertretung als Betriebsräte und Vertrauensleute wahrgenommen. Soweit ich das beurteilen kann, stehen alle noch zu ihrem damaligen Grundimpuls, sehen die Zeit **nach** Januar 1970 aber als zum großen Teil vertan an, wenn sie für uns – da aber eher ungewollt – auch zu einer wichtigen Lehrzeit geworden ist.

Christoph Ebner, geb. 1947. Aufgewachsen in Dortmund, Vater Betriebschlosser bei Hoesch. Jura-Studium (sehr lang wegen gleichzeitiger politischer Arbeit). Richter in Essen, Recklinghausen, Bochum und Schwelm. Verheiratet, Frau und Kinder in Sozialberufen.

Rolf Euler

Warum gingen wir als Studenten in den Betrieb – 1968 im Rückblick

Die kritischen Studenten der 68er Zeit gingen viele Wege, einige gingen „in die Betriebe“. Was brachte uns damals dazu, in Arbeit und Arbeitsbedingungen zu gehen, für die wir scheinbar weder durch Herkunft noch Ausbildung vorbereitet waren?

(Vor-)Urteil: kulturelle und klassenmäßige Schranken bestimmen das Leben der Menschen. Wollten wir durchbrechen. Jeder kann im Prinzip alles – und die schwere Arbeit in der Industrie des Reviers gehört dazu. Umgekehrt: jeder Lehrling und Arbeiter kann das Wissen erwerben, das angeblich nur in der schulischen Bildung steckt.

Für uns in Bochum war es so: in den 60er Jahren gab es noch in fast jedem Vorort eine Zeche; Fördertürme und Stahlwerke ragten in der Stadt sichtbar empor, das Leben wurde immer noch von Schwerindustrie geprägt, die aber schon auf dem absteigenden Ast war. Die Bergbaukrise herrschte seit 1959, aber noch gab es die neuen Arbeitsplätze bei Opel, im öffentlichen Dienst, auch in der Universität. Ein Bibliotheksaufseher war zum Beispiel ein umgeschulter Bergmann, und in den Krankenhäusern gab es Pfleger, die im Bergbau gelernt hatten. Sicher gab es einen großen Abstand zwischen studentischem Leben und dem in den Ruhrgebietsstädten – nur wenig abgemildert durch die Tatsache, dass es in Bochum zunehmend Studenten, auch aus der Arbeiterschicht, gab, die den Bildungsweg beschritten.

Raus aus dem Elfenbeinturm

Wer sich wie wir politisch interessierte, und die Studentenbewegung an der Uni mitmachte, richtete unweigerlich den Blick nach draußen auf die Produktionsverhältnisse, die den Menschen „aufgeherrscht“ wurden. War doch die Uni Bochum gerade im Ruhrgebiet gegründet worden, um im Herzen der Schwerindustrie für Bildung zu sorgen. Wer mit Marx und Lenin gegen die liberale Ökonomie argumentierte lernte im Ruhrgebiet schnell, wie Herrschaft und Profit, Macht und Ohnmacht zusammen hingen. Die Geschichte der Ruhrkonzerne, wie sie sie selber dargestellt sehen wollten, stand in jedem Bücherschrank an der Uni. Die Arbeits- und Sozialgesetze stammten teils noch von Vorbildern der 20er Jahre. Die Wirtschaftskrise der Jahre 1966/67 zeigte, was es mit dem postulierten krisenlosen Wachstum der klassischen Ökonomie auf sich hatte. „Marx hatte Recht“ - war eine gängige Schlussfolgerung, warum sollte er dann nicht auch Recht haben mit der Ablösung des Kapitalismus, die „das Werk der Arbeiter selber“ sein müsse? Also was war da die Rolle der Studenten und ihrer Bewegung?

Die damalige große Koalition brachte nicht nur die Notstandsgesetze mit der Möglichkeit, Bundeswehr gegen Streikende einzusetzen, sondern auch eine Einbindung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in die herrschenden Strukturen: konzertierte Aktion hieß damals, was viel später als „Bündnis für Arbeit“ durchging. Ein Beispiel: Absage des Bergarbeiterstreiks

1966, obwohl rund 98 Prozent der Kumpel dafür gestimmt hatten, durch den IG Bergbau Hauptvorstand unter Walter Arendt, dem späteren Sozialminister in der Bonner Regierung. Auch hierdurch entstand eine Dynamik für die „wilden Streiks“ im September 1969, wenn auch nicht die Verbindung zwischen Arbeitern und Studenten, die in Frankreich im Mai 1968 gelang.

Politische Konzepte ...

Die Entwicklung der Studentenbewegung war 1969, als die Septemberstreiks uns den Zugang zu Bergleuten und Stahlwerkern erleichterten, schon über ihren Höhepunkt gekommen. Außerparlamentarische Opposition sollte es aber in allen Bereichen geben. Es gab Basisgruppen in vielen Fachschaften, studentische Gruppen, die sich vor allem mit dem Leben und Arbeiten in vielen Bereichen außerhalb der Uni beschäftigten, viele Theoriezirkel. Die Auseinandersetzungen um die „richtige Linie“ - was zu tun sei – und die „richtige Organisationsform“ - Partei oder Zirkel - nahmen an Schärfe zu. Viele, die später in die Betriebe gingen, wandten sich einer neugegründeten Partei zu, und gegen weiteres Studieren und Arbeiten im Bereich der „Reproduktion“ oder des „Überbaus“. Die Heftigkeit mancher Auseinandersetzung darum ist heute nicht mehr verständlich. Aber wer den Weg gehen wollte, baute sich die Theorie dazu.

Der Entschluss, nicht eine (damals relativ sichere) Karriere als Akademiker anzustreben, war auch eine eigene „Kulturrevolution“ - nicht vergleichbar mit, aber doch auch ideologisch angeleitet von der chinesischen, deren Ruf damals noch kaum getrübt war von breiter Landes- und Geschichtskennntnis. „Raus aus dem Elfenbeinturm“ und rein in das wirkliche (Er-)Leben von Arbeit und Abhängigkeit, um es zu ändern. Die These von Marx über Feuerbach – dass die Philosophen nur die Welt verschieden interpretieren, es aber darauf ankommt, sie zu verändern – stand für viele von uns fest. Hinzu kam, dass viele Studiengänge ja nicht nur zur Interpretation der bestehenden Welt und ihrer Darstellung als einer der besten möglichen dienten, sondern auch Herrschaftswissen vermittelten, mit denen Macht und Profit organisiert wurden. Das wollten wir nicht, im Gegenteil, und gingen auf die Seite, auf der wir dagegen an gehen konnten.

Planmäßig wurden betriebliche und wirtschaftliche Verhältnisse untersucht, Berichte der Kollegen aus den Betrieben ausgewertet und in Flugblättern und Zeitungen wieder vor die Betriebe getragen. Die Frühschichten in den Bochumer Betrieben lernten uns vor den Toren kennen, wir lernten später während der Arbeit hinzu. Es waren oft Aufdeckungen von Schweinereien, Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Sympathie bei den Kollegen brachten, weniger die politischen Parolen.

... und betriebliche Wirklichkeit

Die Arbeit im Bergbau – der Welt unter Tage, die selbst den Familien der dort Tätigen weitgehend verborgen war, einer Welt, die in der übrigen Gesellschaft den Ruf des Fremden und Gefährlichen, Schmutzigen aber Nötigen hatte – war für uns auch mit Abenteuerlichem gepaart - „das schaffen wir irgendwie auch“. Die Politisierung der Kohle- und Energiekrise durch Regierung, Unternehmen und Gewerkschaft begleiteten wir mit der Politisierung des Widerstandes und der betrieblichen Arbeit, mit der Hoffnung, eine grundlegende Umwälzung vorzubereiten. Mit der Erfahrung der Septemberstreiks und den gewonnenen betrieblichen und politischen Erfahrungen und den Vorstellungen einer radikalen Entwicklung der Arbeiterbewegung versuchten wir zu verbinden: politische Arbeit, privates Leben. Einheit von Theorie und Praxis im Betrieb.

Man darf diese Entwicklung nicht idealisieren. Keine Arbeit – weder im produzierenden Betrieb, noch in Verwaltungen oder Schulen, und auch nicht unter Tage – lässt viel Raum für „Politisierung“ und „Bewusstseinsbildung“. Unter Tage – das waren mindestens 5 Schichten in der Woche schwere Arbeit, in kleinen, oft wechselnden Gruppen, mit wenig Pausen zum Gespräch über das Nötigste. Das lernte man schnell: Bergbau war „Kohle machen“ - auch und gerade in der Krise. Und die Bergleute hatten ihren Stolz, dass sie das nach dem Krieg geschafft hatten, viele sicher auch im Bewusstsein, dass die „Zechenbarone“ (das Wort war noch nicht aus der Mode damals) den Reibach machten, und sie sich selber um jeden Pfennig sorgen mussten. Der Umbau nach Gründung der RAG, die neue Lohnordnung, die nachfolgende Stilllegungswelle waren allerdings häufiger Anlass, politische und gewerkschaftliche Debatten in der Belegschaft zu führen. Die politische Schulung nach dem Krieg in Gewerkschaft und Parteien (Kommunisten gab es viele auf fast allen Zechen) wirkte nach. Wir griffen einige dieser Traditionen auf, organisierten Veranstaltungen im Viertel, schrieben für Betriebszeitungen, die von anderen vorm Tor verteilt wurden, traten auf Belegschaftsversammlungen auf. Andere schafften es auf unabhängigen Listen Betriebsrat zu werden. Allerdings konnte diese Arbeit nicht ersetzen, dass durch Anpassung und Mitbestimmung eine sich selbständig entwickelnde Arbeiterbewegung unterbunden wurde – dass die Arbeitenden die Sache in die eigenen Hände nehmen.

Weitermachen – nicht wie bisher, aber mit dem gleichen Geist

Im Bergbau kam – anders als in den 60er Jahren - weder in den 70er noch in den 80er Jahren viel Protest auf, als das Zechensterben planmäßig weiter ging. Der Jahrhundertvertrag sicherte den Steinkohleneinsatz in der Elektrizitätserzeugung. Atomstrom wurde von der Regierung und der IGBE befürwortet. Importkohle trat an Stelle vieler Zechen im Revier. Das soziale Netz für die Bergleute wurde geflochten, sie wurden nicht arbeitslos. Ihre Kollegen aus den zuliefernden Bereichen hatten allerdings diese Absicherungen nicht.

Die Grundlage für die spätere Arbeitslosigkeit und den Strukturwandel im Revier legten die Konzerne während meiner Zeit unter Tage. Mit gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen war dem nicht bei zu kommen. Auch wenn die Proteste in den 90er Jahren noch mal an Kraft zulegten, bis zum Marsch der Bergleute auf Bonn 1997, so waren sie doch relativ stark festgelegt auf Forderungen nach „sozialverträglichem Abbau“ und nicht gekennzeichnet durch systemsprengende Forderungen.

Was könnte man mit der hier noch liegenden Kohle besser machen als verfeuern? Warum wird nicht aus sozialen und ökologischen Gründen eine Konversionswirtschaft hin zu alternativen Energien mit den Belegschaften gemacht? Viele Fragen bleiben, viele Probleme aus den 60er Jahren des langen 20. Jahrhunderts, an denen wir uns damals abarbeiteten, haben sich noch verschärft. Es gibt eine noch stärkere Einengung des Handlungsspielraums der Belegschaften. Mit demnächst nur noch 20 000 Bergleuten, die auf Stilllegung – eventuell auf sozialdemokratisch gesteuerte Revision der für 2018 geplanten Beendigung des Bergbaus – warten, ist kaum noch eine Bergarbeiterbewegung aufzustellen. Wir Studenten von 1968 in den Betrieben konnten das nicht ändern.

Was bleibt ist: Geschichte(n) von unter Tage für über Tage zu erhalten und für andere Bewegungen offen zu sein.

Was kommt ist: das Ruhrgebiet trotz aller Stilllegungen als Lebensort immer neu zu bauen, gegen die Interessen von Macht und Profit.

Rolf Euler, Jg. 1947, 1967 Einwanderung ins Ruhrgebiet nach Bochum zur Uni, ESG und AMOS, verblieben im Revier, ab 1971 unter Tage Bergmann in Recklinghausen bis zur Anpassung 1997 – nach 26 Jahren unter Tage, Mitarbeit bei SoZ und AMOS, Geschichtskreis mit ehemaligen Bergleuten

Friedrich Grotjahn

Annäherungen an ein Rhizom

Über: Jürgen Link, *Bangemachen gilt nicht auf der Suche nach der Roten Ruhr-Armee. Eine Vorerinnerung. Roman, assoverlag, Oberhausen 2008*

Das Buch ist dick, dicker als der Evangelische Erwachsenenkatechismus in seiner derzeit geltenden 6. Auflage. – Ich habe mit Zweien gesprochen, die das Buch ganz gelesen haben, alle 923 Seiten, alle 60 Kapitel. Und ich habe mit Einem gesprochen, der mit Zweien gesprochen hat, die zu lesen angefangen und dann aufgegeben haben.

Der Umschlagtext nennt das Buch eine „literarische Achterbahnfahrt“, fragt, wer „sowas“ liest und schlägt vor: „Neugierige. Germanisten. Sprachliebhaber. Achtundsechziger. Ruhris. Sinnsucher. Nicht Lernblockierte. Kulturelle. Revolutionäre. Normalos.“ – Bei „Normalos“ geht gleich die Fragerei los: Um was für eine „Normalität“ der „Normalos“ geht es? Um die des V-Trägers oder die „von 68“? Doch das sollen die Normalos unter sich abmachen. – Ich selbst bin kein Germanist, aber schon sowas wie ein Achtundsechziger, aber nicht aus dem Ruhrgebiet, und verstehe mich hinsichtlich dieses Buchs am ehesten als „Neugierigen“.

Laut Titel ist der Roman eine „Vorerinnerung“. Das Wort gibt es im Duden (noch) nicht; vielleicht später. Bis dahin helfen „ein paar Hinweise“ des Autors Jürgen Link, Professor für Literaturgeschichte und Diskurstheorie, weiter: „Vorerinnerung“ meint den Versuch einer neuen Romanstruktur, gekennzeichnet durch ein Spiel von (sehr konkret im Nahhorizont liegenden, nicht SF-artigen) Zukunftssimulationen und der ‚nachrückenden‘ wirklichen Geschichte.“

Die Rede ist von „Wir“, keinem abstrakten, kollektiven „Wir“, sondern mehrere „Ichs“, eine Handvoll Studenten im Ruhrgebiet, eine männlich-weibliche Gruppe, „Partisanen der Normalität“, die einmal „Ursprüngliche Chaoten“ genannt wurden, und diesen Namen für sich übernommen haben. Um deren Geschichte geht es von etwa 1965 – mit Rückblicken auf Vergangenes – und etwa 1995 – mit Vorausblicken („Simulationen“) auf „2001 + x“. Erzählt wird somit die Geschichte einer ganzen Generation. Die „Töchter“, die am Anfang Geschichte noch gar nicht geboren sind, sind am Ende erwachsen: „Morgen reden wir mit den Töchtern.“ Mit diesem abschließenden und zugleich offenen Satz endet das Buch.

Gegenspieler der „Ursprünglichen Chaoten“ ist der „V-Träger“, ausgeschrieben: „Verantwortungsträger“. Er bekam seinen Namen nach dem Witz: „Ihr tragt die T-Träger, ich die Verantwortung“ und ist nach Jürgen Links Hinweiszettel „eine Art personalisierter Kapitalprozess“.

(Erinnerung: Wir sprachen damals von „den Herrschenden“. Und gefragt, wer die seien, fragten wir zurück: „Wer kann wen feuern?“)

„V-Träger hat 3 sachen: schweinemoos, 2erlogik, wehren. V-Träger kann mit schweinemoos alles kaufen und versauen, mit 2erlogik alternativen ausschalten, bis wieder alles bröseln und seine elitewehren aufräumen können.“ (154 / 727) In den politischen Simulationen geht es um ein „deutsches Vietnam der Zukunft“, „wobei wir ja auf Azania tippten, wohin der Aufstand

von Angola und Mozambique aus über Namibia übergreifen würde.“ (558) Doch nicht in Südafrika fand/findet das „deutsche Vietnam der Zukunft“ statt; heute, so Link, „ist es in Afghanistan Wahrheit geworden.“

Gegen den V-Träger versuchen die „Ursprünglichen Chaoten“ – immer auf der Suche nach einer neuen Roten Ruhr Armee – Koalitionen zu bilden. Sie treffen sich mit Arbeitern (den „Radeldas“) und ihren Frauen in deren Schrebergärten, um ihnen die Simulationen der „Zwillingsgeschichten“ vorzulesen, führen lange nächtliche Debatten mit ihnen. Diese Zusammenkünfte werden in „unserem Schicksalsjahr 1972“ nach einer „langen Nacht“ abrupt beendet. Und zwar durch eine polizeiliche Razzia, in der nach Sympathisanten von Terroristen gefahndet wird. „Das sah nach einem K.o.-Sieg für den V-Träger aus.“ (566) und leitet eine Spaltens- und Bröckelphase der Gruppe ein. – Doch ganz abgesehen von Niederlagen und Siegen: Die Kapitel mit den Gesprächen in den „alten“ und den „neuen Gärten“ gehören zu den schönsten des Buchs.

Der dritte große Spieler im Roman ist das Ruhrgebiet. „Wir hatten wirklich damals die Stimmung im Kopf: Wessen Ruhr? Unsere Ruhr!“ (27 / 83) Immer wieder wird von Fahrten durch das Ruhrgebiet erzählt, auf dem Fahrrad, in der S-Bahn, im Auto. (Eine Leseprobe aus Seite 27, hinten auf dem Buchumschlag). Es wird auch gewandert, wenn auch eher unfreiwillig, mit leerem Benzinkanister zur nächsten Tankstelle, entlang an langen Backstein-Mauern, auf einem stillgelegten Eisenbahngleis, überwuchert von Holunderbüschen, weiter auf einem Feldweg, eingefasst mit Brenneseln, der dann in Schotter und Split übergeht und an einem rostigen Tor endet: „richtig unberührte wilde natur extra für uns.“ (448)

Über die Besonderheit dieses Ballungsraums Ruhrgebiet hat Jürgen Link in einem Interview gesagt: „Wenn man dem Ruhrgebiet eine Subjektivität, einen Willen unterschieben könnte, dann könnte man sagen: Das Ruhrgebiet weigert sich Metropole zu werden. Wenn man es mit einem französischen Philosophen, Gilles Deleuze, sagen würde: Es ist ein Rhizom, das heißt, ein recht unübersichtliches Wurzelgeflecht. Und genau das ist die Landschaft für mögliche Partisanensubjekte.“

Und eben dieses Wurzelgeflecht findet sich auch in der Romanstruktur wieder. Schon in der Verflochtenheit von politischer und subjektiver Literatur: „Die in den 70er/80er Jahren eingetretene Spaltung der Literatur in politische und „subjektive“ wird von diesem Text unterlaufen, der beides zugleich und keins von beiden, sondern ein drittes Neues ist.“ (Link, Hinweise) Wie auch im ständigen „Vor-“ und Rückerrinnern die Verwurzelung von Zukunft, Vergangenheit und Gegenwart. Alles in allem: „eine intensive politisch-poetische Landschaft des Ruhrgebiets: sprachspielerisch, überraschend und provokativ, witzig-ironisch, fremd und vertraut zugleich.“ (Umschlagtext)

Frage: Wie kann man sich einem solchen Rhizom von Roman nähern? Ich habe natürlich zuerst einmal von vorn angefangen und habe mich ziemlich schnell in seinem „unübersichtlichen Wurzelgeflecht“ verheddert. Erst später habe ich gemerkt, wie wichtig dieses Kapitel für das Ganze ist. Immer wieder wird rekurriert, etwa auf „die Zeit, in der wir in den Schulferien nach Frankreich trampeten“ (17), oder auf die Mitte der 1960er Jahre, als wir „an die Ruhr zurückkamen, (...) um an 1. der neuen Ruhrnis einen Abschluss zu machen, und als wir das Revier im völligen Umbau antrafen ...“ (38)

Doch ein experimenteller Roman erlaubt ja wohl auch ein experimentelles Herangehen. Und so würde ich jemandem, der sich neu an das Buch heranmacht, vorschlagen, anzufangen mit dem Kapitel: „Seit 68 ist viel Wasser durch die Ruhr geflossen,“ (66) einer Art Zusammenfassung im Rückblick, und sich von da aus weiter nach vorn und auch zurück zu orientieren. Eine Zäsur bildet auch das rückbesinnliche Kapitel: „Mit dem Zukunftsmodell KMAU“ (s. Auflösung einiger Chiffren am Schluss des Buchs) „bildet das Jahr 1977 ein schwarzes Loch, durch das man nichts deutlich erkennen kann.“ (290) Und für solche, die sich in dem Buch total „verlesen“ haben, könnte das Kapitel: „Wer die Türkenwitze erfunden hat, ist nicht herauszukriegen,“ (665) – da geht es um die frühen achtziger Jahre mit dem Auftreten der Neo-Nazis. – als Wiedereinstieg nützlich sein.

Es gäbe aber noch einen ganz anderen Zugang, nämlich über die Geschichten der beiden Zwillingsschwestern, „die wie in einem Novellenzyklus in den Text integriert“ sind (Link, Hinweise). Diese Geschichten, „auf der Kippe zwischen Liebe und Politik“ (803) beginnen mit einer Simulation von 2001, einer absolut furiosen Sache, in der die Zwillinge zeitgleich in einer Kirche in Passau und einer im Revier als Madonnen im Beichtstuhl auftauchen und einen Coup der Internationalen Roten Ruhr-Armee ankündigen, was schließlich zur Ausrufung des Notstands führt. Das geht weiter über die schönen Kapitel von der Liebe eines jungen Griechen zu einer und mit beiden Zwillingen, und endet mit einer Simulation, in der die Zwillinge sich an den V-Träger heranmachen.

Ein Beitrag zur aktuellen Achtundsechzigerdebatte? Sicher, und zwar einer, der seinesgleichen sucht. Hier wird erzählt und nicht doziert. Und das unterscheidet dieses Buch von all den theoretischen Texten, die man angeblich gelesen haben muss, um das „wahre Wesen“ der Achtundsechziger und deren negative oder positive Ausstrahlung in die Gegenwart hinein zu verstehen. Die Erzählung bringt gegenüber einer nur theoretischen Betrachtung eine neue Dimension: Sie eröffnet eine Möglichkeit, den Aufbruch von „68“ und die Folgen: Siege, Niederlagen, Glücksmomente, Traurigkeiten, nach zu erleben. Und zugleich ist es ein großes Buch über das Ruhrgebiet.

„Sagen lassen sich die Menschen nichts, aber erzählen lassen sie sich alles.“ (Bernhard von Brentano) Das ist die Chance auch dieser großen Erzählung. Dass sie in ihrer Komplexität einem Fach-Germanisten noch etwas anderes erzählt als einem „Sinn-sucher“ oder einem „Ruhri“ oder mir, macht sie nur reicher. – Was also tun? Aufschlagen und lesen!

Friedrich Grotjahn, 1968 – 1973 Studentenpfarrer in der ESG Braunschweig, 1973 – 1982 Generalsekretär der Ev. Studentengemeinden in der Bundesrepublik und Berlin-West (Sitz: Stuttgart), 1984 – 1985 Mitarbeit am Aufbau eines ökumenischen Bildungsprogramms mit Studierenden aus aller Welt in Norwegen. Seit 1991 Autor und Journalist mit Schwerpunkt Hörfunk, lebt in Bochum, Mit-Herausgeber von AMOS.

Roland Günter

System-Diktatur – mit Gelächter.

Berlusconi ist in Deutschland angekommen.

Der italienische Regierungschef importiert zwei Fähigkeiten: Er bringt das Volk als Unterhalter in seinem Medien-Imperium zum Lachen und dann – zweite Fähigkeit! – leert er ihm unbemerkt die Taschen. Ein klassisches Stück: Schon im alten Rom gab es solche Virtuosen, nachlesbar bei Historikern. Und: ein Possen-Stück aus der Comedia dell'Arte. Berlusconi verscherbelt Kunst- und Kulturdenkmäler, die dem Staat gehören: Er privatisiert sie. Dies hielt man vor seiner Zeit für undenkbar. Jetzt gibt es wohl nichts mehr, was es nicht gibt.

Dieser Berlusconi ist nun in der Stadt Hagen angelandet.

Wie das? Die Stadt Hagen hat kein Geld. Sie steht unter Kuratel ihrer Fürsten in Arnsberg und Düsseldorf. Sie dekretierten: Die Städte sollen zum Schulden-Abbau nicht nur ihr Tafel-Silber zu Geld machen, sondern auch das Tafel-Gold. Nun muss die letzte Hemmung fallen, den Bürgern und ihren Kindeskindern Unverschämtheiten zuzufügen.

Kaum zu glauben, aber wahr: Auf Druck der Fürsten hat im Juni 2008 der Stadtrat untertätig und gehorsamst beschlossen, die Osthau-Villa Hohenhof (1904) zu privatisieren d. h. zu verkaufen.

Eine Villa? Nicht irgendeine Villa, sondern das bedeutendste Kultur-Denkmal von Hagen – und eines der bedeutendsten des Ruhrgebietes, ja der Welt. Denn Karl Ernst Osthaus, der sein Bank-Erbe in lauter Kultur steckte, hat hier die Moderne entwickelt – großartig sichtbar: in den Werken von Henry van de Velde, Peter Behrens, Walter Gropius, Bruno Taut, Lauweriks, Thorn Prikker, Zwollo und vielen weiteren.

Da hat Hagen etwas Weltberühmtes – und versteht es schon wieder nicht.

Was wird mit diesem Werk geschehen, das ein Ankerpunkt der Route der Industriekultur ist? Verkauft? An wen? Wozu? Man kann sich in einer Irrenanstalt fühlen – mit einem neoliberalen Glaubensbekenntnis, umgeben von neoliberalen Predigern, im Tanz um ein riesiges Goldenes Kalb, das aus Geld und Geld besteht.

Verkäufe dieser Art sind Attentate auf die Güter der Menschheit.

Die Schulden vieler armer Städte kann man nur mit einer Strukturreform der Gemeindefinanzen tilgen und nicht durch Verkäufe, die lediglich ein Frühstück einbringen. Tatsache ist, dass die Städte strukturell unterfinanziert sind. Und selbst wenn sie konjunkturbedingt mal etwas mehr als zuvor einnehmen, müssen sie das fast völlig abliefern – im Finanzausgleich, und nicht zur Schuldentilgung. Ein absurdes System. Dass keine Regierung dies anpackt, zeigt, wie neoliberal wir durchseucht sind. Es sind ja nur Kommunen! Und erst mal müssen die Regierungen den armen Banken helfen, die soviel Pech beim globalen Zocken hatten.

Stellen wir uns vor, wie die neoliberalen Unverschämtheiten weiter gehen können. Eine Stadt verkauft ihr ganzes Land. Für meine Straße vor dem Haus zahle ich Wegezoll – wie im Mittelalter. Rund um die Stadt: ein Zaun: Wer rein und raus will, muss zahlen. Das Rathaus gab sämtliche Aufgaben ab und weil der Käufer verdienen will, muss mein Nachbar beim Anmelden seines Neugeborenen 500 Euro hinlegen – sonst existiert das Kind

nicht. Ein riesiger Apparat, dreimal so groß wie das frühere Rathaus, entstand. Denn wer Gewinne macht, muss sie eintreiben und verwalten.

Nur was billig ist, bringt anschließend viel Geld ein. Daher verscherbelte der Stadtrat die Stadt für kleines Geld. Jetzt überlegt der Konzern, ob die weiblichen Angestellten, die für einstige Rathaus-Leistungen arbeiten, auch gewisse Dienste tun müssen, um ihr Gehalt zu finanzieren. Niemandensplatz muss ihnen etwas wert sein. Nun sollen allerletzte Hemmungen fallen.

Nichts als Ernst missverstehen, sagte Berlusconi und expandierte mit Mediaset über die Alpen. Das Regime der System-Dirigenten versteht sich auf das Gelächter. Es unterhält. Es hat für jede Untat Lockvögel erfunden. Dies beginnt tagtäglich mit der weitest verbreiteten Zeitung. Auf der Titelseite werden mit nacktem Fleisch für all die Leute, die sich für brav und harmlos halten, die Metzger schön gelächelt. Das Motto: Es ist ja alles nicht schlimm – schlimm sind nur aussätsige Linke, die widersprechen und keinen Spaß verstehen.

Aus der Ikone Hohenhof hat die Stadt alle wertvollen Bilder in die Auktionshäuser in Paris, London, New York gebracht. Der Käufer, ein griechischer Gastronomie-Konzern, stellte in den vielen Räumen zur Besänftigung von Protesten überall Gipsstatuen der antiken Welt auf. Die drei Minister von Wissenschaft, Bildung und Kultur gaben unlängst eine gemeinsame Regierungserklärung vor dem Berlusconi-Fernsehen ab: So wird in Zukunft Bildung aussehen. Auf diese Weise kostet sie nichts. Und macht Umsatz.

Dann verkündete der neoliberale Ministerpräsident: Wir haben uns von allem kulturellen und sozialen Klimbim entlastet, Jetzt sind uns die Hände nicht mehr gebunden und wir können uns der Aufgabe widmen, die Ruhr am Hindukusch zu verteidigen und weitere junge Arbeitslose bei den Soldaten in Arbeit, Brot und ums Leben zu bringen (Versprecher !) und nach einem Jahrzehnt Kampf um 4 Quadratkilometer gehen wir nun das Jahrzehnt der nächsten 14 an. Berlusconi zeigte uns, wie man mit Vaterlandsverrätern wie Kriegsunwilligen umgehen kann. Bei uns sind die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Wir lernen aus einer globalisierten Welt.

Die Route der Industriekultur ist verkauft, weil – hahaha – der Staat kein Geld mehr hat. Wir brauchen keinen Staat – der Markt regelt alles, gemeinsam, versteht sich, mit Gelächter, versteht sich – das Paradies ist angekommen: Der Kölner Dom ist eine Stätte turbulenter Gastronomie. In jeder Seitenkapelle bedient Sie ein anderer Wirt. Einkommens-Nachweise, die an die Stelle der Ausweise getreten sind, mitbringen! Hartz 4-Leute haben keinen Zutritt. Es gibt ja im Zirkus den armen Clown. Lach doch, Bajazzo !

Prof. Dr. Roland Günter lebt in der Siedlung Eisenheim in Oberhauen, gelegentlich auch in Italien oder Amsterdam. Seine Schwerpunkte sind Stadtkultur, Stadtplanung und Stadtentwicklung, Architektur-Geschichte. Vorsitzender des Deutschen Werkbundes NW. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Rolf Heinrich

Befreiende Erinnerung?

Netzwerk Gemeinde im Gemeinwesen

Zufällige Spuren der Erinnerung

Ich erinnere mich an die 68er, als ich Student der Theologie und Philosophie in Tübingen war.

Ich war dabei als das Kreiswehrrersatzamt von 40 StudentInnen aus Protest gegen die Notstandsgesetze besetzt wurde, Dieter Hüsich abends sang, wir von 400 Polizisten verhaftet wurden und anschließend Hunderte von StudentInnen sich selbst anzeigten und dadurch eine Strafverfolgung verhinderten.

In jedem theologischen und philosophischen Seminar fragten wir nach dem erkenntnisleitenden Interesse, nach dem politischen und hermeneutischen Kontext. Wir fragten nicht, ob und wie wir einen Schein erwerben könnten. Nur bei Ernst Bloch trauten wir uns nicht, danach zu fragen. In seinem Seminar „Schein und Vorschein der Kunst“ lief ein Tonband mit. Wenn der Meister sprach, wurde es eingeschaltet, wenn andere etwas zu fragen wagten, wurde es ausgeschaltet und keiner protestierte. Gleichwohl habe ich viel in diesem Seminar über Kunst als Suspension und Antizipation gelernt.

Ich lernte, dass nur im Rahmen und Horizont einer Beschreibung (Analyse) der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen die Funktion von Theologen, Kirchen und Theologie zu verstehen ist: Kirche und Theologie sind Teil und Reflex gesellschaftlicher Verhältnisse.

Heiß, aber ohne Ergebnis wurde diskutiert, ob Kirchen und Theologie überhaupt eine emanzipatorische Rolle in der Gesellschaft übernehmen können. Einige wollten einer prophetischen Kirche in der offiziellen Kirche eine Chance geben, gemäß dem Leitsatz „Amos hat sich gegenüber Marx und Marx gegenüber Amos zu bewähren“. Andere wollten eine Bewegung außerhalb der Institution Kirche, weil in ihr jeder reformistische Änderungsversuch für sinnlos gehalten wurde und Theologie nichts anderes sei als „Beschäftigungsquelle für Neurotiker.“

Um unsere berufliche Zukunft und um einen Arbeitsplatz machten wir uns keine Sorgen, die kamen erst mit den Berufsverboten (1972).

Wir gründeten eine Ästhetik-Gruppe, die gegen verbissene ethische Verkrampfungen in der Studenten-„Bewegung“ die Freude am Spiel zur Geltung bringen wollte. „Es wird kaum etwas Gutes und Gerechtes zustande kommen, wenn es nicht aus dem Überschwang der Freude und der Leidenschaft der Liebe geschaffen wird.“ Daraus entstand das Buch Jürgen Moltmanns „Die ersten Freigelassenen der Schöpfung. Versuche über die Freude an der Freiheit und das Wohlgefallen am Spiel.“ (München, 1971)

Früh morgens standen wir vor einer Fabrik, wollten mit Arbeitern diskutieren, wir waren enttäuscht, als uns das nicht gelang und begriffen nicht, dass wir ihnen überheblich und mit mangelndem Respekt begegnet waren.

Wir verachteten den Glauben der „einfachen“ Gemeindeglieder, die Volksfrömmigkeit („Kindergottesdienstfrömmigkeit“) und Bibelarbeit als Symbol repressiver Jugendarbeit.

Ich las Karl Marx, die Bibel, Hermann Hesse und Mao Tse-Tung und schrieb an den Satz, den ich unterstrich „Die Welt schreitet vorwärts, die Zukunft ist glänzend, und niemand kann

diese allgemeine Tendenz der Geschichte ändern“ (Mao-Bibel, S.84): Prinzip Hoffnung!

Wir lasen gemeinsam in selbst organisierten Seminaren Satz für Satz uns Texte vor und diskutierten über sie und über das, was sie konkret mit unserem Leben zu tun hatten (kursorische Lektüre).

In Vorlesungen, in denen sich Profs nicht den kritischen Fragen stellen wollten, zündeten wir uns dicke Zigarren an (Happening).

Wir hatten ein klares Feindbild, diskutierten bis tief in die Nacht und gingen besinnungslos oft ins Kino.....

Lernen aus Erinnerungen

Wer sich erinnert, der ist nicht allein, er ist in der Gemeinschaft mit den Menschen und Ereignissen, an die er sich erinnert. Wer sich erinnert, wer nicht vergisst, der kann aus dem, was geschehen ist, lernen. Wer sich erinnert, der heroisiert und dramatisiert, der verharmlost und verschweigt, der biegt die Ereignisse um, so dass sie zu seinen gegenwärtigen Interessen passen, der reißt alte Wunden und Verletzungen auf. Erinnerung ist kein Heilmittel an sich, sie kann belasten und entlasten, sie kann versklaven und befreien. Sie kann zwanghaft negative Erfahrungen vergegenwärtigen und versöhnend vom Zwang der Wiederholung befreien. Erinnerung kann heilen, sie kann zur Kraft der Versöhnung werden, ohne Unrecht zu vergessen und ohne neues Leiden zu produzieren.

„Erinnern, das ist vielleicht die qualvollste Art des Vergessens und vielleicht die freundlichste Art der Linderung dieser Qual.“ (Erich Fried)

Ich neigte in den 68ern dazu, arrogant und überheblich zu sein und andere missionieren zu wollen. Ich habe die eigenen Verflechtungen in das kapitalistische System nicht ernsthaft reflektiert. Ich habe nicht beachtet, dass keiner aus seiner Zeit und Gesellschaft aussteigt, und dass es sehr wohl, ein falsches Leben im wahren und ein wahres auch im falschen Leben gibt. Ich habe nicht erkannt, dass eine Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft nicht schon per se die wirkliche Befreiung des Menschen bedeutet. Die Kritik am eigenen Denken und Handeln war nicht stark entwickelt.

Mir war nicht bewusst, dass in der „Liebe zum Feind“ (Mt 5,43-48) eine gesellschaftsverändernde Kraft liegen kann. Indem sich „Feinde“ (politische und wirtschaftliche Gegner) auf einer anderen Ebene als der der Feindschaft begegnen, sie in das Geflecht gemeinsamer sozialer Verantwortung eingebunden werden, verändert sich das Bild, das sie wechselseitig von sich haben. In der Begegnung mit dem „Feind“, wird entdeckt, dass er sehr wohl die Brüche und Widersprüche des Systems, in dem er arbeitet und lebt, kennt und unter ihm leidet. Eine praktizierte Feindesliebe will das Ende der Feindschaft, nicht aber die Vernichtung des Feindes. „Feinde“ können nicht einfach umerzogen, ausgetrieben, ausgemerzt oder vernichtet werden, sondern indem man sich ihnen nähert, sie anerkennt als einen Faktor, der in einem selbst ist, beginnt man sie und sich selbst zu verändern.

In den 68er hätte ich nie mit dem sogenannten Klassenfeind in Projekten zusammen gearbeitet.

Heute arbeiten wir in einer Gemeinde in Gelsenkirchen mit Menschen aus Wirtschaftsunternehmen, aus verschiedenen Parteien, der Stadt und anderen Religionsgemeinschaften zusammen, um den Stadtteil, in dem wir leben, gemeinsam menschenwürdig zu gestalten.

Das schließt ein kritisches, aber gleichzeitig respektvolles Verhältnis zueinander und die Kritik an dem Wirtschaftssystem, in dem wir gemeinsam leben, nicht aus, sondern ein.

Ein Mensch ist immer mehr und anders, als die Rollen und Systeme, in denen er funktioniert.

Er ist mehr als sich gesellschaftlich, politisch, ökonomisch und wissenschaftlich darstellen und erfassen lässt. Er sollte niemals in funktionalistischen Verrechnungen aufgehen.

In den 68ern habe ich die Beziehung zwischen System und Person sehr undifferenziert gesehen. Es gibt Systeme, Luther nannte sie Mächte, die sich verselbständigt haben und Macht über Menschen ausüben. Aber kein System, keine Struktur kann existieren, wenn Menschen sie nicht betreiben. Strukturen und Systeme, die sich scheinbar verfestigt haben, können sich nur ändern, indem Menschen die Chance haben, sich und dadurch die Systeme zu ändern. Dann ist der Hinweis oder die Schuldzuweisung auf ein übermächtiges System auch kein Grund mehr für die Entschuldigung, die eigene Verantwortung nicht wahrzunehmen.

Jedes noch so übermächtig sich gebärdende System trägt seine Widersprüche in sich und ist dadurch in sich selbst nicht nur sehr anfällig und fragil, sondern auch veränderbar, „ein Wörtlein kann es fällen“, und wenn nicht, dann haben wir es doch versucht.

Die Gegenwart des Vergangenen: Kritische Streiflichter

Heute auf die Wirklichkeit in Kirche und Gemeinden zu blicken, heißt zunächst mit einem Versagen zu enden. Ich habe den Eindruck, dass weite Teile in der Kirche sich in einem Auflösungs- und Selbsterstörungsprozess befinden.

Entdemokratisierung/Rekatholisierung

In Synoden gibt es keine Kultur der Diskussion und Auseinandersetzung, lähmendes, apathisches Schweigen hat sich breit gemacht, ausgelöst durch Haushaltssicherungskonzepte und ideologischen Sparzwang bei steigenden Kirchensteuereinnahmen.

Bei den letzten mit einem ungeheuren Werbeaufwand propagierten Presbyteriumswahlen in Westfalen fand in nur noch 1/3 aller Gemeinden überhaupt eine Wahl statt. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag bei 8%. Nach der Wahl wurde das Ergebnis in vielen Kirchenkreisen schamhaft öffentlich verschwiegen.

Leitungs- und Mittelebenen werden gestärkt, die presbyterial-synodale Ordnung wird als hinderlich für die Steuerung der Kirche und das Durchsetzen von Veränderung angesehen. Im Impulspapier „Kirche der Freiheit“ kommen Synoden, Ev. Akademien und theologische Fakultäten nicht mehr vor. Sie stehen der Zentralisierung und marktförmigen Umgestaltung der Kirche im Wege.

Die Kirchenleitung als Behörde – orientiert am Staat als Modell – ist fast an ihr Ende gekommen, es entsteht eine gefährliche Mischung von Behörde und Wirtschaftsunternehmen mit autoritären Management -strukturen und -verhalten.

Fehlende Personalplanung

Abgeschreckt von verschärften Einlassbedingungen und düsteren Zukunftsaussichten entschließen sich immer weniger junge Menschen Theologie zu studieren. Nur 27 StudentInnen wurden im vergangenen Jahr in die List der EKvW aufgenommen, nur 14 bestanden das erste, nur 13 das zweite theologische Examen. Es wird in absehbarer Zeit wieder Pfarrermangel geben. Wer fühlt sich für diese voraussehbare Entwicklung verantwortlich? Der Beruf der PfarrerInnen wird aus ökonomischen Gründen strukturell entwertet, sie stellen ein kirchliches Finanz- und Qualitätsproblem dar.

Ökonomisierung

Die Ideologie demographischer Entwicklung und der – gegen alle gegenteilige Erfahrung – prognostizierte und auch bei steigenden Steuereinnahmen krampfhaft als richtig behauptete Sparkurs ersetzen die befreiende Kraft des Evangelium der Armen - in einer Kirche, die sich viel lieber als Kirche der Eliten erleben möchte.

Werden aus Gemeinden und Synoden vereinzelt kritische Anträge zum alternativen Umgang mit Geld in Landessynoden gebracht, dann werden alle kritischen Impulse kanalisiert und entschärft – wie die 68er sagten „in einer Kirche, die mit eingeschliffenen Abwehrmechanismen alle aktuellen Fragen versanden lässt.

Die gegenwärtige Finanz- und Strukturkrise offenbart gravierende Managementfehler der Kirchenleitungen. Die Bereitschaft, sich mehr oder weniger auf ein sogenanntes religiöses Kerngeschäft gesund zu schrumpfen, zeigt eine innere Wertschätzungs- und den Rückzug aus Bereichen gesellschaftlicher Verantwortung.

Medialisierung

Kirche und Gemeinden setzen verstärkt auf Präsenz in der medialen Öffentlichkeit, das aber kann Leben in der Gemeinde vor Ort nicht ersetzen. Die wirklich wichtigen Kategorien, mit denen Menschen sich selbst, ihr Leben und die Welt verstehen, werden im Rückgriff auf den personal repräsentierten sozialen Nahbereich gebildet – auf etwas, was ein Gesicht hat. Gemeinde ist „Parochie“, im ursprünglichen Sinn bedeutet es Nachbarschaft, Gemeinde der kurzen Wege. Unter der Oberfläche von Globalisierung und Zentralisierungen suchen Menschen Gemeinschaft, Zugehörigkeit und soziale Nähe. Eine wirklich lebendige Tradition muss nicht vermarktet werden, weil sie lebendig ist. Beteiligung nicht Beobachtung ist gefragt.

Teilhabe, Befreiung, Transparenz

Es gibt nicht hinreichend wahrgenommene Initiativen, Gruppen und Gemeinden, die versuchen innerhalb und außerhalb der Kirche mitten in Ökonomisierung und Privatisierung aller Lebensbereiche Gemeinde der Ausgegrenzten und Benachteiligten bescheiden vor Ort zu leben.

Sie verbinden Formen alternativen Lebens mit öffentlichen Klagen und Anklagen, sie existieren untereinander verbunden in Netzwerken: Ihr Spektrum reicht von Suppenkücken über Wohnungsgenossenschaften, Tauschringen, Basisgemeinden, Gruppen freier Kulturarbeit, Begleitung Illegalisierter, Bildungsoffensiven, Zukunftswerkstätten, Kampagne-Arbeit zur Entschuldung bis hin zu alternativen Zeitschriften wie Amos und Transparent.

Wer hier genauer hinsieht, wer sich hier engagiert, der findet viel Anregendes und Ermutigendes.

Innerhalb der Institution Kirche stellen sie eine Minderheit dar, vergleichbar der kirchlichen Opposition der 68er, der Celler Konferenz, der sozialistischen Opposition in der Kirche, in der sich nur wenige linke gesellschaftskritische Theologen sammeln, Sie forderte, Theologie als Funktion des Menschen zu verstehen um der konkreten Befreiung der Menschen willen. Gemeinden sollten sich endlich mit dem Menschen dort, wo er wirklich lebt, auseinandersetzen. Die Celler Konferenz löste sich „zugunsten der Arbeit in Basisgruppen am Ort“ auf.

Gemeinden als Netzwerk im überschaubaren Nahbereich sind keine Filialkirche der Großkirche, keine Profildgemeinden. Sie sind biographisch und sozial Wurzelgrund protestantischen Selbstbewusstseins mit der Tendenz zum Dezentralen, besonders an der Peripherie, an der Gemeinden unter widrigen Bedingungen leben und deren Ausbluten zugunsten von Zentralen gezielt und geplant vorangetrieben wird. Lokale Erfahrungen vor Ort sind beteiligungsorientiert, leben Traditionen und bieten Anschauung durch Praxis.

Diese Gemeinde fragen: Wie ist die soziale, wirtschaftliche und kommunikative Lebenssituation im Stadtteil? Was brauchen die Menschen? Was müssen wir für unsere Arbeit einnehmen?

Das Netzwerk Gemeinde stellt die integrativste Sozialform der Kirche dar. Ihre Aufgabe ist soziale Entdifferenzierung in einer Gesellschaft, die immer mehr funktional differenziert und unüberschaubarer wird. In ihnen leben verschiedenste Milieus und Generationen, religiös Ungebundene, Nicht-Christen und Menschen anderer Religionen. Diese Basisgemeinden sind Orte komplexer Vernetzung von religiöser, geselliger und bildungsorientierter Kommunikation. Sie dienen mit den Worten der Celler Theologen 68 der konkreten Lebenshilfe und Begleitung, der Parteinahme und Konkretion im Alltag „Je tiefer dabei die Konkretion geht, umso politischer wird die Aussage und umso exakter bezieht sie sich auf die Gegenwart.“

In diesem Netzwerk sind Gottesdienste, Rituale, Spiritualität und Kontemplation Teile des gesellschaftspolitischen Engagements und eben nicht isoliertes Kerngeschäft. „Sind Kirchen Netzwerke Wahrheit suchender Gemeinschaften, die eine theologische Ehrlichkeit mit menschlicher Sensibilität und einem wachsenden Blick auf kulturelle und soziale Umwelt verbinden, so entwickeln sie von sich aus Ausstrahlungskraft.“ (Celler Theologen)

Der leider in Vergessenheit geratene sozialistisch-christliche Bildungstheoretiker und Mitglied des SDS Heinz-Joachim Heydorn sagte zu den Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Veränderungen 1968: Es bleibt eine unbegründbare, aber gewisse Hoffnung, „dass die Zerstörung nicht das letzte Wort hat, dass der Mensch nicht als Krüppel am Weg seiner Geschichte liegen bleibt. Die Gewissheit ist durch keine Empirie belegt...Sie besagt, dass jeder Augenblick bejaht ist, dass die Zusage an die menschliche Geschichte nicht rückgängig gemacht werden kann. Es ist diese Gewissheit, die auch in der wachsenden Spur des Verfalls die Verheißung erkennbar macht. Das ist ein rational nicht zu vermittelnder Impuls, denn nicht aufzugeben ein Leben lang, ist das Schwerste, das nur erträglich wird durch den Glauben, das alles Zerrissene sich wiederfindet....So hat alles Zerrissene sich auf den Weg zu machen.“ (Bildungstheoretische Schriften 2, Frankfurt/M. , 1980, 357)

Literatur

Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München, 2008

Wolf-Dietrich Bukow, Das Elend der sozialistischen Opposition in der Kirche, Celler Konferenz – Theologie als Gesellschaftstheorie?, München, 1969

Rolf Heinrich, Christliche Gemeinschaft leben, Formen Perspektive, Grenzen, Gütersloh, 2001

Rolf Heinrich, Die Widersprüchlichkeit der Welt und der leidende Mensch. Heinz-Joachim Heydorns Bildungstheorie, in : Eckart Gottwald (Hg.), Kontrapunkte, Motive zur religionspädagogischen Improvisation, Duisburg, 1998, S. 27-44

Rolf Heinrich, Pfarrer in Gelsenkirchen-Hassel und Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg-Essen , Mit-Herausgeber von AMOS

Okko Herlyn

„TREIBDET NUR NICH ZU TOLL!“

Mein Verhältnis zu „den 68ern“

I. Verklärende Kamingespräche

Wer sich als jemand, der sich 1968 mitten im Studium an einer größeren westdeutschen Universität befand, daran macht, etwas über „die 68er“ zu erzählen, gerät leicht in Versuchung – mit einem Lied Franz Josef Degenhardts zu sprechen¹ –, „die Augen halb zu schließen“, „die Lampen kleinzudrehen“ und „Gin und Tonic“ einzugießen, sich also in verklärende Kamingespräche zu flüchten. Weißt du noch, damals unsere erste Demo? Weißt du noch, das teach-in im Audimax, das sit-in vor dem Sitzungssaal des Senats, die Hundertschaften, die Reiter- und Hundestaffeln der Polizei? Weißt du noch, wie wir Plakate und Transparente bis in die Nacht gepinselt haben, morgens kurz nach acht die Flugblätter im Hörsaal verteilt, indem wir die zuvor vom RCDS ausgelegten gleichzeitig einsammelten? Weißt du noch, die endlosen Diskussionen im Fachschaftsbüro, die Umfunktionierung des Proseminars, die Campus-Feten, Bob Dylan und Rolling Stones und der elende Lambrusco für DM 2, 98? Weißt du noch?

„Schließt die Augen halb und dreht die Lampen klein“ – wer sich als ein damals Dabeigewesener erinnert, ist nicht gefeit vor Nostalgie, eingetrübter Selbstwahrnehmung und narzistischer Selbstmythologisierung. Gleichwohl blättere ich einen Moment in meinem inneren Fotoalbum und versuche, mein Verhältnis zu „den 68ern“, also zu einem Stück meiner eigenen Biografie zu klären. Nicht um im Stile einer miesen Talk-Show etwas preiszugeben, was bei Lichte von wenig öffentlichem Belang ist, sondern weil ich glaube, dass ich etwas Typisches erlebt habe, das viele andere meiner Generation so oder ähnlich auch erfahren haben.

II. Kleiner autobiographischer Rückblick

Sehr Erinnerung ist mir der 3. Juni 1967. Samstagabend. Ein heißer Sommertag geht zu Ende. Ich bummle über den Münsterplatz in Bonn, wo ich am Wochenende zu Besuch weile. Ich, der Theologiestudent im 3. Semester aus Wuppertal. Mitten auf dem Platz steht ein Tisch mit einem Buch darauf. Drumherum ein paar Studenten und ein Plakat, das auffordert, sich in eine Kondolenzliste einzutragen. In Berlin sei am Vorabend ein Student erschossen worden. Die Studenten sind von der ESG, das ist vertrauenerweckend. Unterschrift? Warum nicht.

Am nächsten Tag zurück an der Kirchlichen Hochschule in Wuppertal, wo ich in diesem Semester AStA-Vorsitzender bin. Trotz des Sonntags eine hektische Atmosphäre. Wo ich denn bleibe. In Berlin sei die Hölle los und jetzt gelte es, überall Solidarität und Protest gegen das Vorgehen der Polizei zu bekunden. Für die nächsten Tage sei bereits ein Fackelzug geplant. Die Rede vor der Stadthalle halte der Rektor. Ich solle mich auf ein paar Worte im Namen der Studenten vorbereiten.

Wenn ich ehrlich bin, eine steile Herausforderung für einen, dessen politisches Bewusstsein sich bis dato fast in einem dumpfen Anti-Adenauer-Affekt erschöpfte und dessen hochschul-

politischen Aktivitäten sich vor allem auf die Organisation von Semesterfeten und Morgenandachten beschränkten. Der 2. Juni 1967 hat mein Leben nicht schlagartig verändert. Ich vermag nicht mit einem politischen Bekehrungserlebnis aufzuwarten. Bald nach dem Fackelzug ging es wahrscheinlich schon wieder primär nur um Proseminarscheine und das Wäschepäckchen von zu Hause. Dennoch, wenn auch nicht alles und schon gar nicht schlagartig, so ist doch fortan *etwas* anders. Zeitungen werden intensiver, gezielter gelesen; neue, etwa die Frankfurter Rundschau, für das Lesezimmer des Studentenwohnheims hinzubestellt. Die Gespräche in der Mensa werden politischer. Israels 6-Tage-Krieg wird heftig diskutiert. Eine hochschuleigene Gruppe des SDS wird gegründet, der ich nicht beitreten darf, weil mir das geforderte Credo, dass der Vietnamkrieg die notwendige imperiale Konsequenz des amerikanischen Spätkapitalismus sei, nicht – noch nicht – über die Lippen gehen will.

Das wird später anders. Die folgenden Semester an verschiedenen Universitäten holen auch mich mehr und mehr in den immer breiter werdenden Strom einer politischen Bewegung und z. T. auch Begeisterung ein, die sich selbst als grundsätzlich sozialistisch orientierte außerparlamentarische Opposition versteht. Jetzt erst beginnt man, Marx, Marcuse und Mao zu lesen – sofern man sie zu verstehen vorgibt. Schmächtige, vordem unscheinbare, eher überschülerhaft wirkende Jüngelchen treten an die Mikrophone und hinterlassen mit dialektisch-materialistischen Analysen der bundesrepublikanischen Wirklichkeit allenthalben Eindruck. Rudi Dutschke hat einen frenetisch umjubelten Auftritt im Audimax. Wer vermag sich dem allen zu entziehen? Erinnerung ist mir vor allem dieser unglaublich breite Strom studentischen Engagements. Keine „kleine radikale Minderheit“; gleichwohl aber in der weiteren Bevölkerung ohne größere Solidarisierungseffekte. „Treibdet nur nicht zu toll“, rät mir die Frau in der Reinigung meiner niederrheinischen Heimatstadt, bei der ich meinen asphaltverschmierten Parka abliefern. Napalmbomben über Vietnam? Einmarsch der russischen Panzer in Prag? Notstandsgesetze? Anti-Springer-Kampagne? Hochschulreformen? Ach nein, am Niederrhein hat man andere Sorgen. „Treibdet nur nicht zu toll!“

Die weitere Geschichte ist relativ rasch markierbar, eben weil wohl auch in diesem Fortgang nicht ganz untypisch. 1972 Eintritt in die SPD Willy Brandts, weil nun der mühsame „Marsch durch die Institutionen“ ansteht. 1977 Austritt aus der SPD Helmut Schmidts, in der man sich fast zu schämen scheint, auch nur das Wort „demokratischer Sozialismus“ noch in den Mund zu nehmen. 1978 rheinischer Pfarrer und Kirchenbeamter auf Lebenszeit. Die alten Kumpels aus der Studentenbewegung treffe ich z. T. in neuen Bewegungen wieder: in der Friedensbewegung, in der Antipartheitsbewegung, in der Öko-Bewegung, am „3.Welt“-Verkaufstand, in der Asylgruppe. Heute erlebe ich mich gelegentlich als jemanden, der seine Studentinnen und Studenten als zu unpolitisch, zu angepasst, zu erfolgs- und karriereorientiert beschimpft. Und ich sehe dann meist in mitleidig-verständnisvolle Gesichter: Ach ja, einer von diesen „68ern“, der's nicht lassen kann. Kamin und Pfeifenschmauchen im Hörsaal. Lass ihn.

III. Der Mythos vom notwendigen Scheitern

„Die 68er“ sind zu einem Sprachsymbol geronnen, zu einer Chiffre, bei der es längst nicht mehr um den Hinweis auf bestimmte, historisch eben um das Jahr 1968 herum festzumachende Ereignisse geht, sondern um eine Art *Mythos*, Synonym für Revolte, für Aufbruch, für marxistisch-materialistische Deutung

der gesellschaftlichen und politischen Konflikte, für Infragestellung jeglicher Autoritäten, für schrankenlosen Libertinismus in Erziehung und Sexualität, ja für radikalen Umbruch und Revolution. Von der bürgerlich-konservativen Gegenseite wird folglich fast alles, was als Problem wahrgenommen wird und sich nur irgend mit jener Basisgleichung: „68“=Revolution in Verbindung bringen lässt, verantwortlich gemacht.

Aufmüpfige, lernunwillige Schüler? „Die 68er“ sind’s, die jetzt die Lehrerpösten innehaben und unsere Kinder ideologisch infiltrieren. Zunahme der Partnerschaftsprobleme und Anstieg der Scheidungsraten? Haben uns das nicht „die 68er“ mit ihrer Propaganda der freien Liebe eingebrockt? Hemmungsloser Konsumzwang und Verfall der geistigen Werte? Waren es nicht „die 68er“, die uns das Hohe Lied des Materialismus gesungen haben? Zunehmende Gewalt auf Straßen und Schulhöfen, Schmierereien an U-Bahnen, Vandalismus in öffentlichen Telefonzellen? Waren es nicht jene verblendeten „68er-Ideologen“, die mit ihrer merkwürdigen Unterscheidung von Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen den Keim für eine tendenzielle Verharmlosung von Gewalt und Terror legten? Waren nicht seinerzeit die Morde an Schleyer, Buback und Herrhausen der schreckliche, nachgereichte Beleg für die Unseligkeit jener Saat? Und war damit nicht der Erweis erbracht, wohin es führt, wenn man sich Träumen von einer besseren Welt, unrealistischen und deshalb gefährlichen Utopien und sozial-romantischen Visionen hingibt?

Damit gesellt sich zu der ursprünglichen Basisgleichung: „68“=Revolution ein weiteres Moment, nämlich das der *gefährlichen Utopie*, ein Moment, das sich etwa fünfzehn Jahre später wiederum verselbstständigte und der dann entstehenden Ökologie-Bewegung, namentlich der Partei der Grünen, als Etikett angeheftet wird. Radikaler Umweltschutz? Eigentlich eine gute Sache, aber leider völlig utopisch, an den wirtschaftlichen Realitäten vorbei, deshalb gefährlich.

Seither tauchen „die 68er“ – und damit nähern wir uns ihrem *jetzigen* Mythos – mehr und mehr nur noch als „*ehemalige* 68er“ auf, die entgegen ihren alten, hehren Zielen, nun zu Stand und Wesen, zu Posten und Karriere, zu Ansehen und Vermögen gekommen sind: Anwälte und Ärzte, Studienräte und Professoren, Manager und Direktoren, Gewerkschaftsführer und Politiker. Die solche Kataloge herzusagen wissen, tun dies in der Regel mit unverhohlener Häme. Da sieht man, was an jenen Idealen dran war. Sobald der eigene Vorteil und das persönliche Fortkommen winken, zerstäuben die Weltverbesserungsprogramme.

Das scheint mir der eigentliche, der sich aufs Ganze durchgesetzt habende „68er-Mythos“ zu sein: der Mythos vom *Scheitern der Utopie*. „Dem designierten Kanzler fehlt das Visionäre, Gott sei Dank“, jubelte beispielweise 1998 die bürgerliche Wochenzeitung DIE ZEIT.² Und der Glaube, der jenen Mythos aus sich heraussetzt, ist der Glaube an die Macht der faktischen Verhältnisse und an die Unabänderlichkeit von einmal in Gang gesetzten Entwicklungen: ob Globalisierung, Weltmarkt, Internet, Anstieg des Individualverkehrs, Gentechnologie oder Aktienkurse – alles „kommt“, wie es heißt; „ist nicht aufzuhalten“, wie man meint. „Und du kannst da schon gar nix dran ändern.“ Das an jeder deutschen Hochschule kostenlos und massenhaft ausliegende Campus-Magazin UNICUM titelte unlängst mit einem nicht zu überhörenden Unterton der Schadenfreude über „die 68er“: „Rudis Reste-Rampe. Was von den 68ern übrig blieb.“ Und im Innenteil nachgerade triumphierend: „Deren Träume sind längst passé“.³

Visionen? Gesellschaftsverändernde Utopien? Das alles – so der Mythos – ist gescheitert. *Notwendigerweise* gescheitert. Ist geschichtliche Asche der „68er-Generation“. Geblieben ist die siegreiche Realität, der grundsätzlich überlegene real existierende globale Kapitalismus. Sonst nichts? O doch. Ein wenig wird man noch träumen dürfen. Vom Urlaub auf Fuerteventura, vom Bausparvertrag, vom Frühstück mit Nutella. Die Dimension des „Noch-Nicht“, für Ernst Bloch und die ihm folgenden „68er“ einst die fundamentale Begründung von Zukunftsentwürfen, von gesellschaftlichen Umbrüchen, von der Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden, diese Dimension ist verkümmert zu einem privatistischen Eckchen individueller Wünsche. „Sail away, dream your dreams.“

IV. Theologie des Davonlaufens

Interessant zu sehen, wie sich diese Entwicklung, also die Verkümmernng gesellschaftlicher Utopien zu betulichen Traumnissen des einzelnen auch in der *Kirche* wiederfindet. Visionen, das noch Ausstehende, die Dimension der Verheißung – das war doch immer schon eines ihrer angestammten Themen, nicht zuletzt von Jürgen Moltmann 1964 in seiner „Theologie der Hoffnung“ auf den Begriff gebracht. Was ist daraus geworden? Ich möchte das an zwei – auch schon wieder „historischen“ – liturgischen Texten verdeutlichen.

Der eine von 1969 aus einem Politischen Nachtgebet in Köln:

„*Er sagte:*
Glücklich nenne ich, die arm sind. Sie sollen in Gottes Reich leben. Er sagte auch: Glücklich nenne ich die Trauernden. Sie sollen getröstet werden.

Und wir vermuten,
dass dies nicht nur dich und mich betrifft, sondern unsere Gesellschaft insgesamt und ihre Ordnungen. Dass es also heißen soll: Wer bedürftig ist, wer Mangel leidet, wem etwas fehlt, wer damit an der Veränderung der Welt interessiert ist, an der Veränderung auf das Reich hin, das kommen soll, wer trauert über die derzeitige Aufteilung von Grund und Boden, von Bildung und Wissen, wer bekümmert ist über die Unterdrückung, Entrechtung und Ausbeutung von zwei Dritteln aller Menschen – dem gilt die Verheißung...“⁴

Ein Text, der einem wie eine programmatische Grundsatzrede für einen gesellschaftlichen und eben auch kirchlichen Reformprozess erscheinen mag, wie er seit Anfang der 70er Jahre ja auch tatsächlich in weiten Teilen von Gesellschaft und Kirche in Folge von „68“ stattgefunden hat.

1992, also 23 Jahre später, lesen wir folgenden gottesdienstlichen Text zur Dimension des Noch-Nicht:

„Gott, die Blume über dem Kind in der Krippe: sie ist wie ein Symbol der Liebe, die über sich selbst hinauswächst. Wir bitten dich: Lass unter uns viele Blumen dieser Liebe wachsen, durch die unsere Wirklichkeit sich wandelt und zum Widerschein deiner Liebe wird ...

Gott, wir danken dir, dass wir dies uns erträumen dürfen: eine Wirklichkeit, die von deiner Liebe durchdrungen ist wie von einer Blume. In unseren Träumen nehmen wir vorweg, wie unsere Wirklichkeit sein kann, wenn sie von deinem Advent erfüllt ist. Hilf uns, deinen Traum von dieser Welt in unsere Wirklichkeit hineinzutragen und selbst zu Boten deines Advents auf dieser Erde zu werden.“⁵

Parallel zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, nämlich der Verkümmern politischer Utopien zu Wunschträumen vom privaten Glück, ist in der Kirche, so scheint es, an die Stelle der umstürzlerischen Verheißung eines neuen Himmels und einer neuen Erde das Geschwafel von Wolken, Blumen Licht und Traum getreten. „Ich habe mir ein Floß gebaut, ein Floß für meine Träume. Ich lass den grauen Glauben dort und träume und träume ...“⁶

Nein, bevor ich einer solch trostlosen Theologie des Davonlaufens und der Nichthoffnung für die Welt aufsitze, halte ich es – Alt„68er“ hin oder her – doch lieber mit den Visionen und Verheißungen der Seher und Propheten Alten und Neuen Testaments. „Ein Volk ohne Vision geht zugrunde“, heißt es in den Sprüchen Salomos (29, 18). Und es hat allen Anschein, dass wir genau daran zugrunde gehen, dass wir zunehmend vergessen, dass noch etwas anderes aussteht als das Anrecht auf eine „american express card“ oder die Aussicht auf eine weitere Staffel mit Thomas Gottschalk. Dieses Wissen möchte ich allerdings *nicht* aus meiner Erinnerung an „die 68er“ und schon gar nicht aus meiner eigenen Biografie streichen.

V. Wichtige Erinnerung

Was die *gegenwärtige* Situation der evangelischen Kirche angeht, so scheinen mir selbst solche privatistischen Traum-Verkümmern von einer ganz anderen Welle überrollt zu werden. Es sind dies die sattsam bekannten Finanz- und Strukturprobleme, die die Gemeinden unter die Knute der sogenannten „Sachzwänge“ drücken. In den kirchlichen Leitungsebenen haben die vermeintlichen Realpolitiker das Zepter in die Hand genommen. In den Presbyterien wird seit Jahren mehr gerechnet als gebetet, mehr Haushaltspläne als die Heilige Schrift gelesen, mehr auf demografische Prognosen als auf die Verheißungen Gottes gehört. Die Gesetze eines Marktes werden mehr und mehr als auch für die Kirche unumgänglich akzeptiert, statt diese – vielleicht in Erinnerung an die Gesetze Gottes – einmal kräftig und grundsätzlich in Frage zu stellen. Das Wort Gottes erscheint allenfalls noch als eine „Ware auf dem Markt der Sinnanbieter“, um es dann eben auch einem entsprechenden Marketing zu unterziehen. Ja, Gott selber hat – so scheint es – vielleicht gerade noch einmal das Glück, als sogenannte „spirituelle Dimension“ in irgendeinem Flyer irgendeiner kirchlichen Akademie unterzukriechen. Die gegenwärtige, vermeintlich so realitätsbewusste Kirche hat Gott zu einer harmlosen Puppe degradiert, die häufig nichts mehr gemein hat mit dem Gott, der Himmel und Erde geschaffen hat, der uns in Jesus Christus in unvergleichlicher Tiefe nahe gekommen ist, und der uns nichts Geringeres als einen „neuen Himmel und eine neue Erde“ (Offenbarung 21, 1) verheißt, wenn wir denn dem Zeugnis der Schrift trauen wollen.

„68“ könnte so für die Kirche eine wichtige Erinnerung bleiben. Für meine *evangelische* Kirche jedenfalls wünschte ich mir, sie würde mit jenem gesellschaftlichen Aufbruch, der mit dem Stichwort „68“ doch immerhin auch für sie einmal verbunden war, mehr verbinden als eine historische Episode von Reformbemühungen, die einmal waren und angeblich nicht mehr möglich sind. Ich wünschte mir für meine Kirche, dass sie sich dessen neu vergewissert, dass Finanz- und Personalprobleme, so drängend sie gegenwärtig sein mögen, nicht das beherrschende und schon gar nicht das letzte Wort bleiben dürfen, das von ihren Kanzeln zu hören ist. Dass sie vielmehr selbst noch etwas anderes darstellen möchte als die religiös-betuliche Variante einer sich selbst genügenden Unterhaltungsgesellschaft. Dass sie den vielen, die ihr – gerade von politischer – Seite immer wieder zu-

rufen: „Treibdet nur nicht zu toll!“, dass sie diesen vielen endlich einmal wieder zurückruft: Wir treiben es um der uns anvertrauten Verheißungen willen womöglich noch viel toller. Ihr werdet euch noch wundern, was in der Kirche Jesu Christi alles möglich ist.

Ich wünschte mir also von meiner Kirche, dass sie in ihrem Reden und Tun wieder deutlichere und von der Gesellschaft nicht zu überhörende und nicht zu übersehene Zeichen dafür setzt, dass uns dereinst eine andere Welt verheißt ist und deshalb schon jetzt auch eine andere Welt möglich ist. Ich wünschte mir, dass sich meine Kirche wieder kräftiger *einmischt* in die Dinge dieser Welt, in die Dinge unserer Gesellschaft, in die Dinge unserer Stadt. Nicht um sich künstlich wichtig zu machen, sondern weil es eben seine, *Gottes* Welt ist, in der wir leben. „Die Erde ist des Herrn“, heißt es lapidar im 24. Psalm.

Diesen Satz hat man unter „den 68ern“ allerdings selten gehört, das gebe ich zu. Deshalb sage ich ihn jetzt.

¹ F. J. Degenhardt, Ein schönes Lied, in: ders., Spiel nicht mit den Schmutzdelkindern, Hamburg 1969, 81f

² DIE ZEIT, Nr. 41, 1. 10. 1998

³ UNICUM, Nr. 4, April 2008, 12

⁴ in: D. Sölle / F. Steffensky (Hg.), Politisches Nachtgebet in Köln, Stuttgart u. a. 1969, 107f

⁵ F. Holze, Phantasievoll Gottesdienste feiern, Göttingen 1992, 21ff

⁶ H. – J. Netz, in: Mein Liederbuch für heute und morgen, Düsseldorf o. J., B 98, 1

Dr. Okko Herlyn, Jahrgang 1946, studierte von 1966 – 1972 Theologie in Wuppertal, Göttingen, Zürich und Tübingen. Ab 1977 Pfarrer in Duisburg-Wanheim, seit 1994 Professor für Ethik, Anthropologie und Theologie an der Ev.Fachhochschule Bochum und seit 1996 außerdem Privatdozent für Praktische Theologie an der dortigen Ruhruniversität. Als literarischer Kleinkünstler mehrfach ausgezeichnet.

Jürgen Klute

Kreativität ist da, wo das Ruhrgebiet nicht ist!

Das heimliche Motto der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 heißt von Anbeginn an "Kultur ist da, wo das Ruhrgebiet nicht ist". Nun hat dieses Motto eine Variation erhalten "Kreativität ist da, wo das Ruhrgebiet nicht ist".

Dieser Schluss lässt sich jedenfalls aus der Entscheidung der Ruhr.2010 GmbH ziehen, die Hamburger Werbeagentur KNSK zur Leitagentur für das Marketing der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 zu machen. Dass zu den Kunden von KNSK auch Evonik Industries (auf deutsch: Ruhrkohle AG, abgekürzt: RAG) gehört, ist sicher kein Zufall.

In der globalisierten Wirtschaft ist eine solche Entscheidung nichts Ungewöhnliches und auch nichts Anrüchiges. Dass die Ausschreibung für diesen Auftrag europaweit erfolgte, korrespondiert einerseits mit den rechtlichen Vorgaben der EU für öffentliche Auftragsvergaben und andererseits könnte man den Standpunkt vertreten, Aufträge im Rahmen einer europäischen Kulturhauptstadt müssen auch europaweit ausgeschrieben werden. Immerhin geht es darum, dass Europa sich und seinen Teilregionen näher kommt.

Nur ist die Kulturhauptstadt nicht ein simples Wirtschaftsprojekt, sondern ein kultur-politisches Projekt der EU, das durchaus politische Ziele verfolgt. Somit wäre es angemessen, hier nicht die Gepflogenheiten der globalisierten Wirtschaft zum Maßstab zu nehmen, sondern Kriterien, die den politischen Zielen einer europäischen Kulturhauptstadt entsprechen. Das sind laut Artikel 151 des EG-Vertrages folgende:

1. *Herausstellung der gemeinsamen kulturellen Strömungen in Europa, an denen die Bewerberstadt beteiligt war oder zu denen sie einen wesentlichen Beitrag geleistet hat;*
2. *Förderung der kulturellen Veranstaltungen und künstlerischen Darbietungen mit Künstlern aus anderen Städten der Europäischen Union, die zu einer dauerhaften kulturellen Zusammenarbeit führen, sowie Förderung ihrer Mobilität innerhalb der Europäischen Union;*
3. *Mobilisierung und Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an dem Projekt;*
4. *freundliche Aufnahme der Gäste und Bekanntmachung der vorgesehenen Veranstaltungen durch multimediale Mittel in mehreren Sprachen;*
5. *Förderung des Dialogs zwischen den europäischen Kulturkreisen und anderen Weltkulturen;*
6. *Herausstellung des historischen Erbes und der Stadtarchitektur sowie der Lebensqualität in der Stadt. (Quelle: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l29005.htm>)*

In den politischen Sonntagsreden wird die Kulturhauptstadt Ruhr.2010 immer wieder als Meilenstein der Entwicklung des Ruhrgebiets zur Kulturmetropole Ruhr dargestellt. Das Charakteristikum einer Metropole wird dabei als global maßstabsetzend definiert. Dem entsprechend hat der für die Kulturhauptstadt

Ruhr.2010 politisch verantwortliche Regionalverband Ruhr (RVR) einen Masterplan Kultur in Auftrag gegeben, der bis März 2009 fertiggestellt sein soll. Der Masterplan Kultur soll das, was bis zum Kulturhauptstadtjahr 2010 zwischen Lippe und Ruhr an Entwicklungsprozessen in Gang gebracht worden ist, aufnehmen und durch die Setzung geeigneter langfristiger politischer Rahmenbedingungen zu seiner vollen Entfaltung bringen.

Kultur- und Kreativwirtschaft, sollen dabei eine zentrale Rolle spielen. Sie sollen zukünftig einen Teil der im Strukturwandel an der Ruhr verloren gegangenen Arbeitsplätze ersetzen.

Vor dieser ambitionierten Zukunftsperspektive, die durch die Kulturhauptstadt Ruhr.2010 als Meilenstein befördert werden soll, erhält die Entscheidung für KNSK als Leitagentur allerdings einen schrägen Klang.

Die Entscheidung der Ruhr.2010 GmbH für KNSK ist nicht die erste für eine Agentur außerhalb des Reviers. Schon die vorangegangenen Kampagnen zur Vermarktung der Region – "Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Deutschland", "Der Pott kocht" sowie die kürzlich konstruierte Kampagne "TeamworkCapital" (Ruhr⁹) – sind von auswärtigen Agenturen kreiert worden. Revier-Agenturen haben keine Chancen. Übersetzt heißt das: Das Revier ist für alle Kreativen, die auf Kundschaft aus dem Revier setzen, ein nahhaltiger Standortnachteil! Damit stellt sich dann die Frage, wie man im Revier einen global relevanten Standort der Kreativwirtschaft aufbauen will, wenn schon die hier fest verwurzelten potentiellen Kunden der Überzeugung sind, Kreativität und Kreativ-Wirtschaft könne es nur dort geben, wo das Ruhrgebiet nicht ist.

Jürgen Klute, Mitherausgeber des AMOS, Pfarrer und Referent für Sozial-ethik an der Stadtakademie Bochum

Streit um Leo Kofler:

Wie ein reaktionäres Duo versucht, die Kofler-Gesellschaft mit juristischen Mitteln zu zerstören

Ende 2007 hatte ein Arbeitskreis unter der Leitung des Wiener Publizisten Reinhard Pitsch einen Band mit Texten von Leo Kofler (1907-1995) im ultrarechten Wiener Karolinger-Verlag veröffentlicht („Leo Kofler: Nation – Klasse – Kultur. Aufsätze aus vier Jahrzehnten“), ohne über die dazu nötigen Urheberrechte zu verfügen.

Ursula Kofler, die Witwe Koflers und Inhaberin der Rechte an dessen Werk, konnte durchsetzen, dass der Verlag den unautorisierten Band wieder vom Markt nehmen musste. Christoph Jünke, Vorsitzender der Kofler-Gesellschaft, dokumentierte diese Auseinandersetzung und wies die in den Begleittexten jenes Buches vorgenommene Uminterpretation Koflers zu einem antilinken ‚nationalen Sozialisten‘ scharf zurück. Dabei legte er die von Pitsch und anderen benutzten Mittel der Manipulation und Verfälschung des Koflerschen Werkes und Geistes offen. Ausführlich ging er auf das um den Karolinger-Verlag herum gruppierte Netzwerk von Ultrarechten und Ex-Linken ein und verdeutlichte die Arbeitsweise des mit dem National-Bolschewismus kokettierenden Wiener „Philosophen“ Pitsch, der offensichtlich versuche, so Jünke, sich „mit den Federn eines großen Mannes zu schmücken, um in einem Milieu zu landen, das bekannt dafür ist, ex-linken Renegaten egal welchen Niveaus mit wohlwollender Nachsicht zu begegnen, weil man sie zur geistigen Wehrtüchtigung der eigenen, hohlköpfigen Reihen gut gebrauchen kann“.

Der solcherart angegriffene Pitsch sah sich zu einer angemessenen publizistischen Entgegnung nicht in der Lage. Zusammen mit seinem Freund und Mitherausgeber Stefan Dornuf verwickelte er stattdessen die Kofler-Gesellschaft und Jünke in bisher insgesamt vier juristische Verfahren. Drei der vier Verfahren sind zwar eindeutig zugunsten der Kofler-Gesellschaft und Jünkes ausgegangen. Das vierte Verfahren jedoch ging nur unvollständig zugunsten des beklagten Jünke aus und befindet sich noch in der beiderseitigen Berufung. Schon jetzt sind der Leo Kofler-Gesellschaft e.V. wie ihrem Vorsitzenden Christoph Jünke massive Anwalts- und Gerichtskosten entstanden, die auch bei einem erfolgreichen Berufungsverfahren nur teilweise geltend gemacht werden können. Hinzu kommt, dass Pitsch weitere Veröffentlichungen und Klagen angekündigt hat.

Spendenaufruf

Die Kofler-Gesellschaft wie auch Christoph Jünke sind dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um die Prozess- und Anwaltskosten bezahlen zu können. Wir dürfen nicht zulassen, dass linke Intellektuelle von reaktionärer Seite missbraucht und umgedeutet werden. Und wir dürfen nicht zulassen, dass linken Intellektuellen durch kostenträchtige Gerichtsprozesse die materielle Lebens- und Arbeitsgrundlage entzogen wird. Deshalb rufen AMOS und TRANSPARENT seine Leserinnen und Leser auf, die Kofler-Gesellschaft und Christoph Jünke mit Spenden zu unterstützen. Das Spendenkonto lautet:

Uwe Jakomeit, Stichwort „Prozesskosten Dornuf/Pitsch“

Kontonummer: 300679537; bei der Sparkasse Witten; BLZ: 45250035

Weitere Informationen zum Hintergrund und zum Fortgang der Auseinandersetzungen: www.leo-kofler.de

Jürgen Link

„Schlagt die Germanistik tot, macht die blaue Blume rot“

Es ist ja bekannt, dass die Protestbewegung, die mit dem symbolischen Jahr 1968 verbunden wird, obwohl sie früher begann und sich weit in die siebziger Jahre erstreckte, an den Universitäten besonders stark in den sog. Geisteswissenschaften, z.B. in der Germanistik, war. Dabei hielten wir diese Begriffe damals für überholt: Wenn schon G-Gebäude (so hießen an der Ruhr-Uni Bochum eben die Gebäude für Geisteswissenschaften), dann G für Gesellschaft statt für Geist, weil es keinen von der Gesellschaft unabhängigen Geist geben könnte, der irgendwo in der Luft schweben würde. Jeder Geist müsste auf seine „gesellschaftliche Relevanz“ hin befragt werden.

Und was die deutsche Sprache, Literatur und Kultur betraf: Ihr früherer imperialistischer Alleinvertretungsanspruch für alle germanischen Sprachen und Kulturen war vorbei, und die alten Germanen brachten es auch nicht mehr. Deshalb brachten damalige Bochumer Germanistinnen eine Zeitschrift heraus, die sich „Die rote Blume“ nannte. Das spielte auf den Slogan an: „Schlagt die Germanistik tot, macht die blaue Blume rot!“ Das hört sich ziemlich barbarisch an, aber in der Zeitschrift ging es um viele spannende Sachen der damaligen Kultur, von denen die alte Germanistik keine Notiz genommen hatte: zum Beispiel die Popkultur mit den Comics, die tatsächlich gesprochene Sprache, z.B. im Ruhrgebiet, die soziale Aussiebung der Arbeiterkinder durch kulturellen Ausschluss – aber auch die Rolle moderner Massenmedien wie besonders der Bildzeitung des Springerkonzerns, ihre Manipulationen usw. – weiter um die große antikapitalistische Literatur von Brecht, Heinrich Mann, Peter Weiss u.v.a., auch die direkt aktuell eingreifende wie Günter Wallraff – schließlich Ideologiekritik und zuvor ausgeschlossene Theorien wie Marxismus und Psychoanalyse.

Ich persönlich kam Ende 1968 als Assistent an die Ruhr-Uni, nachdem ich gerade vorher als Lektor in Frankreich den dortigen Mai erlebt hatte. Ich wollte mit meinen Möglichkeiten dazu beitragen, die Protestbewegung der Intellektuellen auf die Lohnabhängigen, wie wir sagten, auszudehnen. Ein Beispiel war die Analyse und dann auch satirische Umdrehung der „Kollektivsymbolik“, d.h. der Sprachbilder, mit denen nicht bloß die Bildzeitung den Kapitalismus als ewig und natürlich darstellte. Schon damals wurden jede Menge Hymnen auf die „Mitte“ oder auf den „Aufschwung“ verfasst, und als abschreckendes Feindbild entstanden die „Chaoten“. Wir sammelten entsprechende Belege und dichteten zum Beispiel eine satirische „Ballade vom Aufschwung“. Die Analyse der herrschenden Freund- und Feindbilder wurde ein Schwerpunkt. Auch der Komplex des Autos war ein zentrales Kollektivsymbol: „Vehikel der Freiheit“ – positiver Held der Bilder und Karikaturen, der Werbung, aber auch der neuesten Literatur.

Dabei widersetzte ich mich aber Tendenzen, die statt Literatur- und Kulturwissenschaft einfach politische Agitation machen wollten. Das hieß, die gesellschaftliche Bedeutung der Literatur zu verkennen: Die klassischen Texte mit ihren großen Tönen und symbolischen Figuren sind ja so etwas wie grundlegende Per-

spektiven auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, mit denen sich Millionen Menschen identifizieren oder gegen-identifizieren. Auch in der Klassik gibt es große Kollektivsymbole, große Freund- und Feindbilder: Was halten wir für schön und warum, was für hässlich und warum? Was für spannend, was für langweilig und warum? Was bedeutete es, wenn die FDP damals mit dem vor Philipp II. knienden (!) Posa Wahlkampf machte: „Geben Sie Gedankenfreiheit! Ein Liberaler, FDP“. Da stellten wir die Frage, wie eigentlich ein schillerscher „Charakter“ funktioniert, und warum Jugendliche sich meistens nicht mehr damit identifizieren können – und wie und warum die moderne Literatur, z.B. Brecht in „Mann ist Mann“ oder im „Guten Menschen von Sezuan“ oder der „Heiligen Johanna der Schlachthöfe“, solche klassischen „Charaktere“ satirisch auseinandernehmen.

In einer solchen Literaturwissenschaft ergaben sich automatisch und von der Sache her vielfältige Verbindungen zur Aktualität, z.B. zum Kapitalismus oder zum Vietnamkrieg. Dabei lernte man nebenbei auch Selberschreiben. (All das haben wir dann ab 1982 systematisch in der Zeitschrift „kulturrevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie“ - im Klartext Verlag Essen -, weitergeführt.)

Das meiste davon ist heute aktueller denn je: Wenn „dieses unser Land“, wie es heißt, damals noch eine Beteiligung am Vietnamkrieg ablehnte, so wird seit 1999 von Fall zu Fall mitgebombt. Da wuchern wieder die primitivsten Feindbilder in den Medien – ganze Völker („die“ Serben usw.) werden mit endlos karikierten sog. „Schurken“ gleichgesetzt und dann barbarisch bombardiert (50000 Einsätze gegen „die“ Serben 1999). Wie ist so etwas in „diesem unserem Land“ möglich, ohne dass es einen Aufstand gibt? Wieso stehen Bildzeitung, Kapitalismus und Weltpolizei Bundeswehr unerschütterlicher da als je, wie es aussieht?

Was haben wir damals falsch gemacht? Wir haben uns zu voreilig auf abstrakte Feindbilder, die „Sozialismusmodelle“, eingelassen und haben dabei viel zu große Abstriche vom Ideal der „Volldemokratie“ gemacht, das die ersten Phasen der Bewegung von 1968 bestimmt hatte. Dabei hatten wir ja bei unseren Studien an der Uni selber konkret die Erfahrung gemacht, dass auch „gesellschaftlich relevante“ Wissenschaft absolut auf Volldemokratie angewiesen ist: Jede und jeder muss frei mitdenken und mitreden. Dazu braucht es aber genügend Zeit, die wir uns damals einfach genommen haben. Die heutigen modularisierten, also standardisierten und verpunkteten Kurzstudiengänge, die auf Initiative kapitalistischer Seilschaften durchgeboxt wurden, verhindern sowohl gesellschaftlich relevante Wissenschaft wie Volldemokratie. Sie verdummen die Studierenden, während 1968 nicht zuletzt auch ein Aufstand gegen die Dummheit war. Lassen wir uns nicht verdummen! Das bleibt aktuell.

Jürgen Link, Professor em. Für Literaturgeschichte und Diskurstheorie, lebt im Ruhrgebiet, begründete vor 25 Jahren die Zeitschrift „kulturRevolution – zeitschrift für angewandte diskurstheorie“, Essen: Klartext Verlag, deren Mitherausgeber er ist.

Talking 'bout my g-g-g-generation

Konfirmandenunterricht Herbst 1967 – Frühjahr 1969

Im durchgängig konservativ-reaktionär und manchmal deutschümelnden Hunsrück-Dorf, das sich großspurig „Stadt“ nannte, und wo die evangelische Pfarrstelle – wenn nicht sowieso vakant – nur kurzfristig und aushilfsweise versorgt wurde, ging ich in den Konfirmandenunterricht (KU).

Mein Glück war, dass damals ein Berufsschulpfarrer aus der Kreisstadt, die auch eine große amerikanische Garnison hatte, den Unterricht abhielt. So kamen auch Namen wie *Martin Luther King* und „*Che*“ *Guevara* im Unterrichtsstoff vor. Beide waren weit weg oder schon tot – und somit als Objekte für den KU offensichtlich geeignet.

Dies weckte meine Neugier, mehr von den Befreiungsbewegungen in Nord- und Lateinamerika zu erfahren. Seit 1965 kamen auch vermehrt Berichte in den Medien über den Vietnam-Krieg ins elterliche Wohnzimmer. Meine Fragen an die Eltern über ihre Erfahrungen mit dem Zweiten Weltkrieg blieben meist unbeantwortet oder in vagen Andeutungen. Daher blieb mir nichts weiter übrig, als meine Informationsquellen außerhalb des dörflichen Dunstkreises zu suchen.

Ein altes riesengroßes SABA-Radio diente mir als Medium. Die Eltern hatten es zugunsten eines moderneren und kleineren Transistors ausgemustert und ich konnte es nun – mit einem Kopfhörer versehen (wegen der „Negermusik“) – ungestört nutzen.

I can get no satisfaction

Die Suche nach einem geeigneten Sender, der die allseits verpönte und verhöhnte *Beat-Musik* („langhaarige Affen“, „Hot-tentotten-Musik“, „mach' den Tommy aus!“ etc.) spielte, gestaltete sich schwierig. Die Erhebungen des Hunsrück schwächten das Signal der Mittelwellen-Sender sehr stark ab. Und Kurz- bzw. Ultrakurzwelle brachten auch keine befriedigenden Ergebnisse, denn hier schwankte ebenfalls die Signalstärke und die Musik hatte ein beständiges An- und Abschwellen. Das „magische Auge“ des SABA zeigte oft nur einen kleinfinger-breiten Balken, aber ich hatte *Radio Luxembourg* drin. Was zu hören war, war kaum zu verstehen. Schulenglisch taugte damals bestenfalls dazu, beim Bäcker Brot oder beim Metzger Rindfleisch einzukaufen oder ein Taxi vom Hauptbahnhof zu den Miller's zu bekommen. Liedtexte von *The Who* oder den *Rolling Stones* zu verstehen, war fast unmöglich. Unter den Freunden wurden morgens im Schul-Bus die (lautmalenden) Song-Mitschriften ausgetauscht und verbessert. Die Bitten an den Musik-Lehrer, die Songs und die Texte im Unterricht zu hören und zu besprechen, stießen auf taube Ohren. Kein Wunder – trug doch das Gymnasium den Namen des pädophilen tumb-deutschen Dichters *Stefan George*.

Gimme an 'F'

Durch die Erfahrung, dass diese Musik und ihre Protagonisten die Ablehnung des „*establishments*“ erfuhren, wurde beides für mich besonders bedeutungsvoll. Es gab zwar noch keinen *walkman* oder *iPod*, aber zu Weihnachten war ein kleiner, batteriebetriebener Kassettenrekorder samt Mikrophon mein schönstes Geschenk. Ich hatte meinen Eltern erklärt, dass ich ihn zum besseren Aussprechen der englischen Vokabeln nutzen möchte. Aufgenommen wurden dann ausschließlich die Songs und LPs der angesagten Bands *The Who*, *Rolling Stones*, *Beatles*, *Iron Butterfly*, *Credence Clearwater Revival*, *The Doors*, *Ten Years After*, *Cream*, *Jethro Tull* ... Es waren 60-Minuten-Schätze auf

ferro-magnetischem Band aus badischer Produktion, dessen Zerfallsprozess als brauner Staub aus dem Rekorder gepustet wurde. Der KU war immer dienstags nachmittags. Wir trafen uns schon eine Stunde eher, um „unsere“ Musik zu hören. Das Schulgelände lag verlassen. Gelegenheit für eine *Eckstein* oder einen *joint* – geschwisterliches Teilen am praktischen Beispiel – sozusagen ein *joint-venture*. Manchmal wurden auch Küsse ausgetauscht, erste kurzlebige Beziehungen entstanden und dienten ausschließlich Testzwecken.

Mein politisches Bewusstsein entwickelte sich; im örtlichen Zeitschriftenladen – dem einzigen Shop für Gedrucktes – entdeckte ich PARDON. War alphabetisch korrekt vor dem PLAYBOY einsortiert. Jeweils nur ein Exemplar. PLAYBOY war aber schon reserviert, das wusste ich vom Inhaber. Also kaufte ich PARDON – und war begeistert. Satire hat was! Und PARDON hatte etwas gegen *F.J.Strauß* – und wurde daher sogar im sich mehr und mehr sozial-demokratisch orientierenden Elternhaus geduldet.

Lucy in the sky with diamonds

Der Berufsschulpfarrer bemühte sich redlich, einen guten Unterricht zu machen. Er kannte ja ältere Jugendliche und ihre Fragen und Ansichten. Er erschien mir als ehrlicher Mann, der seine Ansichten und Überzeugungen zur Diskussion stellte. Wahrscheinlich hat er den Grundstein gelegt, dass ich das Studium der Theologie begonnen habe (und heute als Berufsschulpfarrer arbeite).

Neben *Oswald Kolle* und *HELGA* machten vor allem die Hormone die Aufklärung notwendig. Es wurde eben jetzt alles ausprobiert – soweit Portemonnaie und Partnerin mitspielten. Auch waren durch die Nähe der Garnison die halbe Gallone *Jim Beam* und ein bisschen *speed* erschwänglich. Zivilangestellte besserten so ihre Einkünfte auf, indem sie Waren aus dem *PX-Laden* in den freien Handel brachten – unter Umgehung der gerade eingeführten Mehrwertsteuer. Ein Vorgehen, das heute marktüblich ist.

See me, feel me, touch me, heal me

Es entstand eine Sehnsucht nach Wahrnehmung, die sich später in der Gründung eines örtlichen selbst verwalteten Jugendclubs manifestierte. Dort wurde ein alternatives Bildungsangebot aufgebaut, das dem provinziellen Habitus (was der Bauer nicht kennt, ...) entgegen trat.

Es waren *strange days* und wir wollten, dass über uns und unsere Generation gesprochen wird – *before fading away*. Es hielt ein paar Jahre an. Im Laufe der Zeit habe ich erfahren, dass es immer sich abwechselnde Jugendkulturen geben wird und geben muss.

1977, als mein Sohn zwei wurde, war der deutsche Herbst auf dem Höhepunkt und man bekannte: **we don't need no education.**

Diskografie:

Talking 'bout my generation (before fading away) – The Who (1965, bekannteste Fassung auf 'Live at Leeds' 1970); daraus: see me, feel me, touche me, heal me

I can get no satisfaction – The Rolling Stones (1965, aufgenommen auf der USA-Tournee, gilt als zweitgrößter Song aller Zeiten)

Gimme an 'F' – Country Joe McDonald (1969, Woodstock; als ihm das Publikum nicht zuhören wollte – es gab ihm F – U – C – K)

Lucy in the sky with diamonds – The Beatles (1967 auf 'Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band')

Strange Days – The Doors (1967; darauf 'When the music 's over')

We don't need no education – Pink Floyd (1977 auf 'The Wall')

Werner Link,

Klaus Matthes

Die weltweite Ökumene und die 68er

„Wenn sich Marx durch Melanchthon ausspricht: es wird wohl die besondere Mischung aus protestantischer Beredsamkeit und gewünschtem Sozialismus gewesen sein, die Rudi Dutschke so vieldeutige Umschreibungen seiner Botschaft erlaubten“ (Günter Grass, in „Kopfgeburten“, S.166).

An diesen Pädagogen für Karl Marx habe ich nie gedacht, als Rudi Dutschkes Gedanken, Reden und Aktionen auch dem jungen Pfarrer in Duisburg nicht unbekannt blieben, wohl aber an den gewünschten Sozialismus. Dass er aus dem protestantischen Milieu kam, aus der Jungen Gemeinde in der DDR, im Hause Helmut Gollwitzers verkehrte, eine amerikanische Theologiestudentin heiratete und wohl auch bei Theologen wie Karl Barth und Paul Tillich hineingeschaut hat -, das sprach sich herum und sorgte für erste Sympathien mit ihm. Die Aktion im Weihnachtsgottesdienst 1967 in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu Berlin, als Gottesdienstbesucher ihm nicht nur eine Diskussion über den Vietnamkrieg verweigerten, sondern mit „sanfter Gewalt“ aus der Kirche drängten, löste Bewunderung aus – „diese bürgerliche Weihnachtsidylle braucht Störungen“ -, zugleich auch die Erleichterung, dass im eigenen Weihnachtsgottesdienst die notwendige Störung nicht von außen kam, sondern selbst angesprochen wurde. Das Attentat vom 11. April 1968 auf ihn brachte mich in die Zwickmühle zwischen der Teilnahme an der Demonstration vor der Springer-Druckerei in Essen mit der Möglichkeit, von Wasserwerfern der Polizei durchnässt zu werden und der ordentlichen Vorbereitung der Gottesdienste in der Karwoche. Ich entschied mich für die Gottesdienste, in denen dann dieses Attentat und seine Hintergründe vorkamen.

Wenn ich an meine 68er Prägung denke, dann gehört Rudi Dutschke mit seinem christlich gefärbten Sozialismus schon zu den Menschen, die mich beeinflusst haben und auch sein marxistisch fundierter Sozialismus hat seine Spuren hinterlassen. Aber nicht er hat mich zu einem „Pfarrer- bzw. Theologen-68er“ gemacht. Das hat die weltweite Ökumene zuwege gebracht mit der Konferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 in Genf und mit der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Uppsala 1968.

„Theologie der Revolution“ war das Stichwort, das aus Genf in die theologische Diskussion einbrach. Aus der negativen Formulierung des Darmstädter Wortes „wir haben das Recht zur Revolution verneint“ wird eine Position: Revolution bekommt einen berechtigten Platz im Leben der Kirche und findet auch eine Verankerung in der christlichen Tradition. „Als Christen müssen wir uns für die Umwandlung der Gesellschaft einsetzen“. Das nahm dann zwei Jahre später die Vollversammlung des ÖRK in Uppsala auf, obwohl in ihr viele kirchenleitende Männer, Bischöfe, Metropolen und andere Würdenträger das Wort ergriffen. Die Überwindung ungerechter politischer und wirtschaftlicher Strukturen durch neue andere – auch revolutionäre – Methoden ist seitdem auf der Tagesordnung der Ökumene. Kapitalismuskritik ist keine christliche Tugend geworden, aber strukturelle Veränderungen und Umbau der Gesellschaft

sind keine Tabus mehr in den Kirchen. Seit Uppsala kommen die Kirchen mit den Fragen von Entwicklung und Rassismus in Berührung, wenn denn Christenmenschen sie aufgreifen und einbringen.

Und nach Uppsala 1968 gab es diese Menschen. Wer sich von diesen ökumenischen Impulsen anstecken ließ, war nicht allein. Er/sie fanden Genossen - Schwestern und Brüder -, die die „Theologie der Revolution und der Befreiung“ in Westdeutschland auszuprobieren versuchen.

In Duisburg, wo ich 1968 meine erste Pfarrstelle antrat, kommt es zur Errichtung der „Informationsstelle 3.Welt“, die bis heute existiert und diese Fragen wach hält (www.infostelle-drittelwelt.org). Der Kirchenkreis Duisburg-Süd beschließt 1979 nach intensiver Vorbereitung als erster Kirchenkreis im Rheinland, auch Kirchensteuern für den Sonderfonds des Programms zur Bekämpfung des Rassismus des ÖRK zu verwenden. Dieses Programm machte ernst mit dem „transfer of power“ und mit der Erkenntnis der Genfer Konferenz, dass auch revolutionäre Methoden zur Überwindung ungerechter politischer und wirtschaftlicher Strukturen durch die christliche Tradition nicht ausgeschlossen werden. Konsequenterweise wurden aus diesem Fonds u.a. auch Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika unterstützt. Das führte zu Auseinandersetzungen mit der Rheinischen Kirchenleitung. In ihnen lernte ich viel über Mittel und Methoden des Establishments, revolutionäre Methoden der Opfer von rassistischer Gewalt abzulehnen und so strukturelle Veränderungen zu verhindern.

Fazit: Das Reich Gottes wurde durch Genf und Uppsala nicht aufgerichtet, aber die Lust auf den neuen Himmel und die neue Erde wurde ebenso neu entfacht wie die Lust, daran mitzuarbeiten.

Klaus Matthes, Essen, Theologiestudium von 1959-1965, seit 1968 Pfarrer in der Evangelischen Kirche im Rheinland

Wolfgang Schaumberg

1968 ... 2008: Drei Erinnerungen

Am 6. September 1969 titelt die **Frankfurter Rundschau**: „Streiks der Metallarbeiter weiten sich aus. Nach Rhein-stahl nun auch Kampfmaßnahmen bei Mannesmann, Klöckner und im Saarland.“ Und die BILD-Schlagzeile vom 12.9.69 lautet: „Stahl und Kohle: Noch streiken 40 000“ Darunter heißt es: „Die IG Bergbau bemüht sich fieberhaft, den wilden Streik zu beenden. Sie hat keinen Zweifel: In Dortmund schüren Linksradikale das Feuer! ... In Italien traten über eine Million Metallarbeiter in den Ausstand. 800 000 Bauarbeiter wollen heute streiken. In Frankreich wurde durch einen Eisenbahner-Streik das Bahnnetz lahmgelegt.“ Wir SDSler hatten gerade die Arbeiterklasse neu entdeckt und fanden diese Ereignisse natürlich klasse. Ohne diese reale Bekräftigung unserer revolutionstheoretischen Gehversuche lässt sich gar nicht nachvollziehen, warum wir im September 1970 bei Opel in Bochum 13 Leute aus dem SDS und seinem Umfeld waren, die sich als Arbeiter und Arbeiterinnen betriebspolitisch zu engagieren begonnen hatten.

4. November 1993: die Westdeutsche Allgemeine Zeitung informiert auf Seite 1: „Betriebsräte für Generalangriff. Die Betriebsratsvorsitzenden großer Unternehmen und Verwaltungen im Ruhrgebiet haben DGB-Chef Meyer ultimativ aufgefordert, zu einem bundesweiten und branchenübergreifenden 'Generalangriff' gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten aufzurufen. Das sei das einzige Mittel, 'den Umbau unserer Republik' zu verhindern, heißt es in einem offenen Brief an Meyer. Der Brief ist unterzeichnet von Opel, Hoesch-Krupp, Nokia (Bochum), der Zeche Heinrich Robert (Hamm), Thyssen-Guss, Siemens (Witten) und vom Personalrat der Stadt Bochum. Die Arbeitnehmervertreter warnen Meyer, die Zeit sei 'überreif', mit generalstreikähnlichen Aktionen auf 'Angriffe gegen die Arbeitnehmer und sozial Schwachen durch Regierungs- und Unternehmenseite' zu reagieren.“ Was war passiert? Vorausgegangen war eine brechend volle Opel-Belegschaftsversammlung am 21. September 1993: der Betriebsrats-Vorsitzende Rolf Breuer berichtet empört über die Angriffe von Regierung und Unternehmern, insbesondere über den gerade vorgelegten Horrorkatalog von Forderungen des Opel/GM-Managements mit der Androhung, 8.000 Arbeitsplätze zu vernichten! Damit sollte die Reihe der bis heute folgenden Verzichtvereinbarungen eröffnet werden. Breuer damals vor mehreren Tausend Opel-Kolleginnen und Kollegen: „Das wird zu Arbeitsniederlegungen kommen!“ Und dann, unter tosendem Beifall: „1968 haben die Studenten Bonn flottgemacht. Das müsste uns doch wohl auch gelingen!“ Danach ging vom Opel-Betriebsrat die Initiative zu der betriebs- und branchenübergreifenden Aufforderung an die DGB-Führung aus...

Betriebszeitung der Opel-Bochum-Betriebsgruppe „GoG – Gegenwehr ohne Grenzen“ 10 Jahre später, im April 2003. Wir erinnern an die Aktion vom November 1993 und fragen: „Generalstreik? – Endlich die passende Antwort auf die neuen Hartz-Gesetze zur Ausweitung der Leiharbeit, auf die geplanten Streichungen von Arbeitslosenhilfe und Krankengeld, noch mehr Zuzahlungen bei Krankheit, Kürzung beim Arbeitslosengeld, Abbau des Kündigungsschutzes usw ?? Der DGB will so eine

Aktion nicht. Das beweist auch seine Reaktion auf den Brandbrief an den DGB-Chef 1993: '... Wir arbeiten an einer Präzisierung unserer Alternative zu den Krisenbewältigungskonzepten von Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden ... und werden in nächster Zeit dazu beraten und Beschlüsse fassen. Mit frdl Grüßen' ... blahblah. Diese damalige Ablehnung des Aktionsvorschlags aus dem Revier seitens der DGB-Führung war typisch. Bloß nicht die Masse der Mitglieder und der von den Sozialangriffen Betroffenen auf die Straße holen! Auf keinen Fall die Profitmaschinerie der Unternehmer stoppen! Lieber dann ein Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit mit den Arbeitgebern und der Regierung. – Ergebnis: viele Kolleginnen und Kollegen resignierten noch mehr. ... Fehler damals: Wollen wir uns gemeinsam wehren, können wir nicht auf die Gewerkschaftsspitzen warten!

Diese Leute gehören bei uns im Land zur politischen Elite der 'Wettbewerbsapostel'. Sie wollen Sicherung der Unternehmerprofite an erster Stelle. Die meisten sind als SPD-Mitglieder (manche auch CDU oder Grüne) eng mit ihren Parteiführungen verzahnt, gehören eher zu den Reichen im Lande und verstehen sich ausdrücklich als Co-Manager...“ (weiter nachzulesen unter: www.labourmet.de) So haben wir mit unserer Zeitung zu einer Diskussion in der Belegschaft und zu einer Entwicklung beigetragen, die im Oktober 2004 zum 11 Schichten dauernden selbständigen Streik bei Opel-Bochum gegen die erneute Androhung massiven Arbeitsplatzabbaus geführt hat, gegen den Willen der BR-Mehrheit und der Gewerkschaftsführung. Eine unserer wichtigsten Erfahrungen: es gab eine ungeahnte Solidarität aus der ganzen Bevölkerung, weit über Bochum hinaus! Und ohne diese Erfahrung ist auch die wunderbar breite Solidarität mit der Bochumer Nokia-Belegschaft samt zweistündigem Solidaritätsstreik bei Opel im Januar 2008 kaum zu erklären.

Wolfgang Schaumberg, aktiv im SDS Bochum, dann 30 Jahre bei OPEL Bochum im Betrieb, jetzt immer noch in der Betriebsgruppe GoG (= Gegenwehr ohne Grenzen), in der Gewerkschaftslinken sowie seit 2005 beim Versuch der Vernetzung mit Menschen in China.

Die Kölner ESG – attackiert und standfest

Pfarrern an evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik blies in der Zeit der Studentenbewegung der kirchliche Wind ins Gesicht – auch in Köln. Hier hatte das politische Engagement des – auch im Kölner Politischen Nachtgebet mitwirkenden und mit Dorothee Sölle und Fulbert Steffensky befreundeten – Studentenpfarrers Frieder Stichler berufliche Folgen. Stichler war von der Württembergischen Landeskirche ins Rheinland entsandt worden. Als die Studierenden ihn, der seit 1967 die zweite Pfarrstelle innehatte, im Juli 1969 auf die erste wählten, stellte sich die Kirchleitung mit einem rein formalrechtlich unanfechtbaren Veto ohne inhaltliche Begründung quer. Erst nach beharrlichem Drängen der Studierenden bequeme sich der zuständige Oberkirchenrat Karl Immer zu einem Gespräch. Die Aufgabe des Studentenpfarrers in einer Zeit, da an den Universitäten so viel Unruhe herrsche, bestünde im Bewahren und Vermitteln, nicht aber im Bewegen“, so die Niederschrift des Gesprächs. „Es gehe darum, dass der Studentenpfarrer Aktionen einer Gemeinde bestenfalls gewähren lasse, sie aber nicht selbst noch vorantreibe.“

„Aber auch an anderer prominenter Stelle eckte Stichler an“, vermerkte rückblickend DIE ZEIT am 17. April 1970. „Als er nämlich am Karfreitag 1968 unter dem Eindruck des Attentats auf Rudi Dutschke seine Predigt hielt, beschwerte sich hinterher der Kölner Universitätsprofessor Müller-Armack beim rheinischen Kirchenpräses Beckmann. Stichler, so befand der Wirtschaftswissenschaftler, habe in dem Gottesdienst ‚eine Auflösung der Theologie in Politik und Ethik betrieben‘.“

Als Mitwirkender beim Politischen Nachtgebet und zeitweiliger Vorsitzender des radikaldemokratischen „Republikanischen Clubs“ wurde ich von Studierenden 1970 zum Studentenpfarrer erkoren, von der rheinischen Kirchenleitung jedoch erst nach beharrlichen Fürsprachen höchst widerwillig bestätigt. Die Nähe unserer Evangelischen Studentengemeinde (ESG) zu „sozialistischen Basisgruppen“ führte immer wieder zu konservativen Angriffen: mal vom professoralen „Bund Freiheit der Wissenschaft“, mal vom „Evangelischen Arbeitskreis der CDU“, mal von Lutheranern im Kölner Süden („Südstaaten“). Helle Empörung folgte einem aus dem Zusammenhang gerissenen Satz eines ESG-Interviews: „Der Unterschied zwischen den gesellschaftlichen Zielvorstellungen wahrer Christen und wahrer Kommunisten“ sei „unwesentlich“. Wir dachten an den „Prager Frühling“, unsere Kritiker an stalinistische Straflager. Dabei hatten wir den Stalinismus bzw. „Sozialimperialismus der Sowjetunion“ (Rudi Dutschke) deutlich abgelehnt.

Als dann Arbeitgeberpräsident Schleyer ermordet wurde, kamen wir erst recht in Verdacht: Schließlich geschah dies in Köln-Lindenthal in großer Nähe zu unserer ESG. Einschüchternde Verhöre unserer Studenten wie auch der ESG-Heimleiterin – einer ungarisch-jüdischen Auschwitzüberlebenden – folgten.

Wir protestierten immer wieder gegen Außenpolitik der USA und deren Völker- und Menschenrechte verletzende Regierungen. Gravierende Beispiele der Vergangenheit: Die Niederwerfung demokratischer Kräfte im Iran und in Guatemala (1954) und vor allem der seit 1964 eskalierende Vietnamkrieg. In der

ESG begegneten wir Flüchtlingen und Folteropfern aus Europa und drei Kontinenten. Der spanische Diktator Franco ließ in seinem letzten Regierungsjahr noch den des Mordes angeklagten – nicht überführten – Studenten Salvador Puig mit der Garotte, dem mittelalterlichen Halseisen, erwürgen. Von der griechischen KZ-Insel Jaros kamen Studenten und brachten Theodorakis' Freiheitslieder mit. Aus Nicaragua kam der Sandinist Enrique Schmidt, der nach der Befreiung seines Landes als Kommunikationsminister von kämpfenden Anhängern der gestürzten Somoza-Diktatur („Contras“) erschossen wurde.

Prägend für unser Bewusstsein waren die Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambik und Südafrika, Kuba und Nicaragua und Vietnam, waren Symbolfiguren wie Che Guevara und die Priester Ernesto Cardenal oder Camilo Torres.

Nach achtjähriger ESG-Tätigkeit musste ich turnusmäßig die Pfarrstelle wechseln und fand sie nach fast erfolgloser Suche im benachbarten Troisdorf. Der zuständige Oberkreisdirektor wollte einen „Sympathisanten der Terrorszene“ nicht in die Berufsschule lassen. Die Kirchenleitung blieb zur Empörung des Presbyteriums untätig. Erst die hartnäckige Intervention eines in die Düsseldorf Kultusbürokratie aufgestiegenen Nachtbeters brachte ans Licht, dass beim Verfassungsschutz nichts gegen mich vorlag. Als dann mein oberster Dienstherr, der rheinische Präses Karl Immer, auf einer Gemeindeveranstaltung im Kölner Süden seine Erleichterung darüber zum Ausdruck brachte, dass ich die Kölner ESG verlassen hatte, füllte helle Empörung lokale Leserbriefspalten – diesmal ganz mehrheitlich meiner Sympathisanten.

Nach einigen Jahren des Troisdorfer „Exils“ kehrte ich als Berufsschulpfarrer nach Köln zurück. 1987 ging ich als Beauftragter der evangelischen Entwicklungs-Organisation „dienste in übersee“ als theologischer Dozent und Menschenrechtsarbeiter in die Philippinen. Im Auftrag des dortigen Nationalen Kirchenrats beteiligte ich mich an „fact finding missions“ zur Aufdeckung blutiger Übergriffe von Militärs und Paramilitärs. Nach dem Besuch eines von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiets verhaftete mich das Militär phantasievoll wegen „Anführung von Guerilla-Aktionen“. Freigelassen wurde ich erst nach wochenlangen Interventionen von Deutscher Botschaft, dem damaligen Außenminister Dietrich Genscher – und der rheinischen Kirchenleitung.

Dass große Hoffnungen der „68er“ scheiterten, hat gewiss nicht nur BRD-interne, sondern auch weltweite Gründe: die Hoffnung auf eine Weltrevolution entsprang – im Nachhinein leicht feststellbar – einer euphorisch-optimistischen Einschätzung geschichtlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Der vom militärisch-wirtschaftlichen Komplex abgestützte globale Neoliberalismus, dieser mächtige Koloss auf tönernen Füßen, siegt vorläufig auf der ganzen Linie. Schlimmer noch: Viele Befreiungsbewegungen scheiterten nicht nur an dieser Macht, manche auch an ihren (ehemaligen) Führern, die die einst erstrebte bessere und gerechtere Gesellschaft desavouierten oder torpedierten: Daniel Ortega in Nicaragua zum Beispiel, oder Robert Mugabe in Simbabwe. Auch Mandelas Traum wird in Südafrika auf eine harte Probe gestellt.

Das „Ende der Geschichte“ ist freilich noch nicht erreicht. Die vor fünf Jahren verstorbene Dorothee Sölle meinte: „Ein Volk ohne Vision geht zugrunde.“ (Eine Kirche auch.) Attac formuliert die weltweite Hoffnung der „1968er“ realistischerweise: „Eine andere Welt ist möglich.“ Ihre Umrisse lassen sich –

falls sie nicht zugrunde gerichtet wird – derzeit trotz mancher Hoffnungszeichen, z.B. in Lateinamerika, nur ahnen.

Klaus Schmidt, geb. 1935, ist Theologe, Historiker und Autor. In den 1970er Jahren war er evangelischer Studentenpfarrer und zeitweise Vorsitzender des außerparlamentarischen „republikanischen Clubs“ in Köln. Veröffentlichungen (Auswahl): D. Sölle/K. Schmidt (Hg.), *Christentum und Sozialismus* (1974) und *Christen für den Sozialismus*, Bd. 1, *Analysen* (1975.); W. Dirks, K. Schmidt, M. Stankowski (Hg.), *Christen für den Sozialismus*, Bd. 2, *Dokumente* (1975); Andreas Gottschalk, *Jüdischer Protestant, Armenarzt und Pionier der Arbeiterbewegung* (2002); G. van Norden/ K. Schmidt (Hg.): *Sie schwammen gegen den Strom. Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im „Dritten Reich“*. Vorwort: Präses Nikolaus Schneider (2006); *Glaube, Macht und Freiheitskämpfe. 500 Jahre Protestanten im Rheinland* (2. Aufl. 2007).

Klaus Schmidt

Das Kölner Politische Nachtgebet

Im Mai 1968 verabschiedete der Bundestag die Notstandsgesetze, im Juni scheiterte das Pariser Aufbegehren und de Gaulle restaurierte seine Macht, im August wurde mit dem Einmarsch der Streitkräfte des Warschauer Vertrages in der CSSR der „Prager Frühling“ zerschlagen – und damit der praktische Versuch der Entwicklung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

In dieser bewegenden Zeit entstand in Köln ein Ökumenischer Arbeitskreis (mit Dorothee Sölle, Fulbert Steffensky, Marie Veit, Heinrich Böll, u.a.), der am Karfreitag 1968 nach einem Schweigemarsch unter dem Transparent „Vietnam ist Golgatha“ auf dem Kölner Neumarkt einen Gottesdienst veranstaltete. Der Arbeitskreis wiederholte ihn wenig später beim 82. deutschen Katholikentag. Die Veranstalter des Katholikentreffens setzten ihn erst auf 23 Uhr an – worauf die Gruppe ihn „Politisches Nachtgebet“ nannte. Danach fanden solche Nachtgebete (um 20.30 Uhr) monatlich in der jeweils überfüllten evangelischen Antoniterkirche in Köln statt. Es handelte sich dabei um politische Informationen – z.B. über die Militärdiktatur in Griechenland, wirtschaftlichen Mitbestimmung, Obdachlosigkeit, Bundestagswahlen oder den Vietnamkrieg. Solche Informationen wurden mit biblischen Texten konfrontiert. Nach einer Ansprache folgten Aufrufe zur Aktion und Diskussionen mit der Gemeinde. Joseph Kardinal Frings untersagte die Benützung einer katholischen Kirche. Der evangelische Präses Joachim Beckmann hätte am liebsten das gleiche getan, scheiterte aber am standhaften Presbyterium. Stein des Anstoßes für den Präses waren vor allem Sätze von Dorothee Sölle. „Ein religiöses Gebet ohne politische Konsequenzen ist eine Heuchelei“, hatte sie geschrieben. „Zum Gottesdienst gehört das selbstkritische Nachdenken. Meditation, Gebet und Diskussion sind gleichberechtigte Elemente in den neuen Formen christlichen Lebens, die wir versuchen.“ Vor allem aber erzielt ein von ihr formuliertes Credo eine ungeahnte Wirkung. Darin hieß es:

*Ich glaube an Jesus Christus
der Recht hatte, als er
„ein einzelner der nichts machen kann“
genau wie wir
an der Veränderung aller Zustände
arbeitete und darüber zugrunde ging
an ihm messend, erkenne ich
wie unsere Intelligenz verkrüppelt*

*unsere Phantasie erstickt
unsere Anstrengung vertan ist
weil wir nicht leben, wie er lebte
Jeden Tag habe ich Angst
daß er umsonst gestorben ist
weil er in unseren Kirchen verscharrt ist
weil wir seine Revolution verraten haben
in Gehorsam und Angst vor den Behörden
Ich glaube an Jesus Christus
der aufersteht in unser Leben
daß wir frei werden
von Vorurteilen und Anmaßung
von Angst und Haß
und seine Revolution weitertreiben
auf sein Reich hin*

Eine der „zentralen Irrlehren“ im Credo, so Beckmann, sei die Behauptung, „das Jesus in mir aufersteht“. Im Nachtgebet – einem „Götzendienst“ – versuche man eine „vollständige Umwandlung des Evangeliums in politische Weisung“. Die „Deutschen Christen“ der NS-Zeit seien dagegen eine ganz harmlose Gruppe gewesen. Sie hätten zur Verführung des Volkes und zu der Entwicklung beigetragen, an deren Ende die Vernichtung von sechs Millionen Juden stand. Diese Äußerungen wurden in der Öffentlichkeit von wenigen beifällig, von der wahrnehmbaren Mehrheit entsetzt oder empört aufgenommen.

Im Kölner Arbeitskreis wurden auch liberale, jedoch vorwiegend systemkritische, antikapitalistische Positionen vertreten. So hieß es 1969 in einer Meditation über den Propheten Amos in einem Nachtgebet: „Amos übt Herrschaftskritik; er greift die führenden Schichten an. [...] Er übt Systemkritik – denn Schuldklaverei galt als Recht. [...] Er übt Ideologiekritik; er greift die religiöse Tradition an.“

Der Versuch, in Köln einen katholischen Kirchenraum zu gewinnen, scheiterte im April 1969 endgültig nach einem CDU-kritischen „Nachtgebet vor den Wahlen“ und Dorothee Sölles Hochzeit mit dem ehemaligen Benediktiner Fulbert Steffensky, der durch Stellungnahmen zum Zölibat den Zorn des Kardinals und eine Strafanzeige wegen Verleumdung des Priesterstandes auf sich gezogen hatte (die pünktlich zur Hochzeit eintraf).

Die Diskussion schlug Wellen bis ins ferne Berlin. Bischof Kurt Scharf hielt, abgesehen von Detailkritik an den ersten Kölner Nachtgebeten, „die liturgische Ordnung jüngerer Veranstaltungen für durchaus vertretbar“. Noch brisanter sein Hinweis, „eine unpolitische und schweigende Kirche werde zur Sekte“.³

Das Kölner Nachtgebet zog weite Kreise, fand Nachahmung an einem Dutzend Orten in Deutschland, Holland und der Schweiz. Der Dietrich Bonhoeffer-Biograph Eberhard Bethge, nebenamtliches Mitglied der rheinischen Kirchenleitung, lud zu einer mehrtägigen Arbeitstagung in das von ihm geleitete „Pastorkolleg“ nach Rengsdorf ein. In Rheinhausen folgte eine evangelische Gemeinde in Rheinhausen dem Kölner Beispiel mit ähnlichen Themen.

Im Ruhrgebiet werden Politische Nachtgebete – zum Teil in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaftern – bis in die Gegenwart hinein durchgeführt.

Klaus Schmidt, zur Person siehe die Angaben bei „Die Kölner ESG“
1- Zit. in: *Politisches Nachtgebet in Köln*, Bd. 1. Im Auftrag des ökumenischen Arbeitskreises „Politisches Nachtgebet“ hrsg. v. Dorothee Sölle und Fulbert Steffensky, Stuttgart/Mainz 1969, S. 26f.
2- 6. *Politisches Nachtgebet* („Glaube und Politik“), ebd., S. 111f.
3- *Evangelischer Pressedienst*, September 1970, zit. in: Sölle/Steffensky, *Politisches Nachtgebet in Köln*, Bd. 2, Stuttgart/Berlin/Mainz 1970, S. 215.

Paul Gerhard Schoenborn

Eine Frage der Zeit?

Ein neuer Roman über ein Kapitel deutscher Kolonialzeit

Elke Vogel, Christian Keller, Gerhard Köberlin, Jens Langer (Hg.): „Lebendig werden – Die Stimme Hans-Jochen Vogels“, Scheunen-Verlag Kückenshagen 2008, 280 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen) ISBN 978-3-938398-58-6

Den Stiefel
der
dich
tritt
nicht küssen
damit nicht
über deinem Kopf
der Hass
wächst
gegen den Stiefel
gegen Unbeteiligte
gegen dich selbst

zum Stiefel
den Menschen
suchen
ihn
ins Gespräch
ziehen
ihn
ins Gebet
nehmen
ihm
nichts schuldig
bleiben.

Ein theo-politisches Gedicht (S. 119). Es legt Zeugnis ab von unerschütterlichem Friedenswillen. Hans Jochen Vogel war fast zwanzig Jahre Studentenpfarrer in Chemnitz, als es noch Karl-Marx-Stadt hieß. Dort wurde er am 27. Februar 1943 geboren, dort starb er am 27. Dezember 2005.

In achtzehn teils längeren, teils kürzeren theologischen und politischen Essays und fünfzehn Gedichten - fast alles Texte aus den letzten Lebensjahren - lassen Elke Vogel, seine Ehefrau, und drei Freunde seine Stimme auch jetzt unter uns lebendig sein. Es sind Arbeiten eines theologischen und philosophischen Denkers, der auch ein hochgebildeter, sprachgewandter Ästhet war. Ein sensibler, aber unbeirrbarer christlicher Friedenskämpfer, ein engagierter Christ, der die jüdisch-christliche messianische Tradition und die Herausforderungen der krisengeschüttelten Gegenwart zusammendachte und mit anderen darüber kommunizierte. Die Texte sprechen von seinem Leiden am rücksichtslosen und zerstörerischen Vorgehen des Kapitals und machen seinen prophetischen Protest öffentlich. Die in ihnen ausgesprochene Hoffnung stärkt unsere Hoffnung. Wir erkennen Stufen einer Utopie, die uns einladen, dass wir sie betreten.

Manche unserer LeserInnen werden sich an Hans-Jochen Vogel erinnern, an seine eindeutigen Voten im Rahmen

der Arbeit der Kirchlichen Bruderschaft in Sachsen und an seine Beiträge in der damalige „Junge Kirche“. In dem vorliegenden Sammelband können wir verfolgen, wie er theologisch weitergearbeitet, an welchen Fragen er weitergedacht, zu welchen Themen er seine Stimme erhoben hat, solange er konnte. Unter dem Generalthema „Theologie in der Zeit“ finden sich neben kürzeren Texten zur Kapitalismuskritik, der Neuorientierung von Bildung, der Militäreseelsorge zwei größere Arbeiten, die seine immer wachen und neuen Denkbewegungen widerspiegeln: „Rechtfertigung allein aus Glauben“ und „Was ist uns (noch) heilig?“ Später, unter dem Generalthema „Politik und Gesellschaft“ geht es um die Aufarbeitung der gesellschaftlichen Veränderungen in der ehemaligen DDR, an denen Hans-Jochen Vogel spürbar gelitten hat, etwa in „Nicht die Nazis sind das Problem“ und in denen er nach neuen Horizonten Ausschau gehalten hat: „Gibt es Alternativen zum Kapitalismus?“ Fast in jedem Text ist diese Frage das bestimmende Subthema. Schon auf den ersten Seiten lesen wir:

„... dass die Welt gegenwärtig so aussieht, wie sie aussieht, weist, weil sie doch eine von Menschen gemachte ist, darauf hin, dass sich eben diese Menschen nicht auf der erforderlichen Höhe ihrer Möglichkeiten befinden. ... Und wenn wir nun heute noch einmal eine Debatte darüber beginnen würden, was denn für die nächste Zukunft UNSERE Bildungsziele zu sein hätten, in welcher Richtung müssten wir suchen? Natürlich ist nicht alles das schlechthin unbrauchbar, sinnlos oder verderblich, was wir in den Schulen und an den Hochschulen lernen. Aber ... es geht noch um anderes. ... Wo z.B. können wir das Wahrnehmen lernen, das Wahrnehmen etwa von Mitmenschen, ihrer Not und ihren Möglichkeiten; oder das Hinter-die-Oberfläche-Schauen, überhaupt den Willen, das Bedürfnis, den inneren Drang nach der Erkenntnis von Wahrheit? Wo lernen wir das schöpferische Träumen, das Wünschen, die Fantasie jenseits der technokratischen Negativutopien ... ? Wo ist die Lust am Widerstehen, an der Verweigerung, am Durchbrechen der Konformität zu studieren? ... Es geht nicht darum, Realitäten zu verleugnen, sondern sie nicht hinzunehmen. Eine andere Welt ist möglich. ... Lebenslanges Lernen - ja! Aber doch nicht, um besser nur Werkzeug in den Händen Anderer, williges Objekt ihrer Herrschafts- und Bereicherungsinteressen zu sein, und dies vielleicht noch in der Illusion von Freiheit und in scheinhafter "Selbstverwirklichung" durch Konsum und Eskapismus. Sondern als Befähigung zum Mitbestimmen, zur Selbsttätigkeit, zum mündigen Handeln in Solidarität mit Anderen, in Weltverantwortung.“ (S.24ff)

Was ich erst durch dieses Buch erfuhr, ist, dass der Dramatiker Heiner Müller ein Vetter Hans-Jochen Vogels war, und dass zwischen beiden eine freundschaftliche, dialogische Beziehung bestand. In einem langen Kapitel „Zu Heiner - der Dramatiker Heiner Müller“ (S.129ff) berichtet er davon. Die Theopoeme (S. 105ff) und die dramatisierten Gottesdiensttexte (S. 159ff) Hans-Jochen Vogels – sprachliche Kunstwerke, die ich bei einem vor allem Zusammenhänge analysierenden und systematische Konsequenzen darlegenden Theologen nicht erwartet hätte - erklären sich zum Teil daher.

„Lebendig werden – Die Stimme Hans-Jochen Vogels“ ist mehr als ein Erinnerungsbuch. Das ist es auch, aber vor allem ist es ein Arbeitsbuch. Es wäre zu wünschen, dass im Laufe der nächsten Zeit noch andere Texte Vogels publiziert werden, damit wir mit ihnen arbeiten können. Die Herausgeber haben seine unverwechselbare, wichtige Stimme „lebendig werden“ lassen. Auf sie zu hören, sich von ihr anrühren und mobilisieren lassen, darin sollte unser Dank bestehen.

Paul Gerhard Schoenborn, Mit-Herausgeber von TRANSPARENT, lebt in Wuppertal.

Leseprobe aus: Elke Vogel, Christian Keller, Gerhard Köberlin, Jens Langer (Hg.): „Lebendig werden – Die Stimme Hans-Jochen Vogels“, Scheunen-Verlag Kückenshagen 2008, S. 19 - 22

Die Herrschaft des Geistes über die Materie - Meditation über den Idealismus des Geldes

Der Geldwert schwankt. Die Aktienkurse taumeln. Die Fieberkurven der Börsen jagen auf und ab. Wie kommt das? Was ist das? Was ist los? Es handelt sich, kurz gesagt, um die Herrschaft des Geistes über die Materie.

Der Geist - das sind Angst und Gier von Spekulanten, Geschäftemachern. Die Materie - die lebendige Arbeitskraft, d.h. alle die Menschen, die, oft für Hungerlohn, weltweit die Märkte mit Waren anfüllen - die zu kaufen sie sich selbst nur zum geringen Teil leisten können.

Da gibt es Menschen, die besitzen viel Geld. Aber was ist das: Geld? Was heißt das: Geld besitzen? Also noch einmal: diese Menschen besitzen einen in Zahlenwerten ausdrückbaren, von Staaten, von Gerichten und Polizei, von Armeen und Regierungen garantierten Rechtsanspruch für den Zugriff auf den Markt. Ihnen stehen, wenn immer sie wollen, Waren in einer bestimmten Quantität zur Verfügung. Diese Waren sind von anderen erzeugt worden, andere mussten sie liefern, mussten in sie ihr lebendiges Leben hineinstecken, ihre Zeit, ihre Kraft. Waren, auf die diese Produzenten keinen eigenen Rechtsanspruch besaßen, weil die Betriebe, in denen sie produzierten, andren gehörten, weil sie selbst sich, ihre Zeit, ihre Kraft als Ware verkaufen mussten, wollten sie überleben.

Es gibt somit, sagten wir, Menschen, die selbst nichts produzieren, die aber in Zahlen ausdrückbare Ansprüche auf den Zugriff auf Waren besitzen, ist gleich: Geld. Doch, Vorsicht! Geld ist eben nicht gleich Geld, Land nicht gleich Land, Volkswirtschaft - wie es so schön heißt, obwohl es doch in vielen Fällen nicht die Wirtschaft eines Volkes, sondern eine über das Volk verhängte Misswirtschaft und Plünderung ist - Volkswirtschaft also ist nicht gleich Volkswirtschaft, Betrieb nicht gleich Betrieb.

Was tun, wenn man über genügend Geld - wir wissen jetzt wovon wir sprechen - verfügt? Z. B. Aktien kaufen; das sind Anteile an Betrieben und Unternehmen. Geht das Geschäft gut, dann wird man entsprechend dem Anteil am Eigentum des Unternehmens, über den man verfügt, einen Anteil von dem erhalten, was die Produzenten in der Firma erarbeitet haben; genauer: von dem Teil, der als Gewinn übrig bleibt nach dem Abzug der Löhne und Investitionskosten, Verbindlichkeiten, Steuern, Auflagen und Abgaben. Der Gewinn kann sehr hoch sein, z. B. je niedriger die Löhne und Sozialleistungen gehalten werden können, je stärker die Investitionen im produktiven Bereich konzentriert werden können - also je weniger für Arbeitsschutz, Hygiene, Umweltschutz ausgegeben werden muss, vielleicht da in der "Dritten Welt".

Aber, es kann ja auch passieren, die Geschäfte gehen nicht so gut oder anderswo gehen sie noch besser. Hier sinken die Gewinne, dort steigen sie. Da schießen die Zinsen nach oben, dort

fallen sie. Die Welt der Spekulationen. Aktien wechseln die Besitzer, werden verkauft, gekauft. Geld einer Währung wird gegen Geld einer anderen Währung verkauft und gekauft. Einzelspekulanten, Makler, Holdings, Banken, Konzerne, Staaten werden reicher nur dadurch, dass sie im richtigen Augenblick die richtigen Aktien abgestoßen und die richtigen aufgekauft, diese rechtzeitig wieder versetzt, neue gekauft haben; dass sie im richtigen Augenblick die richtige Währung ergattert und den richtigen Zeitpunkt für Investitionen und neue Tauschgeschäfte abgewartet haben. Ohne selbst irgendetwas zu erzeugen, erwerben Menschen gigantische Ansprüche auf Güter, die andre unter Verschleiß ihrer Nerven und Zernutzung der Glieder, in Hunger und Entfremdung erarbeitet haben. Ansprüche über den Zugriff auf Waren und Leistungen werden als Waren behandelt, mit ihnen wird Handel getrieben, Ansprüche auf Menschen und ihre Arbeitskraft werden getauscht, befinden sich im Umlauf, noch zu leistende Arbeit fremder Menschen als Einsatz für die Spekulation.

Solange alle Unterworfenen glauben, das müsse so sein, sei rechtens, natürlich, selbstverständlich, solange die Disziplinierung greift und die Gewaltapparate installiert und geölt sind, bereit zum Zuschlagen, solange läuft das. Wenn auch nicht reibungslos. Denn wie will einer genau wissen, was wann wo er auf den Börsenkaufen und verkaufen sollte. Welches Geschäft wird wie lange wie hohen Gewinn abwerfen? Wann wendet sich das Blatt? Wo zeichnen sich unerwartete Profite ab? Wie wird sich die Wirtschaft hier oder da entwickeln? Wird es Krieg geben? Wo? Mit Gewinnen? Verlusten? Eine Revolution? Eine Konterrevolution? Einen Putsch? Streiks? Aufstände? Sitzt diese Diktatur noch lange im Sattel? Wird jene wanken? Spekulationen, Erwartungen, Einschätzungen, Expertenanalysen, Zeitungsberichte, Politikerreden, Pläne, Absichten, Absprachen, Manipulationen, politische Maßnahmen, käufliche Publizistik, Propaganda, Werbung, Lobbying, Ängste, Hoffnungen, Hysterie und Berechnung - dies alles vermischt sich im Wirbel internationaler Finanzgeschäfte.

Geld als Ware. Zugriffsmöglichkeiten auf Waren und Leistungen, Ansprüche über den Zugriff auf Produkte und Dienste, auf die Arbeit anderer, werden als Ware gehandelt.

Der Absolute Geist. Die höchste Ebene der Vergeistigung der Materie. Neuerdings treffen die Computer Entscheidungen, weil Menschen zu langsam reagieren. Der Wille zur Bereicherung durch die Manipulationen von Zugriffsmöglichkeiten materialisiert sich als Computerprogramm, der Wille zur Macht als software. Was in der luftigen Höhe der absoluten Abstraktion der Finanzspekulation geschieht, das entscheidet über das Schicksal von Betrieben, Konzernen, Volkswirtschaften, Machtbeziehungen, Staaten, politischen Systemen. Damit: über das Schicksal von Abermillionen von menschlichen Körpern, über Hunger und Sättigung, über Kindersterblichkeit und Lebenserwartung, über Elend und Wohlstand, es diktiert Arbeitszeit und -leistung, Arbeitslosigkeit bestimmt über Recht und Unrecht, Wahrheit und Lüge, Schönheit und Hässlichkeit, Krieg und Frieden, ja über die Existenz der Biosphäre. Das Schicksal des Bananenarbeiters in Mittelamerika, des Kaffeebauers in Ostafrika, des Bergarbeiters in Südafrika, des hungernden Flüchtlings in Äthiopien oder Mocambique hängen davon ebenso ab, wie das Schicksal der Vegetation in den Gebieten des tropischen Regenwaldes, das Schicksal der Ozonschicht, die Krebsstatistik, die Selbstmordrate, die Drogensucht.

Herrschaft des Geistes über die Materie. Herrschaft eines vom Leben abgefallenen Geistes, eines Geistes, der sich gegen

das Leben gewandt hat, des Geistes der Herrschaft, der vertikalen Arbeitsteilung. Die Weltgeschichte: eine Ware. Die Menschheit ein Tauschwert. Das Schicksal bringt Dividende. Der Hunger trägt Zinsen. Der Tod als Anlagewert.

Worauf es im Namen des Gottes der Bibel ankäme, das wäre die Auflehnung der lebenden Materie gegen den vom Leben abgefallenen Geist, die Zurückeroberung der Macht durch die lebendigen menschlichen Körper, und den ihnen innewohnenden Lebensgeist vom Geist der Börse, die Einsetzung des Vaters Jesu zum Gott der Menschheit und die Absetzung des Gottes Mammon, die Überwindung eines politisch-juridischen Systems, das Menschen das Recht garantiert, mit Anrechten über den Zugriff auf Produkte, die sie nicht erzeugt haben und nicht erzeugen werden, Handel zu treiben. Der noch herrschende gefallene Geist soll in den Abgrund verbannt werden, durch den kollektiven Messias. Befreite Menschenleiber sollen leben auf der Oberfläche der Erde.

(Anlässlich des Börsenkrachs 1987)

Hermann Schulz

Sterbende Tiere ...

Ich hatte diesen Kreis von Freunden einige Jahre lang nicht gesehen. Der Mann der Gastgeberin war vor zwei Jahren ausgezogen und hatte eine jüngere Freundin. Er blieb, wie ich erfahren hatte, im Gespräch mit seiner Frau. Der vierte in der Runde war ein Journalist aus Lateinamerika, den wir früher gemeinsam regelmäßig trafen, wenn er in Deutschland war. Er hatte gerade zum vierten Mal geheiratet.

Das Essen war ausgezeichnet und wir unterhielten uns über Politik und ob das Leben uns gut behandelt. Der Mann der Gastgeberin erzählte begeistert, er habe begonnen, das Buch seines Lebens zu schreiben. Um sich selbst auf die Spur zu kommen.

Unausgesprochen stand im Raum, dass nach zwei Stunden noch kein Wort über sein „neues Leben“ außerhalb von Ehe und Familie gefallen war. Da beendete die Gastgeberin den gemütlichen Teil und fragte die Runde:

„Warum suchen sich ältere Männer jüngere Frauen? Warum überlegen sie nicht, was sie aufs Spiel setzen? Sind die jungen Dinger so viel besser im Bett? Oder was treibt sie dazu?“

Die Stimmung wurde einerseits verlegen, weil es um den anwesenden Mann ging; andererseits spürte ich Erleichterung, dass wir nicht länger wie die Katzen um den heißen Brei schleichen mussten.

Verständlich, dass der Ehemann sich vor uns (seinen Freunden) erklären wollte: er sei mit seiner Lebensphase als 60-jähriger noch nicht fertig, brauche Abstand von der Ehe, suche nach Bestimmung und Wegweiser für die kommenden (letzten) Jahre. Das Thema „junge Geliebte“ spielte er, ein wenig peinlich berührt, herunter. Es kam mir wie ein Verrat vor, verstand aber seine Beweggründe.

Der Journalist aus Lateinamerika gab lakonisch zu bedenken, manche Dinge (auch die Liebe) würden einfach zu Ende gehen. So sei das Leben; und seine erste Ehefrau sei acht Jahre älter gewesen als er selbst.

„Aber da wart Ihr noch beide jung!“, beharrte die Gastgeberin, „würdest du dir heute mit 60 eine ältere Freundin anlachen?“

„Könnte doch sein. Ich will das nicht ausschließen ...“, antwortete er, aber es klang nicht gerade glaubwürdig.

„Ihr könnt Euch die jungen Dinger holen. Aber ich bin allein, verdammt noch mal! Ich bin jetzt über 50!“

Ich war versucht der Gastgeberin zu sagen, sie sähe noch toll aus und würde sicher bald ...; aber ich schwieg lieber, tröstende Worte waren hier nicht angebracht. Stattdessen gab ich ein paar Überlegungen aus eigener Erfahrung in die Runde, die, so vermutete ich, teilweise auf die Ehe der Gastgeber zuträfen; ich formulierte sie aber vorsichtig, dass niemand sich direkt angesprochen fühlen musste.

„Manchmal wird die gewohnte Hierarchie gestört, wenn karrieremäßig die Frau an dem Mann vorbeizieht. Es gibt Männer, die das schlecht aushalten ... Schwache Männer heiraten oft starke Frauen, die ihre Prinzen wie Löwinnen bewachen. Wenn sich der Schutzbedürftige aber emanzipiert und Persönlichkeit gewinnt, gerät die Frau oft in Panik und verfolgt mit Misstrauen seine Wege. Das nervt! In Ehen kommt es leicht zu einer Inflation des gegenseitigen Respekts; den aber braucht der alternde Mann mehr als früher – und holt ihn sich bei jungen Frauen, von denen er bewundert und respektiert wird. Er hat ja eine Lebensleistung vorzuweisen. Solche Beziehungen allerdings haben er-

fahrungsgemäß ein kurzes Verfallsdatum ... Und dann will man vermutlich auch seine Männlichkeit noch einmal beweisen.“

Ich merkte, dass ich ins Stammeln geriet, das war doch alles sehr theoretisch. Aber an der Reaktion des Ehemannes merkte ich, wo er sich angesprochen fühlte. Ich versuchte ihn zu fragen, warum er seinen großen Roman nicht zu Hause schreiben könne. Aber ich fragte es nicht. Wenn er sich durch seine Ehefrau blockiert fühlt, würde er es schon sagen – oder auch nicht. Nicht immer ist der kritische Blick einer Ehefrau der Kreativität förderlich. Als hätte er den gleichen Gedanken, sagte der Journalist: „Eine Ehefrau kennt nach ein paar Jahren jeden Knopf, auf den sie drücken muss, um ihren Mann zu disziplinieren. Oder zu demütigen. Das nervt!“ Beschwichtigend fügte ich hinzu:

„Besser, dein Mann schreibt ein Buch, als dass er wie viele Männer in der Krise Extremsport treibt oder sich einen Rennwagen kauft.“ Das meinte ich ernst. Und es ist ja unerheblich, ob der literarische Versuch wirklich gelingt. Dann erzählte ich von einem Film, den ich gerade gesehen hatte; „Elegie“, nach dem Roman „Ein sterbendes Tier“ von Philip Roth. Ein alternder Literaturprofessor beginnt eine Liebschaft mit seiner schönsten Studentin, eine unbewusste Art von hilfloser Sterbehilfe, und erfährt, dass es nicht ausgemachte Sache ist, dass er früher stirbt als sie.

Wir versuchten Schneisen zu schlagen durch das Gewirr von Konditionierungen, die ja oft bis in die Kindheit reichen, redeten über ungeklärte Mutterbindungen als Ursache, gestörte Liebeshfähigkeit und immer wieder von der Sehnsucht nach Bestätigung – und dass es nicht so einfach sei, nach dem Kampf um Karriere eine neue Rolle als Mann zu finden.

Auf dem Nachhauseweg kam ich an einem Kino vorbei, „Wolke 9“ war angezeigt, ein mutiger Film über Sexualität im Alter. Ich beschloss, ihn mir anzusehen.

Hermann Schulz lebt als Autor von Kinderbüchern und Romanen in Wuppertal, seine Lebensgefährtin ist 23 Jahre jünger als er.

Im Klartext-Verlag Essen ist sein Roman „Sonnenebel“ in der Reihe „Wir in NRW“ als Band 50 erneut erschienen. Ende August d.J. erschien von Sabine Jaeger und Hermann Schulz „schmeckt’s? Alles übers Essen“, im Patmos-Sauerländer-Verlag, Düsseldorf, Vorwort von Jean Ziegler, Genf. Für Menschen ab 11 Jahre.

Martin Stankowski

Asyl beim Protestanten

Erinnerungen an den „Kritischen Katholizismus“
beim Katholikentag 1968

Die Baracken auf dem Campus in Bochum hatten Nummern, 8 oder 9 und 10? Ich erinnere mich nicht genau, aber an die Nutzer: der Asta saß vorne, sogar mit einer eigenen kleinen Druckerei an der Seite, dann kamen die beiden Studentengemeinden, die katholische und die evangelische nebeneinander. Der Weg zur Gemeinde führte an der Mensa vorbei, damals fast wichtiger als die Gemeinde. Die war für uns ohnehin nur ein Vehikel, denn wir wollten den Katholikentag aufmischen, der in dem legendären Jahr 1968 im benachbarten Essen stattfand und ausgerechnet vom Essener Polizeipräsident als Katholikentagspräsidenten geleitet wurde. Und nicht nur dem Zeitgeist, sondern auch unserer Erfahrung und Überzeugung war der Untertitel des „kritischen Katholizismus“ geschuldet: „Zeitung der antihierarchischen Opposition“ und die Redaktion war in den Räumen der ESG.

Aber wer ist wir? Im Kern eine Gruppe um die „Rothenfelder Hefte“, eine reformtheologische und kirchenemanzipatorische Zeitschrift aus der alten Gruppe der Jugendbewegung „Quickborn“. Auf der Burg Rothenfels am Main, Zentrum des Quickborn, hatten wir schon seit den frühen 60er Jahren in „Werkwochen“ – wie es damals hieß –, Seminaren und praxisorientierten Workshops all das experimentiert, was uns in Opposition zum Mehrheitskatholizismus gebracht hatten: Es begann mit Laienexegese, Liturgiereform, religiös fundiertem Pazifismus oder dem Wunsch nach Demokratie in der Kirche und endete mit einem Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung, neugierigen Besuchen in der DDR, dem Kampf gegen die Notstandsgesetze, weitgehend politischen Themen, die uns in viel stärkerem Maße als liturgische oder exegetische Differenzen in Fundamentalopposition vor allem zum „Zentralkomitee der Deutschen Katholiken“ brachte, dem wir jede Legitimation absprachen.

Die Angriffspunkte waren sehr wohl Kirchenspezifisch und man kann das in den einzelnen Kapiteln eines im selben Jahr 1968 erschienenen Taschenbuchs mit dem selben Titel „Kritischer Katholizismus. Argument gegen die Kirchengesellschaft“ nachlesen: Militärseelsorge, Kindstaufe, Religionsunterricht, Kirchenpresse, Sexualmoral, CDU-Liaison, Es gab nichts, was wir nicht den Mehrheitskatholiken vorwarfen und uns zugleich immer weiter von ihnen entfremdete. Seit Jahren hatten wir ja inner- und außerhalb von Gemeinden und Verbänden unsere Erfahrungen gemacht und fühlten uns als selbstverständlicher und katholischer Teil der „Außerparlamentarischen Opposition“.

Der Rothenfelder Kreis war eine Focus, eine Zeitschriftenredaktion mit Kontakten zu ähnlichen Gruppen, vor allem in den Hochschulen und Kreisen der Neuen Linken, in Studentengemeinden, in Westberlin, in Frankfurt oder Mainz aber auch an den theologischen Fakultäten oder unter den jungen Theologen bis zu den Novizen der Walberberger Dominikaner um Hermann Hücking. Viele studierten Theologie, die theoretischen Brainstormer um Ben van Onna, Karl Derksen oder Franz van den Oudenraijn waren Schüler des Münsteraner Theologen J.Baptist Metz, andere wie Hermann Böckenförde Hilfskräfte bei den

Theologen in Bochum oder wie Heinrich von Nussbaum bei den Soziologen in Frankfurt, auch Gemeindevorstände wie Klaus Kreppel und die eher praktischen Macher wie Hermann Precht, Jochen und Hildegard Stankowski in Stuttgart, die die verlegerische Leitung der Zeitschrift übernahmen. Dazu kamen einige übriggebliebene Altlinkskatholiken, die wir noch nicht mit unserem Revolutionsgeschrei verschreckt hatten, wie vor allem der uner-müdliche Willi Ingenhoven,

Vor diesem polemisch-politischen Hintergrund war die Absicht, mit einer täglichen Zeitung die frommen Massen – denn immer sind oder waren es bei Katholikentagen Hunderttausende – aufzumischen. Zum Glück kam uns der damalige Papst Paul VI mit seiner Enzyklika „humanae vitae“ zu Hilfe, dem Kondomverbot für Katholiken. Für uns persönlich war das schon kein Thema mehr, unterschieden wir uns doch überhaupt nicht vom Rest unserer APO-Generation, für die bekannter Maßen die politische Emanzipation mit der sexuellen Revolution begann. Nun mag man heute lächeln über das Wort „Revolution“ in diesem Kontext, aber um Kondome ging es ganz sicher schon lange nicht mehr. Aber eben für die Masse der Katholikentagsbesucher doch und die waren sauer und frustriert und aufmüppig gestimmt, weil ihnen die Hierarchie, der sie ja durchaus gläubig ergeben waren, das bisschen an Spaß, das sie sich nicht leicht angewöhnt hatten, wieder nehmen wollte. „Pillenpaule“ war denn auch der eigentliche Auslöser oder hat zumindest dafür gesorgt, dass wir wenige Dutzend Leute in den zu tausenden zählenden Foren nicht ausgepiffen wurden oder den Saal verlassen mussten, wie wir das von anderen Massenveranstaltungen wie zB bei den Hauptversammlungen von Bayer oder der Dresdner Bank als kritische Kleinaktionäre ja später häufig genug erfahren und erdulden mussten. Im Gegenteil, die Stimmung war so offen, dass wir uns häufig genug und durch die Praxis von Go-ins an den Universitäten trainiert auf die Podien hinaufdiskutierten. Unsere Strategie war, in den Großforen politische oder und kirchenreformerische Resolutionen, immer mit der Forderung nach Demokratie, zur Abstimmung einzubringen, die dann mit Mehrheit oder per Akklamation als demokratische Willensbildung Bischofskonferenz und ZK in Verwirrung stürzen sollten.

Neben der unmittelbaren Intervention war das zweite Instrument die tägliche Zeitung mit Meldungen, Berichten, Dokumenten, Interviews, die wir immerhin in einer Auflage von 20.000 Exemplaren unters Katholikentagsvolk bringen konnten – und das Blatt wurde nicht verteilt, sondern für 20 Pfennig verkauft. Allein schon die logistische Aufgabe, Redaktion, Umbruch, Druck in einer Zeitungsdruckerei – ich glaube sogar, es war die WAZ in Bochum – in der Nacht und dann die Verteilung am Morgen, verlangte enorme Anstrengung. Aber es hat Spaß gemacht und vor allem zeigte es Wirkung, weil wir mit dem eigenen Medium unmittelbar reagieren konnten, während die Katholikentagsfunktionäre ihrer immobilen traditionellen Kommunikation vertrauten. Dazu kamen natürlich auch die bildmächtigen und medienkompatiblen Auftritte, Transparente, Flugblätter, Sit-Ins und was damals so alles an der Tagesordnung bzw. im Werkzeugkasten der APO war.

Der aktive Teil des kritischen Katholizismus bestand vielleicht aus 100 Menschen, mehr Männern als Frauen, während der Kern, später die Redaktion der Monatszeitung gleichen Namens, kaum mehr als ein Dutzend war. Und gleichwohl haben wir diese Tausenden katholischen Menschen eine knappe Woche beeindruckt und beeinflusst, wobei das Element der Laienemanzipation, ausgedrückt in der später vorsichtigen Einführung demokratischer Elemente in Synoden, Räten usw. die größte Rolle spielte. Uns selbst hat das allerdings schon gar nicht mehr inter-

essiert. Die Theologiestudien wurden irgendwann abgebrochen, bzw. mit anderen Studien komplettiert, einzelne ließen Orden bzw. Priesterseminar hinter sich, die meisten sind wohl später auch aus der Kirchensteuergemeinschaft Katholische Kirche ausgetreten und nur wenige haben beruflich weiter mit dem Katholizismus zu tun gehabt.

Natürlich ist es mental nicht leicht und wird oft auch als heftiger Bruch erlebt, wenn man eine seit der Kindheit vertraute und mit ihren Riten eingeübte Religion hinter sich lässt, aber der Bruch scheint oder schien wegen des politischen Dissens unvermeidlich. (Das ist übrigens auch der entscheidende Unterschied zum Linksprotestantismus und im Kontext von AMOS vielleicht auch interessant, dass nach meiner Beobachtung der politische Dissens in den evangelischen Kirchen und Gemeinden nicht notwendigerweise den Bruch mit der Organisation verlangt. Weswegen zB jemand wie mein Freund Klaus Schmidt – soweit ich weiß – heute noch Kirchenmitglied sein kann im Unterschied zu mir. Natürlich ist das inzwischen subtiler als seit Adenauers Zeiten, aber immer noch gilt das wunderbare Bonmot von Heinrich Böll (das ich hier aus dem Kopf zitiere, also ungefähr) „Du kannst als Katholik sehr wohl am Dogma der leiblichen Aufnahme Marias in den Himmel zweifeln, aber nicht am Dogma von der Unfehlbarkeit des Bundeskanzlers Adenauer“.

Während also die aufgeschreckten Laienkatholiken nach Essen verstärkt nach Demokratie in der Kirche verlangten und hier auch das eine oder andere Zugeständnis erreichten, funktionierten wir die Essener Zustimmung in Abonnements der neuen Zeitung um, die sofort danach monatlich, erst in Bochum, dann in Stuttgart und schließlich in Köln erschien. Der Anspruch „antihierarchisch“ war von Anfang an das Signum, wenn sich auch schnell die Themengewichte verschoben: Dritte Welt, Befreiungsbewegung, Armut, EG-Politik, Terrorismus, Bürgerrechte, die RAF, Bildungsökonomie usw. usw. - die gängigen linken Themen waren auch im „kritischen Katholizismus“ zu finden. Wir waren eine Spezialstimme im Konzert der Medien der neuen Linken, in den letzten zwei Jahren sogar vom DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Verlag – und damit wahrscheinlich auch mit DDR-Geld – verlegt und sogar mit einer festen Stelle ausgestattet, aber niemals um den Preis unserer redaktionellen Autonomie. Wir konnten schreiben und machen was wir wollten, denn wir waren für den Verlag als „Bündnispartner“ interessant, wobei niemand aus der Redaktion mit der DDR sympathisierte. (Und -soweit ich das überblicke- auch politisch nur einige von uns um das 1969 neu gegründete „Sozialistische Büro“ engagiert waren, und ein anderer wohl später für die SPD im Stuttgarter Landtag saß.) Es gab übrigens nur ein einziges Mal Krach mit dem Verleger Paul Neuhöffer, als wir die evangelischen Friedensfreunde und -pastöre um Herbert Mochalski und ihre Zeitschrift „ Stimme der Gemeinde“ angriffen und ihnen in der Abrüstungs- oder Aufrüstungsdebatte vorwarfen, die Argumente der Moskauer Seite allzu unkritisch nachzubeten.

„Linkskatholisch“ war im kritischen Katholizismus am Ende fast nur noch der Ideologieverdacht, mit dem wir gegen die eigenen kirchenreformerischen Kreise polemisierten. Es gab eine monatliche Rubrik „Wie progressiv sind unsere Progressiven?“, in der Theologen und Reformer wie Hubertus Halbfuß, J.B. Metz, Herbert Vorgrimmler oder Karl Rahner zerpfückt wurden, unter anderem auch der später als Benedikt XVI. reüssierende Josef Ratzinger. Die 1970 publizierte Kritik an seiner „Einführung in das Christentum“ mit der cleveren Engführung von Glaube und Vernunft, womit der ja neuerdings wieder auf Tournee ist, kann man mit Gewinn noch heute lesen.

Allerdings machte uns das dann nach einiger Zeit auch keinen Spaß mehr und wir stellten 1972 den „kritischen Katholizismus“ ein – und hatten dabei sogar noch einen finanziellen Überschuss, den wir in ein neues Projekt steckten, den Aufbau einer selbst verwalteten Druckerei in Köln „Druckbetrieb“, der dann wiederum zwei Jahre später Verleger und Herausgeber der ersten Kölner und eine der ersten Alternativzeitungen der Republik wurde, des Kölner VolksBlatt. Aber das ist eine neue Geschichte.

Martin Stankowski, geb. 1944 in Meschede (Sauerland), studierte Theologie und Publizistik und lebt seit Ende der 60er Jahre in Köln, arbeitet als Journalist, Rundfunkautor und Moderator, Geschichtenerzähler und Stadtführer. Bekannt durch Beiträge im WDR, u.a. durch die Kabarettprogramme, die er gemeinsam mit Jürgen Becker schrieb, u.a. "Biotop für Beklopfte", "Tschüss Bonn - Eine Rheinische Kaffeefahrt", "Unger Uns - Eine Archäologische Tiefenbohrung". Als Historiker tritt er zusammen mit dem Kabarettisten Rainer Pause auf in den Programmen „Tod im Rheinland“.

Sahra Wagenknecht

Militär, Krisen und vermeintliche Lösungen –

die EU und die Wiederbelebung des Reformvertrags

Militärisierung der EU-Außenpolitik

Nicolas Sarkozy ließ keinen Zweifel aufkommen: "Wäre der Vertrag von Lissabon bereits in Kraft, so hätte die EU die Institutionen, derer sie in einer internationalen Krise bedarf", so schrieb der französische Staatschef angesichts der Georgien-Krise in einem Mitte August in der Zeitung Le Figaro erschienenen Artikel. Anschließend zählte Sarkozy, der als amtierender EU-Ratspräsident gerade das Waffenstillstandsabkommen zwischen Russland und Georgien ausgehandelt hatte auf, welche institutionellen Veränderungen er meinte: zum einen den im Lissabon-Vertrag vorgesehenen dauerhaften EU-Ratsvorsitzenden, zum anderen den mit einem eigenen diplomatischen Dienst versehenen neuen Hohen Repräsentanten für Außenpolitik. Während ersterer, so Sarkozy, "in direkter Absprache mit den am meisten betroffenen anderen Staats- und Regierungschefs agieren sollte", bestehe die Aufgabe des Letzteren darin, "ausgestattet mit beträchtlichen Finanzmitteln, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die getroffenen Entscheidungen in die Tat umgesetzt werden." Was dies für die aktuelle Krise konkret bedeutet hätte, in der Georgien mit seinem Angriff auf Südossetien und die dadurch in Gang gesetzte - und von diversen EU-Staaten munter unterstützte - Eskalation die Welt ein Stück näher an einen katastrophalen Krieg gebracht hat, wurde allerdings vom französischen Staatschef nicht näher ausgeführt. Offenbar ging Sarkozy davon aus, dass die Erwähnung des Lissabon-Vertrags und seiner Neuerungen im Kontext der Georgien-Krise bereits Strahlkraft genug entfalten würde, um möglichen Skeptikern beizubringen, dass mithilfe des EU-Reformvertrags die Lösung internationaler Krisen zukünftig ein Klacks sein werde.

Sarkozys Versuch, die Georgien-Krise zugunsten des Lissabon-Vertrags zu instrumentalisieren, setzt die Reihe der Bemühungen fort, das EU-Verfassungsprojekt auch gegen den Widerstand der Bevölkerung zu verwirklichen. Nachdem der EU-Verfassungsentwurf in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden bereits im Jahr 2005 gescheitert war und auch das als Reformvertrag wieder auferstandene Projekt im Frühling in Irland abgelehnt wurde, bedarf es nun dringend einer neuen schlagkräftigen Argumentation, um den EU-Grundlagenvertrag trotz wiederholter Ablehnung in Volksabstimmungen irgendwie doch noch durchzusetzen. Allein eine Wiederholung der Abstimmung in Irland zu verlangen, wirkt angesichts des gerade erfolgten Votums eher plump. Auch Äußerungen wie die des ehemaligen französischen Europaministers und heutigen EU-Abgeordneten Alain Lamassoure, Volksabstimmungen seien Werkzeuge von Diktatoren, erscheinen nicht unbedingt sonderlich geeignet, die Bevölkerung doch noch zu überzeugen. Die Behauptung, der Lissabon-Vertrag sei zur Bewältigung internationaler Krisen notwendig, dürfte da wohl ein geschickterer Schachzug sein.

Zweifel an dieser Behauptung sind jedoch mehr als angebracht, zumal ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Beile-

gung internationaler Krisen bislang auch ohne den EU-Reformvertrag gelungen ist. Führt man sich die im Lissabon-Vertrag verankerte Beistandsklausel (Art. 42 Abs. 7) vor Augen, bekommt die aktuelle Krise eine zusätzliche Brisanz: Durch einen Beitritt Georgiens zur EU bzw. seine Eingliederung in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) würden die EU-Mitgliedstaaten Georgien für den Fall eines bewaffneten Angriffs "alle in ihrer Macht stehende Hilfe" schulden. Die EU wäre damit der Willkür Georgiens im Fall eines erneuten Angriffs auf Südossetien und einer entsprechenden russischen Antwort ausgeliefert.

Vom EU-Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon

Ohnehin ist nicht einsichtig, warum die Lösung internationaler Krisen nun gerade durch ein europäisches neoliberales und militaristisches Großprojekt beflügelt werden sollte. Denn um nichts anderes handelt es sich beim Lissabon-Vertrag: Alle entscheidenden Kritikpunkte, die den früheren Verfassungsentwurf betrafen, gelten auch weiterhin für den Vertrag von Lissabon. Die nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden vorgenommenen Änderungen des Vertrags waren vor allem kosmetischer Natur – in den Worten des ehemaligen Präsidenten des Verfassungskonvents und damit des Architekten des Vertrags, Valéry Giscard d'Estaing, hat man nur „den Umschlag gewechselt. Der Brief im Innern des Umschlags ist nach wie vor der gleiche.“

So wurden sämtliche Regelungen des Verfassungsvertrags für den Militärbereich in den Vertrag von Lissabon übernommen. Dies bedeutet, dass die Aufrüstungsverpflichtung auch im Reformvertrag Bestand hat ebenso wie die Einrichtung der Rüstungsagentur. Wie der Verfassungsvertrag bildet der Reformvertrag einen neuen Rechtsrahmen für globale Militärinterventionen und für die Aufstellung von EU-Kampfeinheiten. Bei ihren „Missionen“ soll die EU – auch außerhalb ihres Territoriums - sowohl auf zivile als auch militärische Mittel zurückgreifen können und neben „Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung“ auch „Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung“ sowie „Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ übernehmen. Deklariert als Anti-Terror-Maßnahmen können diese Missionen auch „Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ umfassen. Dies macht den Weg für so genannte Anti-Terror-Kriege für die EU frei.

Da es im Lissabon-Vertrag nur eine Bindung an die Grundsätze der UN-Charta gibt, nicht jedoch eine explizite Verpflichtung auf die Charta selbst, ist selbst das Führen von Kriegen, die nicht nach Kapitel VII der UN-Charta mandatiert sind, nicht ausgeschlossen. Dies ist umso brisanter, als der Vertrag von Lissabon die institutionelle Zusammenarbeit von NATO und EU im militärischen Bereich primärrechtlich absichert und explizit auf die „maßgeblichere Rolle der Union im Bereich von Sicherheit und Verteidigung“ Bezug nimmt, die zur „Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses“ beitragen soll (Art. 28a Abs.7 Protokoll Ständige Strukturierte Zusammenarbeit). Darüber hinaus wird über eine Solidaritätsklausel ein Rechtsrahmen für die Zusammenarbeit auch militärischer und geheimdienstlicher Sicherheitsdienste geschaffen.

Für die Finanzierung der Maßnahmen wird ein eigener permanenter EU-Militärfonds eingerichtet, der so genannte „Anschubfond“, aus dem auch operative Militärausgaben beglichen werden können (Art. 28a Abs. 3) – ohne parlamentarische Kontrolle. EU-Militärinterventionen werden so erleichtert und eine Steigerung der Militärausgaben fast zwangsläufig. Es wundert ange-

sichts all dessen nicht, dass gerade die Rüstungslobby zu den massiven Verfechtern des Vertragswerks gehört.

Wettbewerb als Grundlage der EU-Wirtschaftspolitik

Sie sind jedoch nicht die einzigen Nutznießer des Reformvertrags: Profitieren werden die Großkonzerne insgesamt, steht der Reformvertrag doch für eine grundlegende neoliberale Politik, die den Interessen der Großunternehmen dient und soziale Rechte hintanstellt. Zwar wurde der freie und unverfälschte Wettbewerb aus den Zielbestimmungen des Vertrags herausgenommen – die Substanz jedoch in einem Zusatzprotokoll genauso bindend wieder eingeführt. Die so genannten Grundfreiheiten, d.h. also neben dem freien Verkehr von Personen die Garantie des freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapitalverkehrs bilden weiterhin den Kerngehalt der EU – eine bindende Festschreibung sozialer Rechte hingegen fehlt. Damit wird nicht nur die Möglichkeit eröffnet, im Namen des freien Wettbewerbs die öffentliche Daseinsvorsorge¹ weiter auszuhöhlen und die Profite der mächtigsten und damit konkurrenzfähigsten Unternehmen noch stärker zu erhöhen. Tür und Tor geöffnet wird auch einer immer deutlicheren Absenkung und Aushöhlung sozialer und Arbeitnehmerrechte. Die jüngsten arbeitnehmerfeindlichen Urteile des Europäischen Gerichtshofs (Laval, Viking Line, Ruffert, Luxemburg) verschärfen die Situation zusätzlich, indem sie die neoliberalen "Grundfreiheiten" über den Schutz der Grundrechte stellen und sogar das Streikrecht einschränken. Mit dem Vertrag von Lissabon wird diese Rechtsinterpretation zementiert. Aus diesem Grund fordern Gewerkschaften die Aufnahme einer sozialen Fortschrittsklausel in die europäischen Verträge, die den Vorrang der Grundrechte vor den Grundfreiheiten festschreibt. Im Vertrag von Lissabon gibt es keine solche Klausel.

Dass dank der internationalen Krise in Georgien die Diskussion um den Lissabon-Vertrag neu beflügelt wird, hat also seine Logik – geht es aus Sicht der Regierenden doch um eine eindeutige Ausrichtung der EU hin zu einer Union, die mit neu erwachter militärischer Stärke und aus einer Position der Härte und Dominanz ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen vertritt. Dieser Zielsetzung dient der Lissabon-Vertrag mit seiner neoliberalen und militärisch geprägten Ausrichtung. Die Georgien-Krise kommt da sehr gelegen, belegt sie doch die vermeintliche - Notwendigkeit einer veränderten Außen- und Sicherheitspolitik. Das Agieren der EU und der meisten ihrer Mitgliedstaaten zeigt deutlich, wie bereitwillig mittlerweile trotz hohen Risikos auf Eskalation gesetzt wird, dies belegt auch die Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems in Polen sowie -Radars in Tschechien. Für die Menschen bedeuten die aktuelle Krise und die verstärkte militärische Ausrichtung der EU-Politik nichts anderes als größere Unsicherheiten und Gefahren. Eine EU, die auf Dominanz setzt und ihre Position im Zweifel auch militärisch untermauert, ist kein Gewinn für die Welt. Es kann nicht darum gehen, eine Kultur von militärischer Macht in Europa zu etablieren und rücksichtslos die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der Mächtigen und Besitzenden durchzusetzen. Das Gegenteil wäre notwendig. Es stände Europa gut zu Gesicht, eine Politik des Ausgleichs, der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit und des zivilen Austarierens von Konflikten zu betreiben. Der EU schwebt jedoch ein anderer Weg vor – der Weg der Aufrüstung, des Sozialabbaus und der Konzerninteressen, für den der Vertrag von Lissabon steht. Dass dies nicht dem Willen der Bevölkerung entspricht, sondern sie eine andere EU will, zeigen die Abstimmungsergebnisse von Frankreich, den Niederlanden und Irland eindrucksvoll. Das Abstimmungsergebnis von Irland über den Reformvertrag muss akzeptiert werden: Nein heißt Nein! Die Ratifizierung muss umgehend ausgesetzt und der Vertrag von Lissabon endgültig beerdigt werden! Dies

ist die Voraussetzung für Neuverhandlungen für eine andere, eine soziale und friedliche Vertragsgrundlage für Europa!

Sahra Wagenknecht ist Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE und des Europaparlaments. Sie steht kurz vor Abschluss ihrer Dissertation in Volkswirtschaftslehre an der Uni Potsdam.

¹ Anmerkung der Redaktion: Die Unterwerfung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter den Wettbewerb und unter die privatwirtschaftliche Profitmaximierungslogik trifft genauso die sozialen und Bildungseinrichtungen der Kirchen sowie die der kirchlichen und nicht-kirchlichen gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände. Die massiven Veränderungen in den diakonischen Einrichtungen, in den Erwachsenenbildungseinrichtungen aber auch den Kindergärten, die bis in Kirchengemeinden hinein drastische Auswirkungen haben, haben ihren Ausgangspunkt in der hier von S. Wagenknecht dargelegten neoliberalen Ausrichtung der EU-Politik.